

IV. Das hochschulpolitische Erbe der amerikanischen Besatzungspolitik: Political Science, American Studies und die Gründung der Freien Universität Berlin

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß der sich zwischen 1945 und 1960 in der Bundesrepublik Deutschland vollziehende hochschulpolitische Reformdiskurs zwar in einem nicht unerheblichen Maße von amerikanischen Reformvorstellungen der Besatzungszeit beeinflusst worden war, diese jedoch in den nach Kriegsende weitgehend restituierten Hochschulverfassungen kaum Niederschlag fanden.¹ Obgleich deshalb der vordergründige Schluß naheliegen könnte, die amerikanische Präsenz habe in diesem Zeitraum auf universitärer und wissenschaftlicher Ebene keine nennenswerten Spuren hinterlassen, würde ein derartiges Urteil zu kurz greifen.² Tatsächlich war der Wiederaufbau der deutschen Universitäts- und Wissenschaftslandschaft in der OMGUS- und anschließenden HICOG-Periode durch enorme finanzielle und materielle Hilfsleistungen aus den USA unterstützt worden. Dabei traten neben staatlichen amerikanischen Stellen wie dem State Department auch zahlreiche private Stiftungen in Aktion, so beispielsweise die Ford- und Rockefeller-Foundation.³ Unterstützt wurde vornehmlich der Neubau von Studentenwohnheimen, Mensen und Kliniken in beinahe allen Universitätsstädten der drei westlichen Besatzungszonen sowie der Aufbau demokratiepolitisch relevanter Disziplinen. Exakte Zahlen über die Höhe der finanziellen Leistungen liegen nicht vor. Einen ausschnittshaften Einblick in die Hilfsmaßnahmen für den Zeitraum von 1949 und 1952 vermittelt eine von der amerikanischen Hohen Kommission veröffentlichte Tabelle. Im Zusammenhang mit 50 geförderten Einzelprojekten aus dem Universitäts- und Wissenschaftsbereich standen deutsche Investitionen von ca. 14,1 Millionen DM rund 13,9 Millionen DM an amerikanischen Hilfsgeldern gegenüber.⁴ Allein für das amerikanische Haushaltsjahr 1950 waren nach deutschen Quellen 10 Millionen DM zur Unterstützung

¹ Zur Restitution nach 1945 vgl. u. a. Klaus-Dieter Stadler: *Die Reform der deutschen Hochschulen nach 1945*, Bonn 1984, S. 6; Goldschmidt: *Phasen der Hochschulentwicklung*, S. 74; Müller: *Geschichte der Universität*, S. 102; Führ: *Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945*, S. 7.

² Vgl. die Einschätzung bei Tent: *Der amerikanische Einfluß auf das deutsche Bildungswesen*, S. 610f.

³ Vgl. allgemein Richard Magat: *The Ford Foundation at Work. Philanthropic Choices, Methods and Styles*, New York 1979; Francis X. Sutton: *The Ford Foundation. The Early Years*, in: *Daedalus. Journal of the Academy of Art and Sciences* 116, Nr. 1 (1987), S. 41-91.

⁴ Vgl. die entsprechende Liste der von amerikanischer Seite unterstützten Projekte bei Pilgert: *The West German Educational System*, S. 82-85.

deutscher Universitäten veranschlagt worden.⁵ Hinzu traten kaum quantifizierbare Sachmittelleistungen für die Verpflegung von Studenten und Professoren, Möbel zur Ausstattung von Hörsälen und Seminarräumen, technische Apparaturen für Universitätslaboratorien und -institute sowie großzügige Bücherspenden für den Wiederaufbau der durch den Krieg stark dezimierten Bibliotheksbestände. Nach einer 1951 im Auftrag der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ vorgenommenen Schätzung waren von ehemals etwa 56 Millionen Bänden in 350 wissenschaftlichen Bibliotheken ungefähr 13 Millionen zerstört worden.⁶

Im Unterschied zu den amerikanischen Bemühungen um eine Reform der deutschen Hochschulverfassung kann demzufolge die hier lediglich kurz skizzierte materielle und finanzielle Unterstützung der deutschen Universitäten als höchst erfolgreich angesehen werden. Dabei lagen dem amerikanischen Engagement im Hochschulbereich durchaus handfeste politische Motive zugrunde, die vor allem zwei Stoßrichtungen verfolgten: Erstens sollte den Deutschen nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Herrschaft und des verlorenen Krieges auch auf wissenschaftlich fundierter Ebene das Prinzip der Demokratie, aber auch die amerikanische Kultur, die aus Sicht der US-Besatzungsmacht als Ausdruck eines demokratischen Gemeinwesens schlechthin galt, näher gebracht werden. Zweitens galt es, die junge deutsche Demokratie im Zuge des sich seit 1947/48 anbahnenden Ost-West-Konflikts mit wissenschaftlicher Hilfe gegen die Herausforderung des Kommunismus zu stärken und das westlich demokratische Gegenmodell weiter zu festigen. In diesem Spannungsfeld fiel speziell dem Auf- und Ausbau der Politik- und Amerikawissenschaften eine zentrale strategische Bedeutung zu.⁷

Ebenfalls ein Resultat des Ost-West-Konflikts war die Gründung der Freien Universität Berlin (FU) im Herbst 1948. Obgleich die Initiative zur Gründung einer neuen und „freien“ Universität in Berlin von engagierten deutschen Studenten ausging, wäre dieses ambitionierte Projekt ohne massives amerikanisches Engagement über Jahre hinweg kaum überlebensfähig gewesen. Die Gründungsintention und die besondere geopolitische Lage ließen die FU zu einem Symbol wissenschaftlicher Freiheit avancieren, dessen ideelle, materielle und finanzielle Unterstützung zu einem wichtigen Bestandteil amerikanischer Außen- und Deutschlandpolitik während des Kalten Krieges wurde. „In the eyes of the Americans, the university [die FU, S. P.] was both, a product and a symbol of the Cold War,“⁸ konstatierte Richard Pells.

⁵ BayHStA, MK 68573, Interner Vermerk des Bayerischen Kultusministeriums, Betreff: Künftige Unterstützung deutscher wissenschaftlicher und kultureller Stellen, die bisher von amerikanischen Dienststellen gefördert worden sind, 1951.

⁶ BayHStA, MK 66595, Lage und Erfordernisse der westdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken. Im Auftrag der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dargestellt von Peter Scheibert, Osnabrück 1951, S. 1f.

⁷ Vgl. allgemein Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 68f.; Pells: *Not Like Us*, S. 40–65 und S. 95–134; Jessica C. E. Gienow-Hecht: *Die amerikanische Kulturpolitik in der Bundesrepublik 1949–1968*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 612–622; Weber: *Geschichte der europäischen Universität*, S. 163f.

⁸ Pells: *Not Like Us*, S. 49.

1. „A powerful influence for freedom and democracy in German higher education“:⁹ Der amerikanische Einfluß auf die Gründung und Entwicklung der Freien Universität Berlin

Im Gegensatz zu den französischen Hochschulgründungen in Mainz, Saarbrücken und Speyer ging die Initiative zur Gründung der Freien Universität Berlin im Spätherbst 1948 nicht von der amerikanischen Besatzungsmacht aus. Im Gegenteil: Auf amerikanischer Seite hatte man geraume Zeit nichts von der Idee einer universitären Neugründung im eigenen Einflußbereich gehalten. Entsprechende deutsche Initiativen für Regensburg und Bremen waren am amerikanischen Veto gescheitert.¹⁰ Konzeptionell am weitesten fortgeschritten waren damals die Planungen für eine „Internationale Universität in Bremen“, die sich gemäß einer 1947 erschienenen Denkschrift eng an das amerikanische Hochschulmodell anlehnte.¹¹ Besonders im Hinblick auf das soziale Zusammenleben innerhalb der projektierten Hochschule erschien der amerikanische College- und Campus-Gedanke nachahmenswert. „Die Erfahrungen der amerikanischen Hochschulen“, wie in der Bremer Denkschrift betont wurde, „können hier wohl zu Rate gezogen werden; aber nur in einer neuen Hochschule, die grundsätzlich anders aufgebaut sein muß als die alten Hochschulen und eine Möglichkeit zum Experimentieren bietet, ohne daß dabei eine Gefährdung des wissenschaftlichen Niveaus der Institution eintritt.“¹² Trotz dieser programmatischen Anlehnung an den Aufbau amerikanischer Universitäten schreckte die US-Besatzungsmacht mit Blick auf die teilweise desaströsen Zustände an den bestehenden Universitäten vor den immensen Kosten einer Neugründung zurück.¹³ Diese restriktive Haltung korrespondierte im wesentlichen mit derjenigen der Universitätsrektoren. Auch diese befürchteten eine Benachteiligung der im Wiederaufbau befindlichen Hochschulen. So lehnte beispielsweise der Rektor der unzerstörten Universität Erlangen, Eduard Brenner, in einem im März 1947 verfaßten Schreiben an das Bayerische Kultusministerium die diskutierte Gründung einer vierten Landesuniversität in Regensburg mit der folgenden Argumentation ab:

„Obwohl anerkannt wird, daß die Zerstörungen im Bereich der Universitäten München und Würzburg die Überfüllung der drei Universitäten sowie die Vermehrung der bayerischen Bevölkerung um etwa 2 Millionen den Gedanken einer vierten Universität zu begründen vermöchten, sprechen in erster Linie finanzielle, personelle und materielle Schwierigkeiten dagegen.“¹⁴

⁹ So Herman B. Wells in ders.: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, S. 48.

¹⁰ Vgl. Kapitel II.4.

¹¹ Vgl. IfZ, OMGUS 5/299-1/40, Internationale Universität in Deutschland (als Manuskript gedruckt), München 1947.

¹² Ebd., S. 4.

¹³ Zu den amerikanischen Vorbehalten gegenüber einer Neugründung vgl. IfZ, OMGUS 5/301-1/26, New University in Regensburg, 24.3.1948.

¹⁴ BayHStA, MK 68587, Schreiben Eduard Brenners an das Bayerische Kultusministerium vom 29.3.1947. Zur geplanten Universitätsgründung in Regensburg und dem Widerstand der bayerischen Rektoren vgl. auch Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S. 126f.

Was aber veranlaßte die amerikanische Besatzungsmacht schließlich dazu, im Verlauf des Jahres 1948 das Projekt einer neuen und „freien“ Universität in Berlin plötzlich derart massiv zu unterstützen? Verständlich wird dieser Richtungswechsel allein durch die spezifische Lage, in der sich die alte Reichshauptstadt unmittelbar nach Kriegsende befand. So war im Zuge der Eroberung Berlins durch sowjetische Truppen und der anschließenden Aufteilung der Stadt in vier Besatzungszonen auch die dortige Hochschullandschaft unter verschiedene alliierte Einflusssphären gekommen.¹⁵ Während sich die Technische Hochschule innerhalb der britischen Besatzungszone befand, lag der Großteil der alten Friedrich-Wilhelms-Universität im sowjetisch kontrollierten Stadtgebiet.¹⁶ Obgleich die Universität Berlin gemäß den alliierten Vereinbarungen bereits im Sommer 1945 unter die gemeinsame Verwaltung des Alliierten Kontrollrats gestellt werden sollte, vertrat die sowjetische Seite den Standpunkt, daß sich jede Hochschule oder Forschungseinrichtung unter direkter Kontrolle derjenigen Besatzungsmacht befinde, in deren Sektor diese lag.¹⁷ Damit war freilich einer ideologischen Durchdringung der Berliner Universität Tür und Tor geöffnet, die ganz den sowjetischen Nachkriegsplanungen entsprach. „Die Tatsache“, so James F. Tent, „daß die Sowjets Berlin allein eroberten und zwei Monate lang die alleinige Kontrolle innehatten, erklärt vieles von der politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung bis zur Blockade. Im vornherein muß gesagt werden, daß von den vier Besatzungsmächten eindeutig die Sowjets diejenigen waren, die mit den am besten ausgearbeiteten Plänen für die Zukunft des besetzten Deutschlands aufwarteten.“¹⁸ Im Unterschied dazu hätten sich die Amerikaner, wie Tent an anderer Stelle betont, „bis zum Sommer 1945 noch recht wenig Gedanken über die Zukunft der Bildungseinrichtungen in Berlin im allgemeinen gemacht und noch weniger über die Zukunft der Berliner Hochschulen und wissenschaftlichen Institute im speziellen“.¹⁹

Am 8. Januar 1946 wurde auf Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (SMAD), Marshall Georgij Shukow, der Wiederbeginn der Lehrtätigkeit an den Universitäten Berlin und Halle angeordnet. Die offizielle Neueröffnung der Berliner „Linden-Universität“, so deren Bezeichnung

¹⁵ Unter hochschulpolitischen Gesichtspunkten vgl. Siegwald Lönnendonker: Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität, Berlin 1988, S. 38–50; James F. Tent: Die Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988, S. 9–32; ders.: The Free University of Berlin: A German Experiment in Higher Education, 1948–1961, in: Diefendorf/Frohn/Rupieper: American Policy and the Reconstruction of West-Germany, S. 237–256, hier besonders S. 237f.; Boris Spix: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957–1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008, S. 52–64.

¹⁶ Vgl. Friedrich Zipfel: Die Friedrich-Wilhelms-Universität. Geschichte einer Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin (Hg.): Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, 1948–1963. FU Spiegel, Dezember 1963, S. 6–8; Rüdiger vom Bruch: Berlin, in: Boehm/Müller: Universitäten und Hochschulen, S. 61f.; Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 3–18.

¹⁷ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 19.

¹⁸ Ebd., S. 13f.

¹⁹ Ebd., S. 18.

bis zur Umbenennung in „Humboldt-Universität“ im Frühjahr 1949, erfolgte dann drei Wochen später am 29. Januar 1946.²⁰ Ein erstes Anzeichen für die kommende ideologische Vereinnahmung läßt sich bereits an dem Umstand ablesen, daß die wiedereröffnete Universität nicht als autonome Institution, sondern lediglich als Dienststelle der am 15. September 1945 gegründeten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone eingerichtet wurde.²¹ Die Hauptaufgabe dieser Zentralverwaltung bestand im Wiederaufbau des Hochschulwesens und der Wissenschaften in der sowjetischen Besatzungszone. Als deren Präsident fungierte Paul Wandel, ein linientreuer Kommunist, der 1933 vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion geflohen war und dort Sekretär Walter Ulbrichts wurde. Aus Sicht der sowjetischen Machthaber schien Wandel die geeignete Persönlichkeit für die ideologische Neuausrichtung der Berliner Universität zu sein.²²

Bereits kurze Zeit nach der Wiedereröffnung traten erste Streitpunkte zwischen Teilen der Studentenschaft und der Zentralverwaltung bzw. der SMAD auf. In erster Linie ging es dabei um die Zulassungspraxis der Zentralverwaltung, die Frage nach der Notwendigkeit sozialwissenschaftlich bzw. politisch ausgerichteter Pflichtvorlesungen, die freilich der sowjetischen Doktrin zu folgen hatten, und schließlich um die wachsenden Repressalien, denen sich kritische Studenten ausgesetzt sahen. So hieß es beispielsweise in den von der Zentralverwaltung ausgestellten Ablehnungsbescheiden für das Wintersemester 1946/47:

„Die hohe Zahl der Bewerbungen einerseits und die geringen zur Verfügung stehenden Hörerplätze bedingen eine besonders scharfe Auslese im Hinblick auf die fachliche Qualifikation, charakterliche Eignung und politische Haltung der sich zum Studium Bewerbenden. Nach eingehender Prüfung der eingereichten Unterlagen mußte der Prüfungsausschuß zu dem Ergebnis kommen, daß diese Voraussetzungen zur Zeit bei Ihnen nicht in vollem Maße als gegeben erscheinen.“²³

Die mit derartigen Bescheiden verfolgte Stoßrichtung war eindeutig, nämlich eine Neugestaltung der Zulassungspraxis zugunsten der SED genehmer Studenten.²⁴

Dieses ideologisch motivierte Vorgehen führte im Verlauf der Jahre 1946 und 1947 zu einer immer tieferen Spaltung der Studentenschaft. Schließlich eskalierte der Konflikt nach den Studentenratswahlen vom 11. Dezember 1947, bei denen die

²⁰ Seitens der sowjetischen Militärregierung wurde bewußt nicht von einer „Wiedereröffnung“ der alten Friedrich-Wilhelms-Universität gesprochen, um dadurch eine gegebenenfalls notwendige Einbeziehung der drei westlichen Besatzungsmächte zu vermeiden. Statt dessen wurden die Begriffe „Neueröffnung“ bzw. „Neugründung“ verwendet. Vgl. hierzu Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 105–107.

²¹ Vgl. Ludwig von Friedeburg/Jürgen Hörlemann u. a. (Hg.): Freie Universität und politisches Potential der Studenten. Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland, Neuwied/Berlin 1968, S. 26f.; Tent: Freie Universität Berlin, S. 15 und S. 32f.

²² Vgl. Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 125 sowie zur allmählichen „Sowjetisierung“ der Berliner Universität S. 119–159.

²³ FU Dokumentation. Freie Universität Berlin 1943–1973, Hochschule im Umbruch, Teil I: 1945–1949. Gegengründung wozu?, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1973, S. 20f. Dok. 5.

²⁴ Friedeburg/Hörlemann u. a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 28; Tent: Freie Universität Berlin, S. 49f.

SED-nahen Gruppierungen herbe Verluste hinnehmen mußten. Durch das Wahlergebnis bestätigt begannen die Herausgeber der oppositionellen Studentenzeitung „Colloquium“ nun offene Kritik an den undemokratischen und aggressiven Wahlkampfmethoden der SED zu üben.²⁵ Doch weder die Einheitspartei noch die Zentralverwaltung oder die SMAD konnten direkt gegen das kritische Studentenblatt vorgehen, da dieses von der amerikanischen Besatzungsmacht lizenziert worden war.²⁶

Wenige Wochen nach den Wahlen zum 2. Studentenrat erschien in der Januar-Ausgabe (1948) des „Colloquiums“ unter dem provokativen Titel *Kampf um die Universität: Wie lange noch?* ein Artikel, in dem die Infiltrations- und Ideologisierungsbemühungen der Zentralverwaltung schonungslos angesprochen wurden:

„Der aufmerksame Beobachter darf am Ergebnis der Studentenratswahlen in Berlin und den Universitäten der Ostzone, soweit dies bisher bekannt geworden ist, feststellen, daß dem Bestreben der Zentralverwaltung für Volksbildung und seiner getreuen Helfer, unter dem Motto ‚Demokratisierung der Universitäten‘ den Klassenkampf in die alma mater zu tragen, bisher bemerkenswert wenig Erfolg beschieden wurde. [...] Wenn die Unbelehrbarkeit der Herren von der Z.V. nicht allzu evident wäre, so könnte man mit Recht hoffen, daß sie endlich einsehen, daß selbst bei den abgestumpften Nerven einer durch zwölf Jahre Diktatur gegangenen Jugend ihre Holzhammermethoden den gegenteiligen Erfolg zeitigen. So aber, wie die Dinge nun einmal liegen, müssen wir erwarten, daß die neugewählten Studentenräte zum Beispiel in ihrem unzweifelhaften Bemühungen um ein faires Zulassungsverfahren in den nächsten Semestern der gleichen Rigorosität begegnen werden wie die bisher amtierenden und dabei wie bisher allein gelassen werden.“²⁷

Der Hinweis auf die Diktatur des Nationalsozialismus verdeutlicht die Motivation der beiden „Colloquium“-Herausgeber, Otto Hess und Joachim Schwarz: nie mehr sollte eine falsche Ideologie Einfluß gewinnen, weder der untergegangene Nationalsozialismus noch der neue Sozialismus sowjetischer Prägung. Tatsächlich hatte die Diktatur- und Kriegserfahrung der Jahre 1933 bis 1945 große Teile der damaligen Studentengeneration gegen jegliche Versuche politischer Einflußnahme sensibilisiert und zu kritisch-mündigen Persönlichkeiten reifen lassen.²⁸

Im März 1948 eskalierte die Situation infolge eines weiteren „Colloquium“-Artikels, in dem die unverblühte Frage gestellt wurde, was getan werden könne, „um der scheinbar unaufhaltsamen Abwertung der *universitas litterarum* zur Parteihochschule entgegenzuwirken“.²⁹ Der endgültige Bruch zwischen den oppositionellen Studenten und der Zentralverwaltung erfolgte, als Otto Hess, Joachim Schwarz und Otto Stolz, ein weiterer „Colloquium“-Mitarbeiter, am 16. April 1948 auf Betreiben Wandels von der Universität verwiesen wurden.³⁰ Begründet

²⁵ Zur Rolle des „Colloquiums“ im Vorfeld der Gründung der Freien Universität vgl. Emil Dovifat: Zwischen Ende und Anfang. Erinnerungen aus dem Gründungsjahr, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 9-12; Detlef E. Otto: Das Gespräch 1947-1963: „Colloquium“, in: ebd., S. 42.

²⁶ Tent: Freie Universität Berlin, S. 63f.

²⁷ Colloquium, 2. Jg., Januar 1948, Heft Nr. 1, S. 13-15. Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S. 32 Dok. 22.

²⁸ Tent: Freie Universität Berlin, S. 44f.

²⁹ Colloquium, 2. Jg., März 1948, Heft Nr. 3, S. 14f. Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S. 33f. Dok. 24.

³⁰ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 96.

wurde dieser Schritt in einem an die drei Studenten gerichteten Schreiben des damaligen Rektors Hermann Dersch wie folgt:

„Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone hat mir mit Schreiben vom 16. April ds. Js. mitgeteilt, daß sie ihr Einverständnis mit Ihrer Zulassung zum Studium an der Universität Berlin im Hinblick auf die in Ihrer publizistischen Tätigkeit liegenden Verletzung von Anstand und Würde eines Studierenden hiermit widerrufe.“³¹

Am 21. April nahmen die Betroffenen im „Berliner Tagesspiegel“ öffentlich Stellung zu ihrer Relegation. Sie verwiesen darauf, daß nicht sie, sondern die Zentralverwaltung mit ihren repressiven Maßnahmen konsequent die Würde der Universität verletzt habe. Die im Stadtparlament vertretenen politischen Fraktionen müßten nun endlich für die Unterstellung der Universität unter die Aufsicht des Berliner Magistrats eintreten.³² Und noch am gleichen Tag forderte der nicht SED-dominierte Berliner Studentenrat die Zentralverwaltung in einer Sondernummer des „Colloquiums“ auf, „ihre Maßnahmen in der Angelegenheit der Studenten Hess, Schwarz und Stolz nochmals [zu überprüfen]“. ³³ Von nun an begannen sich die Ereignisse zu überschlagen. Selbstverständlich zeigte sich die Zentralverwaltung nicht gewillt, auf die Forderungen der Studentenvertreter einzugehen. Daraufhin wurde die Studentenschaft im Rahmen eines am 23. April angesetzten Vorlesungsstreiks zu einer Versammlung in das an der Grenze zum sowjetischen Sektor im Westteil der Stadt gelegene Hotel Esplanade gebeten, wo die Relegierten zu ihrer Causa Stellung nehmen wollten. Dabei rief Otto Stolz die rund 2000 Versammelten zur Gründung einer neuen und von jeglichen politisch-ideologischen Einflußnahmen „freien“ Universität auf.³⁴ Acht Jahre nach der Versammlung im Esplanade schrieb Georg Kotowski, damals Mitglied des Gründungsausschusses der FU und später ebendort Professor für Politikwissenschaft, über diesen denkwürdigen Tag:

„Am 23. April kam es auf Einladung der Hochschulgruppen der drei demokratischen Parteien zu einer eindrucksvollen Protestkundgebung der Berliner Studentenschaft im Hotel Esplanade im britischen Sektor, aber unmittelbar an der Sektorengrenze. Trotz der Androhung harter Strafen nahm ein große Zahl von Studenten teil. Unter brausendem Beifall forderte der Student Otto Stolz die Errichtung einer freien Universität. Von diesem Augenblick an begannen die vielfältigen Strömungen, die dasselbe Ziel schon seit längerer Zeit anstrebten, zusammenzufließen und erlangten dadurch eine Stoßkraft, welche es vermochte, die ungeheuren Schwierigkeiten, die dem Unternehmen entgegenstanden, beiseite zu schieben.“³⁵

Zu den von Kotowski hier angesprochenen „Strömungen“, die zur Verwirklichung der im Hotel Esplanade proklamierten Gründungsabsicht beitrugen, zählte – wohlgemerkt nach anfänglichem Zögern – in ganz erheblichem Maße auch die

³¹ Hier zitiert nach Uwe Prell/Lothar Wilker (Hg.): Die Freie Universität Berlin 1948–1968–1988. Ansichten und Einsichten, Berlin 1989, S.218 Dok. 6.

³² Vgl. hierzu Der Tagesspiegel vom 21.4.1948, abgedruckt in FU Dokumentation I, S.34 Dok. 25.

³³ Colloquium, 2. Jg., April 1948, Sondernummer, S.14. Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S.35 Dok. 27.

³⁴ Zu den Ereignissen im Hotel Esplanade vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S.99.

³⁵ Georg Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität. Mit einem Gedenkwort von Ernst E. Hirsch, Rektor der Freien Universität Berlin, Berlin 1954, S.26.

amerikanische Besatzungsmacht. Diese beobachtete seit 1947 mit wachsender Sorge die repressiven Ideologisierungsbemühungen der Zentralverwaltung. Gleichwohl waren die Amerikaner an dieser Situation nicht ganz schuldlos. Seit Beginn der Berliner Besetzung und dann vor allem in der Zeit der einseitigen Wiedereröffnung der Linden-Universität durch die Sowjets hatte sich der Mangel an hochschulpolitischen Konzepten auf sträfliche Weise bemerkbar gemacht. So scheute man einerseits auf amerikanischer Seite den offenen Konflikt mit den Sowjets in der Hochschulfrage, andererseits besaß man aber selbst keine klaren Vorstellungen dahingehend, wie die Berliner Hochschullandschaft in Zukunft auszusehen habe.³⁶ Ferner hatte der Umstand, daß es den Amerikanern nicht gelungen war, ihren Einfluß auf die Berliner Universität gegenüber der SMAD geltend zu machen, negative Auswirkungen auf die amerikanische Haltung gegenüber den Berliner Studenten gezeigt. Diese wurden zunehmend als potentielle sowjetische Agenten betrachtet. Kurzsichtige und als ungerecht empfundene Maßnahmen taten das ihrige, um umgekehrt das studentische Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Militärverwaltung weiter anzufachen. Beispielsweise verweigerte der amerikanische Stadtkommandant, Oberst Frank Howley, zu Beginn des zweiten Semesters denjenigen Studenten die Aufenthaltserlaubnis im amerikanischen Sektor, die von dort aus die im sowjetischen Sektor gelegene Universität besuchen wollten.³⁷

Selbstverständlich gab es auch Mitglieder der amerikanischen ERAB, die den Bildungssektor nicht als bloßen Nebenkriegsschauplatz eines sich vertiefenden Ost-West-Konflikts betrachteten oder diesen – abgesehen von der im britischen Sektor liegenden Technischen Hochschule – den Sowjets überlassen wollten. Eine Auseinandersetzung mit der Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft war schon deshalb immer dringlicher geworden, weil sich innerhalb des amerikanischen Sektors nicht nur einige Institute der Berliner Universität, sondern auch ein Großteil der in Dahlem ansässigen Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) befanden. Was die Universitätsinstitute, wie den Botanischen Garten oder die Pharmakologie, anbetraf, sperrten sich die Amerikaner auch nach der Neueröffnung der Linden-Universität gegen eine Übergabe an die im Ostteil der Stadt residierende Hochschulleitung. Zudem wurde der dortige Forschungs- und Lehrbetrieb weitestgehend unterbunden.³⁸ Was also mit den insgesamt über vierzig wissenschaftlichen Einrichtungen im amerikanischen Sektor künftig geschehen sollte, blieb im ersten Nachkriegsjahr noch offen. Erst im Herbst 1946 schien sich eine interessante Lösung abzuzeichnen. „Es war Fritz Karsen“, so Tent, „der zum ersten und hartnäckigsten Anwalt einer neuen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtung wurde: eines „Instituts für fortgeschrittene

³⁶ Zur amerikanischen Reaktion auf die Neueröffnung der Berliner Universität vgl. u. a. Friedeburg/Hörlemann u. a.: *Freie Universität und politisches Potential der Studenten*, S. 38; Lönnendonker: *Freie Universität Berlin*, S. 107–110; Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 76–87; ders.: *The Free University of Berlin*, S. 243f.

³⁷ Ebd., S. 77.

³⁸ Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 82. Vgl. ferner IfZ, OMGUS 5/291-3/12, Schreiben Fritz Karsens an Alonzo G. Grace vom 25. 8. 1948. In diesem Brief sprach Karsen im Hinblick auf die zu errichtende Forscherhochschule von einer „School of Advanced Studies“.

Studien“ nach dem Vorbild des „Institute for Advanced Study“ in Princeton.“³⁹ Diese geplante Anlehnung an Princeton ist aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive insofern bemerkenswert, als sich Abraham Flexner, der geistige Vater des 1937 gegründeten Institute for Advanced Study, im Rahmen seines Gründungskonzepts seinerseits am Vorbild der außeruniversitären Forschungsinstitute der KWG orientiert hatte. Offensichtlich war dieser Zusammenhang dem Emigranten Karsen nicht bekannt.⁴⁰ Nach dessen Vorstellungen sollte die Berliner Forschungshochschule nur Frauen und Männer aufnehmen, die bereits ein Universitätsstudium abgeschlossen hatten. Gedacht war an ein Postgraduieretenstudium mit naturwissenschaftlichem Fächerschwerpunkt, das durch gesellschaftspolitisch relevante Disziplinen wie der Soziologie, Politikwissenschaft, Pädagogik und American Studies ergänzt werden sollte.⁴¹ Nach einer Unterredung mit Karsen in dieser Angelegenheit schrieb Kurt Noack, der damalige Direktor des Berliner Botanischen Gartens, im September 1946 fast schon euphorisch an den ersten Nachkriegsrektor der Linden-Universität, den Philosophen und Schüler Wilhelm Diltheys Eduard Spranger: „Es soll versucht werden, eine post-graduated-high-school zu machen, ohne die Bindung mit der Universität im anderen Sektor völlig aufzugeben. Sehr erfreulich ist es, daß die Amerikaner Berlin wieder zum Zentrum deutscher Wissenschaft machen wollen. Da dies ja auch die Russen vorhaben, kann es uns an nichts mangeln.“⁴²

Um allerdings dem Anschein zu begegnen, es handle sich im Fall der geplanten Forschungshochschule um eine Gründung der amerikanischen Besatzungsmacht, wurde ein Stiftungsrat gebildet, der sich aus Vertretern der Länder in den westlichen Besatzungszonen und Berlins sowie aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammensetzte.⁴³ Zu einem längerfristigen Planungsstillstand kam es aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Berliner Magistrat und dem Bayerischen Kultusministerium wegen der künftigen Trägerschaft der Forschungshochschule. Berlin sperrte sich gegen den von bayerischer Seite vertretenen Plan, den Sitz der zuständigen Länderstiftung nach München zu verlegen. Der Magistrat befürchtete in diesem Fall einen allzu großen Einfluß des wegen seines ausgeprägten Konservatismus umstrittenen bayerischen Kultusministers Alois Hundhammer.⁴⁴ Obgleich es im Februar 1948 doch noch zu einer Einigung zwi-

³⁹ Tent: Freie Universität Berlin, S. 82f.

⁴⁰ Zur Vorbildfunktion der KWG hinsichtlich der Gründung des Institute for Advanced Study in Princeton vgl. Clark Kerr: Remembering Flexner, in: Flexner: Universities, S. vii–xx, hier S. xi; Goldschmidt: Wechselwirkungen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Bildungswesen, S. 163; Röhrs: Der Einfluß der klassischen deutschen Universitätsidee, S. 105f.

⁴¹ IfZ, OMGUS 5/301-1/26, Interview mit der Korrespondentin der DANA über Forscherhochschule am 26. 11. 1947. Vgl. hierzu auch das entsprechende Kapitel zur „Forscherhochschule in Berlin-Dahlem“ bei Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 160–177, sowie Tent: Freie Universität Berlin, S. 82–84.

⁴² Hier zitiert nach Tent: Freie Universität Berlin, S. 83.

⁴³ IfZ, OMGUS 5/301-1/26, Interview mit Korrespondentin der DANA über Forscherhochschule am 26. 11. 1947.

⁴⁴ Zu dieser Kontroverse nahm ein Artikel in „Der Welt“ vom 7. 11. 1947 wie folgt Stellung: „Die Pläne und der Etat dieser neuen Organisation sind bereits in allen Einzelheiten von

schen beiden Parteien und im Mai sogar zur formellen Einrichtung der Forscherhochschule kam, sollte die sich seit Frühjahr 1948 zuspitzende Entwicklung an der Linden-Universität bald dazu führen, das Projekt zugunsten einer kompletten Universitätsneugründung im Westen Berlins aufzugeben.⁴⁵

Den entscheidenden Kontakt zur amerikanischen Militärregierung knüpften die oppositionellen Studenten um die „Colloquium“-Herausgeber Hess, Schwarz und Stolz über das Ehepaar Fritz und Herta Epstein. Der Historiker Fritz T. Epstein, deutscher Exilant wie Karsen, war gemeinsam mit seiner Frau im Auftrag des State Departments nach Berlin gekommen, wo beide regen Anteil am Schicksal der dortigen Universität und deren Studenten nahmen.⁴⁶ „Die Berliner Studenten“, so Siegwald Lönnendonker,

„die der SED-Politik immer oppositioneller gegenüberstanden, trafen sich seit dem Winter 1946 auch bei den Amerikanern [...] zu politischen Gesprächen. [...] Am beliebtesten waren die Treffen bei der Familie Epstein (Salon Epstein‘). In dieser Umgebung waren sie vor den Bespitzelungen ihrer SED-Kommilitonen sicher und außerdem gab es dort meistens etwas zu essen; ‚Demokratisierung durch Würstchen‘ hieß das.“⁴⁷

Nach der Protestkundgebung im Hotel Esplanade vom 23. April 1948, die in der Forderung nach der Gründung einer „freien“ Universität gemündet war, traten neben den Epsteins weitere amerikanische Persönlichkeiten auf die Berliner Bühne, die ihrerseits das studentische Ansinnen aufgriffen und tatkräftig zu unterstützen begannen. Einer davon war der amerikanische Journalist Kendall Foss, der im Auftrag der in München erscheinenden „Neuen Zeitung“ in Berlin die Vorgänge an der Linden-Universität beobachtete.⁴⁸ Im Anschluß an die Versammlung im Hotel Esplanade hatte sich Foss mit einigen Studenten getroffen und eine Kontaktaufnahme mit General Lucius D. Clay, dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Deutschland, angeregt.⁴⁹ Tatsächlich informierte Foss schon am folgenden Morgen General Clay telefonisch über die Ereignisse des Vortages und

süddeutschen Experten ausgearbeitet worden. An einem Punkt jedoch kamen die Verhandlungen zum Stillstand: die Vertreter des Berliner Magistrats und auch ein Teil der vorgesehenen Professoren lehnten München als Sitz der Stiftung – wenn auch die Verwaltung nicht dort liegen soll – ab. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß eine Stiftung in München der Dienstaufsicht und dem Einfluß des bayerischen Kultusministeriums unterliegen würde. Dieses Ministerium wird aber gegenwärtig von Dr. Hundhammer, der auf kulturellem Gebiet meist umstrittenen Persönlichkeit Deutschlands, geleitet. Man erinnert in diesem Zusammenhang in Berlin an den augenblicklichen Status der Berliner Universität, die ausschließlich von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone geleitet wird, ohne daß der Magistrat irgendeinen Einfluß hat.“

⁴⁵ Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 177.

⁴⁶ Tent: Freie Universität Berlin, S. 84f.

⁴⁷ Lönnendonker: Freie Universität Berlin, S. 218.

⁴⁸ Zur Rolle Foss' im Vorfeld der Gründung der FU vgl. u. a. Kendall Foss: A New Freedom for Education, in: New York Post vom 24. 2. 1947; Tent: Freie Universität Berlin, S. 106–108; Wells: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, S. 48.

⁴⁹ Zu Clays Deutschlandpolitik vgl. Lucius D. Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt o. J. (1950); John H. Backer: Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1983; Wolfgang Krieger: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949, Stuttgart 1987.

bat diesen, „ihn mit der Prüfung der Möglichkeiten der Errichtung und Unterstützung einer freien Universität im Westen Berlins zu beauftragen“.⁵⁰ Nachdem der Oberkommandierende spontan seine Unterstützung zugesagt hatte, besuchte Foss gemeinsam mit einigen Studenten Hermann B. Wells, Clays kulturpolitischen Berater, sowie den amtierenden Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter, um das weitere Vorgehen in der Neugründungsfrage zu beraten.⁵¹ „Der Journalist stand nun vor der schwierigen Aufgabe“, so Kotowski rückblickend über Foss' tragende Rolle, „bei den Verhandlungen mit den Deutschen deren Vertrauen zu der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Absichten zu gewinnen, ohne seinen amtlichen Auftrag allzu offen bekannt geben zu dürfen. Seine wichtigste Aufgabe war es, Vertrauen zu wecken.“⁵²

Ein bedachtes Vorgehen erschien nicht zuletzt deshalb angebracht, weil sich die politische Großwetterlage in Berlin weiter zuspitze. Am 20. März 1948 hatten die sowjetischen Vertreter den Alliierten Kontrollrat verlassen, nachdem sich die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (23.2.–6.3.1948) für eine Ausweitung des Marshall-Plans auf die westlichen Besatzungszonen ausgesprochen hatte.⁵³ Niemand konnte in dieser Situation absehen, was als nächstes geschehen würde. Ein allzu progressives Bekenntnis zur Gründung einer neuen Universität speziell im politischen Brennpunkt Berlin schien daher aus amerikanischer Sicht unangebracht. Gleichwohl kam es am 4. Mai zur Bildung eines „Committee on the Establishment of a German University in the U.S. Sector of Berlin“, zu dessen Vorsitzenden der in hochschulpolitischen Belangen weitgehend unerfahrene Foss ernannt wurde.⁵⁴ Hierbei ist bemerkenswert, daß man den jungen Journalisten und nicht den für Hochschulfragen zuständigen ERAB-Spezialisten, Fritz Karsen, mit dieser Aufgabe betraute. Der ehemalige Berliner Oberstudiendirektor wäre aufgrund seiner bisherigen Bemühungen um eine Hochschulreform sowie für die Errichtung einer Berliner Forschungshochschule weitaus prädestinierter gewesen. Offensichtlich wollte die Spitze der Militärregierung Karsens Einfluß auf das neue Universitätsprojekt begrenzt halten. Dies mag in erster Linie an dessen skeptischer Grundhaltung gelegen haben, da Karsen – wie auch der ERAB-Leiter Richard Thomas Alexander – neben den praktischen Schwierigkeiten stets auf die möglichen politischen Konsequenzen eines solch brisanten Unterfangens hingewiesen hatte. Ein Hauptproblem bestand für Karsen im Zusammenhang mit der Neugründung ei-

⁵⁰ Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität, S. 27.

⁵¹ Zu diesem Besuch vgl. Wells: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, S. 47f.

⁵² Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität, S. 27.

⁵³ Vgl. u. a. Jochen Laufer: Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im Alliierten Kontrollrat, in: Alexander Fischer (Hg.): Studien zur SBZ/DDR, Berlin 1993, S. 57–83; Gunther Mai: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995; Schöllgen: Geschichte der Weltpolitik, S. 53f.; Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 41f.; Gunther Mai: Vom Dualismus zur vorübergehenden Teilung. Die USA im Alliierten Kontrollrat, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 91–99, hier S. 99.

⁵⁴ Zur Arbeit des „Committee on the Establishment of a German University in the US Sector of Berlin“ vgl. u. a. Lönnedonker: Freie Universität Berlin, S. 264–283.

ner Volluniversität gerade in Berlin darin, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. In der Tat schien es für Hochschullehrer aus den westlichen Besatzungszonen wenig lukrativ, sich auf ein derart unsicheres Projekt einzulassen, ganz abgesehen von den damals nicht eben attraktiven Lebensverhältnissen in der ehemaligen Reichshauptstadt.⁵⁵ James F. Tent hat in seiner Geschichte der Freien Universität Berlin die nachvollziehbare These vertreten, daß es Karsen womöglich nicht mehr zugetraut wurde, sich dieser Herausforderung zu stellen:

„Karsen hatte seine Aufgabe darin gesehen, in der amerikanischen Zone demokratischer strukturierte Universitäten zu schaffen; und er hatte sich hart eingesetzt, um die Universitäten so weit zu bringen, daß sie sich Beiräte zulegte, die einen verbesserten Kontakt zur Öffentlichkeit gewährleisten und damit die deutschen Universitäten aus dem Elfenbeinturm herausführen sollten. Des weiteren wünschte sich Karsen mehr Teilhabe und Mitsprache der Studentenschaft. Obwohl Karsen bei den Konferenzen der Universitätsrektoren zu diesen Reformen gedrängt und obwohl man jahrelang über sie diskutiert hatte, war in der Praxis kaum etwas davon verwirklicht worden. Karsen hatte sein Lieblingsprojekt, die Deutsche Forscherhochschule, mit dem Argument gerechtfertigt, es könne dazu beitragen, eine Generation demokratisch gesinnter Universitätsprofessoren heranzuziehen. Innerhalb der Militärregierung bestand jedoch der Eindruck, Karsen habe in seinen Bemühungen um die Demokratisierung der Universität nur wenig erreicht. [...] Dagegen brachten relative Neulinge wie Kendall Foss und die Mitglieder seines Ausschusses noch den für ein solches Vorhaben erforderlichen Optimismus mit.“⁵⁶

Eine Art Aufsichtsfunktion über die Arbeit des von Foss geleiteten Komitees übernahm Hermann B. Wells. Wells, neben seiner Beratertätigkeit für OMGUS im Zivilberuf Präsident der University of Indiana, war sich der enormen finanziellen Aufwendungen und logistischen Probleme, die mit einer Neugründung verbunden waren, bewußt. Gegenüber Clay versuchte Wells immer wieder auf die zu erwartenden Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, wie er rückblickend selbst einräumte:

„I explained that starting a university is a complicated business, that we had to have a faculty, a library, laboratories, and so on. I was sure that we would have plenty eager students, but I was not sure that we could accomodate them in such a short time. He [Clay] brushed aside all my doubts, said it could be done, and asked me to put the machinery into motion.“⁵⁷

Diese Zitat zeigt eindrucksvoll, mit welchem Engagement das Berliner Universitätsprojekt selbst durch den ranghöchsten Repräsentanten der Vereinigten Staaten in Deutschland vorangetrieben wurde. Wie schnell die Planungen Gestalt annahmen, beweist zudem die Tatsache, daß Foss und Wells bereits fünf Tage nach den Ereignissen im Hotel Esplanade General Clay erste Ergebnisse präsentieren konnten. Anvisiert war die Aufnahme des Lehrbetriebs einiger Institute und Fakultäten für den Herbst 1948. Allerdings wurde immer wieder hervorgehoben, daß es sich um eine deutsche und eben nicht um eine amerikanisch initiierte Gründung handeln sollte. Die Amerikaner selbst sahen sich lediglich in der Rolle eines Geburtshelfers, der die finanziellen und logistischen Voraussetzungen für ein solches Un-

⁵⁵ Tent: Freie Universität Berlin, S. 115–123.

⁵⁶ Ebd., S. 125.

⁵⁷ Wells: Higher Education Reconstruction in Postwar Germany, S. 48.

terfangen schaffen sollte, die von deutscher Seite unmöglich hätten alleine geleistet werden können.⁵⁸

Nachdem sich also in der ersten Maihälfte des Jahres 1948 eine amerikanische Unterstützung des Universitätsprojekts abzuzeichnen begann, überschlugen sich die weiteren Ereignisse. Am 11. Mai hatte auch das Berliner Stadtparlament offiziell auf die Forderungen der Studenten reagiert. Mit großer Mehrheit wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Magistrat beauftragt, seinerseits Maßnahmen zur Gründung einer „freien“ Universität einzuleiten.⁵⁹ Damit waren nun mehrere Gruppen und Institutionen an den Planungen beteiligt, die allerdings noch weitgehend unabhängig voneinander agierten. Um dieses Defizit auszuräumen, wurde am 19. Juni auf Initiative von rund 50 führenden Berliner Persönlichkeiten ein Gründungsausschuß ins Leben gerufen, der die weiteren Vorbereitungen koordinieren sollte. Diesem zehnköpfigen Gremium gehörten neben Oberbürgermeister Reuter, der auch den Vorsitz übernahm, und Edwin Redslob, dem späteren zweiten Rektor der FU, Paul Altenburg, Karl Kleinkamp, Hermann Bermann, Kurt Landsberg, Otto Hess, Hans Ringmann, Theodor Jakobi und Carl-Hubert Schwennicke an.⁶⁰ „Damit waren“, wie Kotowski sich rückblickend erinnerte, „Wissenschaftler, Politiker und Studenten endlich organisatorisch vereinigt. Von jetzt an gingen die Vorbereitungsarbeiten schnell voran.“⁶¹

Eine solche Bündelung der deutschen Kräfte war notwendig geworden, weil sich zeitgleich eine schwerwiegende Krise unter den alliierten Besatzungsmächten abzuzeichnen begann. Drei Tage vor der Wahl des Gründungsausschusses hatten die Sowjets nach dem Kontrollrat auch die gemeinsame Alliierte Kommandantur verlassen. Der Grund für diesen Auszug waren die westalliierten Vorbereitungen zur Durchführung einer Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen gewesen, die unmittelbar bevorstand.⁶² Über die möglicherweise fatalen Konsequenzen einer Währungsreform für die Finanzierung des Universitätsprojekts waren sich die Amerikaner im klaren. Clay sandte noch am 16. Juni, also drei Tage vor dem offiziellen Inkrafttreten der Währungsreform, Foss in geheimer Mission nach

⁵⁸ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 109f.; Pells: Not Like US, S. 46–49, Zitat S. 49: „From the outset, it was important to the Americans and Germans alike that the United States not impose its own agenda on the Free University, that the university not be seen as an American creation. If the university was to succeed, it would have to preserve its autonomy and its identity as a distinctively German institution.“

⁵⁹ Vgl. Friedeburg/Hörlemann u. a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 41f.

⁶⁰ Zum Verlauf der Sitzung vom 19. 6. 1948 und den dort behandelten Fragen vgl. den entsprechenden Überblick in: FU Dokumentation I, S. 41f. Dok. 38.

⁶¹ Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität, S. 28.

⁶² Zur Einführung und Bedeutung der Währungsreform 1948 vgl. Christoph Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ 36 (1988), S. 189–232; Peter Hamppe (Hg.): Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Rückblicke und Ausblicke, München 1989; Michael Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948, Essen 1993; Wilfried Mausbach: Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947, Düsseldorf 1996; Werner Plumpe: Entscheidung für den Strukturbruch. Die westdeutsche Währungsreform und ihre Folgen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 455–467.

München, um dort insgesamt 19 Millionen Reichsmark aus dem Erlös der sich in amerikanischer Hand befindlichen „Neuen Zeitung“ und der Illustrierten „Heute“ für den Aufbau der neuen Universität zu sichern. Das Ziel dieser Operation war es, das Geld noch vor der Währungsumstellung von einem amerikanischen Konto, auf dem es seinen Wert weitgehend verloren hätte, auf ein deutsches Privatkonto zu transferieren. Damit bestand die Möglichkeit, den Gesamtbetrag nach Einführung der neuen Währung zu einem Kurs von 10:1 noch wenigstens in 1,9 Millionen neue Deutsche Mark umzutauschen. Mit diesem letztlich erfolgreichen Coup des Oberkommandierenden stand der künftigen Universität ein für damalige Verhältnisse höchst ansehnliches Startkapital zur Verfügung.⁶³ In seinem *Aufruf zur Gründung einer freien Universität Berlin* vom 23. Juli 1948 bat auch der vorbereitende Gründungsausschuß in Deutschland und der ganzen Welt um Unterstützung für die neue Universität:

„Von dem Willen der Bevölkerung getragen, wendet sich daher ein aus freier Initiative gebildeter Ausschuß an die Öffentlichkeit und ruft zur schnellen und tätigen Unterstützung auf. Es geht um die Errichtung einer freien Universität, die der Wahrheit um ihrer selbst willen dient. Jeder Studierende soll wissen, daß er sich dort im Sinne echter Demokratie frei zur Persönlichkeit entfalten kann und nicht zum Objekt einseitiger Propaganda wird. Jeder Dozent soll hier frei von Furcht und ohne einseitige Bindung an parteipolitische Doktrin lehren und forschen können.“⁶⁴

Die Adressaten des Aufrufs waren neben Studenten, Dozenten und den westalliierten Besatzungsmächten, die sich gemeinsam am Aufbau der Universität beteiligen sollten, auch ausländische Gelehrte und Mäzene, ohne deren Engagement – darüber waren sich die Mitglieder des Berliner Gründungsausschusses einig – die Neugründung gerade in den Anfangsjahren kaum überlebensfähig sein würde.⁶⁵

Diese eindringliche Bitte um Unterstützung kam nicht von ungefähr zu einem Zeitpunkt, an dem das gesamte Universitätsprojekt durch ein sowohl für die Berliner als auch deutschen Nachkriegsgeschichte einschneidendes Ereignis gefährdet wurde: die Berlin-Blockade. Die Ausdehnung der Währungsreform auf die Westsektoren Berlins hatte Moskau zum Anlaß genommen, die Abschottung der Reichshauptstadt anzuordnen. Mit der Begründung, es gebe „technische Probleme“, wurden die gesamten Bahn-, Straßen- und Binnenschiffahrtsverbindungen durch die Ostzone in den Westteil Berlins seit dem 24. Juni 1948 unterbrochen. Allein die Luftverkehrswege waren von der Blockade nicht betroffen. Das Ziel der Blockade sollte sein, die sich mit der Währungsreform abzeichnende Gründung

⁶³ Vgl. hierzu Fritz von Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, in: FU Dokumentation III, S. 127f.

⁶⁴ Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S. 42f. Dok. 41.

⁶⁵ Vgl. hierzu ebd.: „Wir rufen alle Menschen des Inlandes und des Auslandes, die sich dem Geist der Freiheit und der Wahrheit verpflichtet fühlen. Wir rufen die Vertreter der deutschen und der alliierten Behörden, und damit alle, denen der Schutz des Individuums und seiner Rechte anvertraut ist. Wir rufen die Jugend aller Länder, insbesondere die Studierenden der freiheitlich wirkenden Universitäten, Akademien und Hochschulen. Wir rufen die deutschen Professoren und Dozenten und ebenso die akademischen Lehrer im Ausland, uns ihre Mitwirkung durch Gastvorlesungen oder in anderer Form zu gewähren. Wir rufen Freunde und Gönner in aller Welt und bitten, die Gründung mit Geld und Lehrmitteln zu unterstützen.“

eines westdeutschen Teilstaates zu verhindern.⁶⁶ Es kann kaum überraschen, daß das Neugründungsprojekt im Zuge der Abriegelung Berlins eine unglaublich politische Dimension in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West erhielt.⁶⁷ Im Aufruf des Gründungsausschusses vom 23. Juli wurde dieser Anspruch folgendermaßen vertreten: „Aus dem Geist der Selbstbehauptung heraus, mit der sich unsere Stadt gegen die Blockade erhob, soll diese Universität entstehen und als geistiger Mittelpunkt des freiheitlichen Berlins der Gesundung Deutschlands dienen.“⁶⁸

Der unermüdliche Einsatz des vorbereitenden Gründungsausschusses bestärkte General Clay in seiner Haltung, das Projekt von amerikanischer Seite bestmöglich zu unterstützen und entsprechend voranzutreiben. In einem Brief an Oberbürgermeister Reuter schrieb Clay am 30. August 1948: „Lieber Dr. Reuter! [...] Ich werde die Entwicklung dieser Universität mit lebhaften Interesse verfolgen, und ich werde bereitwillig auf jede nur mögliche Weise helfen. Die Ziele, die sie verfolgt, verdienen das entschiedene Interesse aller, die an die akademische Freiheit glauben.“⁶⁹ Tatsächlich halfen die Amerikaner „im großen wie im kleinen“ (von Bergmann), indem beispielsweise für Möbel- und Büchertransporte Militärlastwagen bereitgestellt und erste Gebäude in Berlin-Dahlem, die bislang von amerikanischen Dienststellen requiriert waren, für die neue Universität freigegeben wurden.⁷⁰

Unterdessen ging die Immatrikulation von Studenten sowie das Anwerben geeigneter Hochschullehrer weiter. Am 22. September stimmte der Magistrat „der Errichtung einer Freien Universität in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts grundsätzlich zu“, deren „Lehrbetrieb zum Wintersemester 1948 aufgenommen werden kann“.⁷¹ Gleichzeitig wurde die Abteilung für Volksbildung mit der Ausarbeitung einer Universitätsverfassung beauftragt.⁷² Die daraufhin knapp sechs Wochen später, am 4. November 1948, durch die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete *Satzung der Freien Universität Berlin* knüpfte zwar einerseits an bestehende Verfassungstraditionen an, unterschied sich aber in einigen wesentlichen Details von den Satzungen der anderen (west-)deutschen Universitäten.⁷³ Weil es sich um eine Neugründung handelte, die primär auf eine studentische Initiative zurückging, war der Studentenschaft eine im Vergleich zur damaligen Hochschullandschaft äußerst einflußreiche Rolle eingeräumt worden. Neben einer

⁶⁶ Allgemein zur Blockade Berlins 1948 vgl. Avi Shlaim: *The United States and the Berlin Blockade, 1948–1949. A Study in Crisis-Decision Making*, Berkeley u. a. 1983; Thränhardt: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*, S. 64f.; Schöllgen: *Geschichte der Weltpolitik*, S. 54f.; Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 40–43; ders.: *Deutschland zwischen den Supermächten*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 181–190, hier besonders S. 184.

⁶⁷ Vgl. Friedeburg/Hörlemann u. a.: *Freie Universität und politisches Potential der Studenten*, S. 44f.; Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 165–168; Pells: *Not Like Us*, S. 48f.

⁶⁸ FU Dokumentation I, S. 42f. Dok. 41.

⁶⁹ Berlin. *Quellen und Dokumente*, I. Halbband, Berlin 1964, S. 579.

⁷⁰ So Bergmann: *Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin*, S. 190.

⁷¹ FU Dokumentation I, S. 47 Dok. 54.

⁷² Ebd.

⁷³ Die am 4. 11. 1948 verabschiedete Satzung der Freien Universität Berlin findet sich abgedruckt in FU Dokumentation I, S. 49f. Dok. 61.

starken studentischen Selbstverwaltung war ferner eine Mitsprache von Studentenvertretern im allen wichtigen universitären Gremien vorgesehen.⁷⁴ Die zweite Besonderheit bestand in der Einrichtung eines Kuratoriums in Anlehnung an angelsächsische Vorbilder, das anstelle eines Ministeriums als halbstaatliches Bindeglied zwischen der Universität einerseits und der Stadt andererseits fungieren sollte. Dem Kuratorium unterstand die gesamte Wirtschaftsverwaltung der Universität. Ständige Kuratoriumsmitglieder waren u. a. der Oberbürgermeister Berlins, die Leiter der Finanz- und Volksbildungsabteilung des Magistrats, der Rektor und Prorektor der Universität sowie ein Vertreter der Studentenschaft.⁷⁵ Auf amerikanischer Seite zeigte man sich mit diesem „Berliner Modell“ durchaus zufrieden, entsprach es doch in wesentlichen Punkten amerikanischen Reformvorstellungen.⁷⁶ In einer am 20. November verfaßten Depesche an Außenminister George C. Marshall äußerte sich Robert Murphy, der politische Berater General Clays, von der neuen Universitätsverfassung begeistert: „Die Freie Universität gehört zu den am demokratischsten verwalteten Hochschulen in Europa, und einige ihrer Grundsätze können gut als Leitfaden für andere Universitäten Deutschlands dienen.“⁷⁷

Die offenkundig intendierte Vorbildfunktion der FU löste jedoch an den bestehenden Hochschulen vorerst keinerlei Umdenkprozesse aus. Im Gegenteil: Zwei Tage nach Verabschiedung der Berliner Satzung waren sich die Mitglieder der vom 6. bis 7. November in Würzburg tagenden Süddeutschen Hochschulkonferenz darüber einig, ihre bisher zurückhaltend bis offen ablehnende Haltung gegenüber dem Berliner Vorhaben weiterhin aufrechtzuerhalten. Die in Würzburg versammelten Rektoren gaben vielmehr ihrer Sorge Ausdruck, daß mit der Gründung einer neuen Berliner Universität „der Konflikt zwischen den Westalliierten und den Russen auf deutsche Verhältnisse übertragen wird [und] die Freie Universität nicht die Kräfte haben kann, um den erforderlichen wissenschaftlichen Standard sicherzustellen“. Schließlich würde „ein öffentliches Bekenntnis der Rektorenkonferenz zur Freien Universität [...] geradezu die endgültige Trennung von den Universitäten der Ostzone bedeuten [...]“.⁷⁸ Eine direkte Konsequenz aus dieser Haltung der Rektorenkonferenz gegenüber der FU war, daß Hochschullehrer, die bereits zugesagt hatten, am Aufbau der neuen Universität mitzuwirken, diese Zusage wieder zurücknahmen.⁷⁹

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd., S. 50.

⁷⁶ Zum sogenannten Berliner Modell vgl. aus der Fülle der Literatur v. a. Peter Müller: Studenten gründeten – Studenten regieren. Das Berliner Modell an der Freien Universität Berlin, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 28–31; Friedeburg/Hörlemann u. a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, besonders S. 65–196 und S. 483–562; Tent: Freie Universität Berlin, S. 208–213 und S. 341–344; Eberhard Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, in: Demandt: Stätten des Geistes, S. 279–302, hier S. 285f.

⁷⁷ U.S. National Archives, Record Group 59, Akten des US Außenministeriums, Dok. Nr. 852.4212/11-2048, (Reeducation in Germany, mit Datum), Depesche Murphy an State Department, 20. 11. 1948. Hier zitiert nach Tent: Freie Universität Berlin, S. 186.

⁷⁸ Heinemann: Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1949, S. 260.

⁷⁹ Beispielsweise schrieben vier Professoren, darunter auch Hans von Kress, bemerkenswerterweise der spätere dritte Rektor der FU, am 6. 10. 1948 an den Vorbereitenden Aus-

Trotz dieser Schwierigkeiten begann am 15. November 1948 für 2140 Studierende⁸⁰ und 26 ordentliche Professoren⁸¹ der Vorlesungsbetrieb an der Freien Universität Berlin. Alles stand im Zeichen gemeinsamen Improvisierens, da weder die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten noch deren Ausstattung universitären Standards entsprachen.⁸² Die offiziellen Eröffnungsfeierlichkeiten fanden knapp drei Wochen später, am 4. Dezember 1948, mangels eigener repräsentativer Räumlichkeiten im Saal des Titania-Palastes, einem Berliner Kino mit ungefähr 2000 Sitzplätzen, statt. Als erstem Festredner oblag es Oberbürgermeister Reuter, feierlich zu verkünden: „In der Universität haben die Vorlesungen begonnen, und ich bin stolz darauf, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender dieses Vorbereitenden Ausschusses heute erklären zu können: Die Freie Universität Berlin ist gegründet!“⁸³ Dabei vergaß Reuter selbstverständlich nicht, die besondere Rolle der Westalliierten – gemeint waren in erster Linie die Amerikaner – während des Gründungsprozesses hervorzuheben: „Ohne die großzügige Unterstützung der Militärregierungen wären wir nicht im Stande gewesen, die Gebäude zu schaffen, wären wir nicht im Stande gewesen, den ersten Schritt zu tun und die Mittel zu finden, so daß wir bei aller gebotenen Sparsamkeit, die uns die Zeit auferlegt, in

schuß der Freien Universität: „Wir Unterzeichneten hatten uns bereiterklärt, einem etwaigen Ruf an die Freie Universität Berlin Folge zu leisten, da wir die Notlage der studierenden Jugend Berlins anerkennen und beitragen wollen, ihr entgegen zu steuern. Es wurde jedoch immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß eine neue Universität nur im Geiste der Verbundenheit mit den deutschen Hochschulen entstehen könne. [...] Daß unter Mißachtung der deutschen akademischen Gepflogenheiten und Überlieferungen auf ein Placet der westdeutschen Universitäten verzichtet werden könnte, vermögen wir keinesfalls zu billigen. [...] Wir Unterzeichneten können unsere Bereitschaft zur Mitarbeit nicht aufrechterhalten, wenn nicht den vorgetragenen Grundsätzen hinsichtlich des Charakters und des Geistes einer deutschen Universität Rechnung getragen und auch der erwähnte Artikel eindeutig widerrufen wird. gez. Prof. Schäfer, Prof. Joppich, Prof. von Kress, Prof. Koch.“ (Hier zitiert nach FU Dokumentation I, S.48 Dok. 58.) Zur lange Zeit zögerlichen bis ablehnenden Haltung der deutschen Hochschullehrerschaft gegenüber der Gründung der FU vgl. zudem Friedeburg/Hörlemann u.a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 40f.

⁸⁰ Zur Entwicklung der Studentenzahlen an der FU zwischen 1948 (2 140) und 1984 (51 624) siehe die Tabelle 2/1 in Klaus Hüfner/Thomas Hummel/Einhard Rau: Die Freie Universität Berlin: Ein statistisches Porträt, Berlin 1985, S. 28.

⁸¹ Vgl. Kotowski: Der Kampf um Berlins Universität, S. 30.

⁸² Über den Beginn des Vorlesungsbetriebs schreibt der damalige Professor für Zeitungswissenschaften an der FU Emil Dofivat: Zwischen Ende und Anfang, S. 12: „Die Problematik des Wagnisses (Akademische Anerkennung – Räume – Werkzeug – Institute – Bibliotheken – Lehrer) wurde gesehen und – mitten in der Blockade, also in einer belagerten Stadt, mit strengen Lichtsperrstunden und ohne Heizung – gelöst. Die [...] entleerten Bauten der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute in Dahlem wurden – ohne Tisch und Stuhl und ohne Katheder, dem Symbol professoraler Würde – einfach bezogen. Es begann eine wunderschöne Zeit: Das Lehren aus dem Kopf – aber vor einer spannend interessierten Hörschaft. Anfangs stand sie noch oder saß am Boden, dann versah sie sich, – so zu sagen individuell – mit Sitzgelegenheiten. Mit den Stühlen ging man von Hörsaal zu Hörsaal. Rede und Gegenrede unter solchen Umständen, bei Kerzenlicht in unbeheizten Räumen sind unvergesslich für Studenten und Professoren. Selten war der Kontakt so eng und so ergiebig.“

⁸³ Ernst Reuter: Schriften und Reden, Bd. 3, Berlin 1974, S. 543–549.

der ersten Zeit ohne die drückende Sorge der täglichen Mittelbeschaffung uns an die Arbeit haben geben können.“⁸⁴

Wegen der ablehnenden Haltung der meisten deutschen Universitäten erhielt die Gründung der FU in der Person ihres ersten Rektors, des damals bereits 86jährigen Doyens der deutschen Geschichtswissenschaft Friedrich Meinecke, eine legitimierende Note. Nach Professuren in Straßburg (1901) und Freiburg (1906) hatte Meinecke im Jahre 1914 einen Lehrstuhl an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität angenommen, wo sich der „Vernunftrepublikaner“ gegen Ende der Weimarer Republik zu einem erbitterten Gegner der NS-Bewegung entwickelte.⁸⁵ Sein 1945 veröffentlichtes Buch *Die deutsche Katastrophe* war eine der ersten Auseinandersetzungen mit den Ursachen für den kometenhaften Aufstieg der NS-Bewegung und den daraus resultierenden Folgen für Deutschland.⁸⁶ Obleich der seh- und gehbehinderte Meinecke nicht persönlich an den Eröffnungsfeierlichkeiten für die FU teilnehmen konnte, war es ihm ermöglicht worden, seine Grußworte mittels einer Funkverbindung live aus seinem Berliner Haus direkt an die Festversammlung im Titania-Palast zu richten.⁸⁷ Dabei sprach der Begründer der politischen Ideengeschichte im Zusammenhang mit der FU-Gründung von einem „Kampf der Ideen“ zwischen Ost und West, wodurch der spezifische politische Charakter der Berliner Neugründung abermals hervorgehoben wurde. Freiheit und Persönlichkeit stünden im Zentrum dieser Auseinandersetzung und, so Meinecke weiter, „unser Versuch einer neuen freien Universität ist nur ein einzelner Punkt auf dem großen Schlachtfeld der Welt, in dem großen Kampf der Geister und der realen Mächte“.⁸⁸

Auch der geschäftsführende Rektor und unmittelbare Nachfolger Meineckes, der Kunsthistoriker und ehemalige „Reichskunstwart“ der Weimarer Republik Edwin Redslob, bezog sich in seiner Festrede auf die aktuelle politische Lage in und um Berlin, die zum damaligen Zeitpunkt noch immer von der Blockade der Westsektoren (bis Mai 1949) geprägt war:

„Das Wappen der Freien Universität Berlin bedeutet ein Bekenntnis zu Berlin als zu der Stadt, die in Zeiten äußerster Bedrängnis erst recht die Fackel des Geistes erhebt. Die drei aufgeschlagenen Bücher bezeichnen drei Fakultäten, aus denen die Universität in ihrem Gründungsjahr 1948 besteht. Sie nennen die drei Worte, die unsere Devise verkünden: VERITAS [...], JUSTITIA [...], LIBERTAS.“⁸⁹

Im Anschluß daran machte Oberst Howley, der Direktor der US-Militärregierung von Berlin, unmißverständlich deutlich, welche Aufgabe der Freien Universität aus amerikanischer Perspektive künftig zufallen sollte:

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Vgl. Walter Bußmann: Porträt eines Weltbürgers. Über Friedrich Meinecke, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 16–18.

⁸⁶ Friedrich Meinecke: *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, in: *Autobiographische Schriften*, hg. von E. Kessel, Stuttgart 1969, S. 323–445. Zur Bedeutung und Rezeption von Meineckes Buch siehe Winfried Schulze: *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 47–58.

⁸⁷ Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 190f.

⁸⁸ FU Dokumentation I, S. 55f. Dok. 70.

⁸⁹ Ebd., S. 56 Dok. 71.

„Ich bin genauso wie Sie besonders an dem Teil des Namens interessiert, der die Freiheit betont. [...] Einer der größten Kämpfe unserer Epoche ist der Kampf zwischen Geist und Propaganda, und ich bin gewiß, daß Sie an Ihrer Universität Gedankenfreiheit haben werden, um das durchzuführen, wozu auch Sie aufgerufen ist.“⁹⁰

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde der letzte Festredner bedacht, der durch seine Anwesenheit die neue kulturelle Verbundenheit der Vereinigten Staaten mit Berlin und den Deutschen versinnbildlichte. Es handelte sich um den berühmten amerikanischen Dramatiker Thornton Wilder, der sich mit Stücken wie *Unsere kleine Stadt* und *Wir sind noch einmal davongekommen* in die Herzen der Nachkriegsdeutschen geschrieben hatte.⁹¹ Bedeutend an Wilders kurzer Ansprache war sein Eintreten für eine Wiederbelebung der traditionellen Wissenschaftsbeziehungen zwischen Berlin, nun vertreten durch die junge FU, und amerikanischen Universitäten. „Ich bin stolz darauf“, so Wilder,

„heute in Ihrer Mitte sein zu dürfen, und ich werde das, was ich hier gesehen habe, den amerikanischen Universitäten übermitteln, der Princeton University und der Yale University, mit denen ich verbunden bin. Ich bezweifle, ob Sie sich recht vorstellen können, mit wie viel aufrichtiger Anteilnahme und mit wie viel Interesse die amerikanischen Universitäten die Umstände verfolgen, unter denen hier in dieser Stadt eine neue Universität entsteht.“⁹²

Mit den Eröffnungsfeierlichkeiten im Titania-Palast war eine erstaunliche Entwicklung zu ihrem offiziellen Abschluß gekommen, die erst sieben Monate zuvor mit der studentischen Proklamation im Hotel Esplanade begonnen hatte. Gleichwohl blieb die FU auch in den Folgejahren ein filigranes Gebilde, das ohne amerikanische Unterstützung kaum existenzfähig gewesen wäre. Nach Angabe ihres ersten Kurators Fritz von Bergmann erhielt die FU zwischen 1948 und 1967 aus den USA Hilfsgelder in einer Gesamthöhe von rund 98,1 Millionen DM. Sie untergliederten sich in Sachmittelleistungen im Wert von 18,6 Millionen DM und Baumittelzuschüsse in Höhe von 79,5 Millionen DM. Der Großteil (ca. 82,8 Millionen DM) stammte aus Zuwendungen des amerikanischen State Departments, während die restlichen 15,3 Millionen DM von der Ford-Foundation aufgebracht wurden.⁹³ Insbesondere der staatliche Posten belegt eindrucksvoll, welchen Stellenwert Washington der FU weiterhin beimaß. Daß sich die Vereinigten Staaten auch nach der Gründung der FU ihrer Verantwortung gegenüber dieser unmittelbar vor den Toren des kommunistischen Einflßbereichs gelegenen Hochschule auch langfristig nicht entziehen könnten, stand bereits Ende der vierziger Jahre

⁹⁰ Ebd., S. 56f. Dok. 72.

⁹¹ Zu Thornton Wilders Auftritt im Titania-Palast vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 193f. Zur Rezeption der zeitgenössischen amerikanischen Literatur in der Nachkriegszeit vgl. Lawrence Marsden Price: *The Reception of United States Literature in Germany*, Chapel Hill, N.C. 1966; Hansjörg Gehring: *Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-education Programms*, Stuttgart 1976; Martin Meyer: *Die deutsche Rezeption der zeitgenössischen amerikanischen Literatur*, in: Junker: *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 1, S. 647–655.

⁹² Hier zitiert nach Prell/Wilker: *Die Freie Universität Berlin*, S. 238.

⁹³ Vgl. die entsprechende Tabelle bei Bergmann: *Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin*, S. 189.

außer Frage.⁹⁴ Am 20. April 1949 betonte der damals für Berlin zuständige Hochschuloffizier Howard W. Johnston in einem Schreiben an das amerikanische Außenministerium:

„In Anbetracht der Umstände, unter denen die Freie Universität gegründet wurde, glaube ich, daß dem Department of State daran liegen wird, interessierte Universitäts- und Erziehungsvereinigungen und Organisationen in den Vereinigten Staaten mit der Geschichte dieses Unternehmens vertraut zu machen, insbesondere mit dem Ziele, Interesse und Hilfe für die neue Universität in amerikanischen akademischen Kreisen zu erwecken. Die einzigartige Stellung dieser Universität als eines aktiven Zentrums geistiger und akademischer Freiheit in Berlin und als eines Symbols konstruktiver demokratischer Opposition gegen die Kräfte, die gegenwärtig die Stadt politisch, wirtschaftlich und kulturell unter ihre Herrschaft zu bringen versuchen, müßte von amerikanischen Hochschuleinrichtungen und deren führenden Männern gewürdigt werden.“⁹⁵

Es war ebenfalls Johnston gewesen, der im Vorfeld der offiziellen Universitätsgründung den Bibliotheksausschuß der Freien Universität bei der Beschaffung von Räumlichkeiten und Büchern tatkräftig unterstützte. Mit seiner Hilfe konnte eine rund 100 000 Bände umfassende Präsenzbibliothek der amerikanischen Militärregierung an die junge Universität übergeben werden. Zudem waren die Amerikaner darum bemüht, eine Übersicht der Bestände von privaten und öffentlichen Bibliotheken in Berlin zu erstellen, die für die künftige Universitätsbibliothek nützlich sein konnten. Eine dieser Privatsammlungen war die Bibliothek des 1945 verstorbenen Berliner Historikers Hermann Oncken.⁹⁶ Ebenso engagiert unterstützte Johnston den Ankauf einer wertvollen musikgeschichtlichen Sammlung, die das eben erst gegründete musikwissenschaftliche Institut der FU zu einem der führenden in ganz Deutschland avancieren ließ.⁹⁷ Dank der großzügigen amerikanischen Unterstützung wies die FU bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung einen Bücherbestand von mehr als 350 000 Bänden auf. „Das waren größere Bestände als damals etlichen alten Universitäten zur Verfügung standen. [...]. Wenn man berücksichtigt, daß nur drei Monate zuvor der Aufbau der Bibliotheken an der Freien Universität beim Punkt Null angefangen hatte, so war das eine bemerkenswerte Lösung.“⁹⁸

Neben der erwähnten Anschubfinanzierung von 1,9 Millionen DM erhielt die Freie Universität aus staatlichen amerikanischen Quellen bis 1954 einen jährlichen Zuschuß von zwei Millionen DM, über die nach eigenem Belieben und unabhängig von den deutschen Aufwendungen durch das Kuratorium verfügt werden konnte. Erst im Zeichen des deutschen „Wirtschaftswunders“ seit Mitte der fünf-

⁹⁴ Zu den amerikanischen Hilfsleistungen vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S.214–224; Pells: Not Like Us, S.46–49, Zitat S.46: „The Free University was an outgrowth of the division of Berlin and the escalating conflict between the United States and the Soviet Union. Just as the city of Berlin had emerged by 1948 as a principal battle-ground of the Cold War, so the struggle to establish a new, democratic university in Berlin reflected the larger issues over which the Cold War was being fought.“

⁹⁵ Vgl. den Abdruck dieses Berichts in FU Dokumentation I, S.69–71, hier S.70 (Zitat).

⁹⁶ Zu diesen amerikanischen Bemühungen um den Aufbau der FU-Bibliothek(en) vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S.179–183.

⁹⁷ Ebd., S.180f.

⁹⁸ Ebd., S.183.

ziger Jahre wurden diese Zahlungen eingestellt.⁹⁹ Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang, daß die FU in den ersten eineinhalb Jahren ihres Bestehens vom Berliner Magistrat lediglich 3,3 Millionen DM erhalten hatte, so wird deutlich, welch enormen Stellenwert die amerikanischen Gelder für die Aufrechterhaltung des Universitätsbetriebs besaßen.¹⁰⁰

Mitverantwortlich für das rege amerikanische Interesse an der FU-Entwicklung waren auch die USA-Reisen von Oberbürgermeister Reuter im Frühjahr und von Rektor Redslob im Herbst 1949. Während seines Aufenthalts besuchte Redslob die Harvard und Columbia University, also genau die beiden amerikanischen Hochschulen, die seit dem 1906 initiierten Professorenaustausch besonders enge Verbindungen mit der alten Berliner Universität unterhalten hatten.¹⁰¹ Um diese Universitäts- und Wissenschaftsbeziehungen ganz im Sinne Thornton Wilders wiederzubeleben, konzipierte Redslob gemeinsam mit dem neuen Präsidenten der Columbia University, dem ehemaligen amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland und späteren 34. Präsidenten der USA Dwight D. Eisenhower, eine Patenschaft der Columbia University für die FU.¹⁰²

Während Redslob noch in den USA weilte, traf im Dezember 1949 der an der Columbia University lehrende Politikwissenschaftler Franz L. Neumann in West-Berlin ein, um sich im Auftrag des amerikanischen Außenministeriums ein Bild von den Verhältnissen an der FU zu machen.¹⁰³ Neumann, studierter Jurist und ehemaliger Dozent an der Berliner Hochschule für Politik, war nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zunächst nach London emigriert, von wo er fünf Jahre später nach New York an das Institute for Social Research übersiedelte. Wie viele deutsche Juristen hatte sich auch Neumann während seines Exils in den USA zu einem professionellen Politikwissenschaftler entwickelt.¹⁰⁴ Am Ende seiner Berliner Visite stand für Neumann außer Frage, daß die FU gerade wegen ihrer Funktion als Reformuniversität auch weiterhin im Zentrum des amerikanischen Interesses bleiben müsse. Eine besondere Verantwortung der USA für das Schicksal der jungen Institution bestünde allein schon aufgrund der Tatsache, daß „sie weitgehend vom amerikanischen Staat geschaffen worden ist“.¹⁰⁵ Einen künftigen

⁹⁹ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 190: „Im Jahre 1954 wurden diese Zahlungen eingestellt mit der Begründung: Nun hätten die Deutschen Geld genug, um sich selbst zu helfen. Ein einleuchtendes Motiv: In der Not der Anfangszeit wird geholfen, aber genau wie die Verantwortung soll auch die Dauerfinanzierung eigene Sache der Deutschen sein.“

¹⁰⁰ Vgl. die Angaben bei Konrad Beyer: Sorgen der Freien Universität, in: Der Tagesspiegel vom 21. 2. 1950.

¹⁰¹ Zu diesen USA-Reisen vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 221f. Zum Berlin-Harvard- bzw. Berlin-Columbia-Professorenaustausch siehe auch Kapitel I.3.

¹⁰² Vgl. FU Dokumentation II, S. 8.

¹⁰³ Zum Besuch Franz L. Neumanns an der FU vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 222-224.

¹⁰⁴ Zum akademischen Werdegang Franz L. Neumanns vgl. die kurzen Ausführungen bei Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 249f.

¹⁰⁵ IfZ, OMGUS 5/300-1, Franz L. Neumann: Preliminary Report on My Trip to Berlin, 10. 2. 1950, S. 5. Hier zitiert nach Tent: Freie Universität Berlin, S. 223.

Förderungsschwerpunkt sah Neumann vor allem im Ausbau der Politikwissenschaft an der FU.¹⁰⁶

Neben dem amerikanischen Staat wurde der Aufbau der FU auch durch zahlreiche private Stiftungen unterstützt. So fungierte als zweitgrößter amerikanischer Geldgeber nach der US-Regierung die Ford-Foundation. Ein früher und einflussreicher Vermittler zwischen den Bedürfnissen der FU und den Fördermöglichkeiten der Ford-Foundation war nach Gründung der Bundesrepublik der erste amerikanische Hochkommissar John McCloy. In seinem Auftrag fertigte Shepard Stone, der damalige Direktor für Öffentlichkeitsarbeit bei der HICOG, eine Denkschrift über die FU für den Präsidenten der Ford-Foundation Paul G. Hofmann an. Stone beschrieb dort die junge Berliner Universität als ausbaufähiges Zentrum einer demokratisch fundierten Wissenschaft in Europa; eine entsprechende Förderung sei daher empfehlenswert.¹⁰⁷ Bei der Ford-Foundation stießen die Ausführungen Stones auf reges Interesse. Im Juni 1951 flog Henry Ford II., der Enkel des gleichnamigen Automobilpioniers, begleitet von seiner Gemahlin und Paul G. Hofmann nach Deutschland, um sich selbst ein Bild über die Situation in Berlin und an der FU im besonderen zu machen.¹⁰⁸ An Fords Ankunft in Berlin und dessen dortige Begegnungen erinnerte sich Stone rückblickend in einem Interview:

„Wir kamen nach Berlin, und der Rektor [Redslobs Nachfolger Hans von Kress, S. P.] hat uns empfangen. Er gab in einfacher Weise, aber sehr eindrucksvoll, eine kleine Einführung, was die Universität wollte, warum es nötig sei, sie zu haben, und warum er hoffe, daß die Ford-Stiftung helfen werde. Dann sind wir im Wagen nach Dahlem gefahren und hatten eine Tagung mit Studenten. [...] Und wir haben noch mit einigen Fakultätsleuten gesprochen. Das alles hat sehr großen Eindruck gemacht. Am meisten beeindruckten Reuter und die Studenten. Ich kann mich erinnern, daß Henry Ford und seine Frau, Paul Hoffmann

¹⁰⁶ Ebd.; Carl G. Ahnton: My Work as Higher Education Advisor in Berlin. A Brief Memoir, in: Heinemann: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau, Teil 2: Die US-Zone, S.65–70, hier S.67 (Zitat): „An important role in promoting political science in West Berlin was played by Franz Neumann, professor of political science at Columbia University (also a German refugee). Through his contacts with American foundations and government agencies he was able to provide close liaison with the Free University and to stimulate project proposals.“

¹⁰⁷ Zum konkreten Inhalt dieser Denkschrift vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S.241f. Vgl. auch Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, S.285f.

¹⁰⁸ Über den Besuch Henry Fords II. in Berlin vermerkt der Berliner Tagesspiegel vom 10.6.1951: „Henry Ford, der Enkel des Gründers der Ford-Werke, der 1945 als Präsident die Ford-Motor Company übernahm, traf am Sonnabend gegen 9 Uhr 30 auf dem Flughafen Tempelhof ein. Er wurde von Paul G. Hofmann, dem [...] jetzigen Präsidenten der Ford-Stiftung, begleitet. Nach der Begrüßung durch den amerikanischen Kommandanten in Berlin, General Mathewson, und den stellvertretenden HICOG-Direktor, H. Jones, hatten Ford und Hofmann eine Besprechung mit amerikanischen Dienststellen. Anschließend besuchten sie die Freie Universität, um sich über die Möglichkeiten einer Unterstützung zu unterrichten. Henry Ford hatte bereits bei seiner Ankunft in Tempelhof erklärt, daß er es wünsche und durchaus für möglich halte, daß Mittel aus der Ford-Stiftung für die Freie Universität zur Verfügung gestellt werden. [...]. Bereits am Sonnabend nachmittag verließen Henry Ford und Paul G. Hofmann Berlin. Die Schöneberger Sängerknaben waren auf dem Flugplatz Tempelhof erschienen und brachten ihnen zum Abschied ein Ständchen“ (zitiert nach dem Abdruck in: FU Dokumentation II, S.69f. Dok. 141). Zu diesem Besuch vgl. ferner Tent: Freie Universität Berlin, S.238–245.

und ich in einer Ecke standen. Und Frau Ford sagte mit Tränen in den Augen: ‚Henry, you must do something right away‘.“¹⁰⁹

Wenige Wochen nach Fords Besuch erhielt die FU eine Zusage über rund 1,3 Millionen Dollar. Das bemerkenswerte an dieser Spende war nicht nur, daß sie entgegen den Satzungen der Ford-Foundation an ein konkretes Bauvorhaben gebunden war, sondern daß es sich überhaupt um „eine der ersten und eine der größten“ (Stone) in der Geschichte der Ford-Foundation handelte.¹¹⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt war es bei der Stiftung üblich gewesen, lediglich einzelne Forschungsprojekte zu fördern.¹¹¹

An der FU half das Geld der Ford-Foundation, einen als gravierend empfundenen Mißstand zu beseitigen. Seit ihrer Gründung im Herbst 1948 war die Universität, verteilt auf zahlreiche Gebäude unterschiedlicher Qualität, lediglich provisorisch untergebracht. Was daher dringlichst benötigt wurde, war ein repräsentatives Hauptgebäude mit einem Auditorium Maximum, einer Mensa und einer neuen Universitätsbibliothek. Insgesamt sollte die FU für die Errichtung dieses zentralen Gebäudekomplexes aus Mitteln der Ford-Foundation 8,1 Millionen DM erhalten, ein zu Beginn der 1950er Jahre enormer Geldbetrag.¹¹² Interessant ist zudem die Intention, die von amerikanischer und deutscher Seite mit diesem Bauvorhaben, dem späteren Henry-Ford-Bau, verbunden wurde. Ähnlich wie amerikanische Campus-Universitäten sollte die Berliner Neugründung einen geistig-sozialen Mittelpunkt, also ein räumlich erfahrbares universitäres Zentrum erhalten. „Die Begründung für die Bewilligung dieser Baugelder“, wie Kurator von Bergmann 1963 nicht ohne Stolz hervorhob, „lag im Geistigen. Hier sollte ein Zentrum geschaffen werden, ein Campus, und dieses Ziel ist gelungen.“¹¹³

Am 19. Juni 1954 konnte der Henry-Ford-Bau feierlich eingeweiht werden, der bis heute das Herz der Freien Universität bildet. Die Eröffnungsfeierlichkeiten waren eine eindrucksvolle Demonstration der einzigartigen Verbundenheit zwischen den USA und der FU.¹¹⁴ Dieses enge Verhältnis wurde auch in der von Rektor Ernst E. Hirsch vorgelesenen Grußbotschaft des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles deutlich, die der FU die Rolle einer wissenschaftlichen Speerspitze gegen den Kommunismus zusprach. „Wie Berlin als Synonym politischer Freiheit bekannt wurde“, so die Botschaft des amerikanischen Außenministers,

„wurde auch die Freie Universität zu einem Symbol akademischer Freiheit und zu einem Leitstern für diejenigen, die sich bemühen, der östlichen Auffassung der Demokratie ein Beispiel der Überlegenheit zu bieten. Dazu ausersuchen, die Wahrheit zu hüten und die Wis-

¹⁰⁹ Das Gespräch mit Shepard Stone findet sich abgedruckt bei Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 142–147, hier S. 146 (Zitat).

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Vgl. Freie Universität Berlin, hg. vom Präsidenten der Freien Universität Berlin, Berlin 1998, S. 26.

¹¹² Vgl. Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 190.

¹¹³ Ebd. Zu der im Zusammenhang mit dem Komplex des Henry-Ford-Baus aufkommenden Campus-Idee vgl. Edwin Redslob: Gestalt und Geist der Freien Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 22–24.

¹¹⁴ Vgl. Freie Universität Berlin (Hg.): Ansprachen und Reden zur Einweihung des aus Mitteln der Ford-Foundation errichteten Henry-Ford-Baus der Freien Universität Berlin, Berlin 1955.

senschaft zu fördern, gibt die Freie Universität der kulturellen Gemeinschaft, deren sich alle freien Völker erfreuen, Bedeutung und Wahrhaftigkeit. [...] Durch seine Hilfe für den Aufbau dieser schönen Gebäude hat das amerikanische Volk sich mit der Berliner Bevölkerung vereinigt in der Absicht, der Zusammengehörigkeit der westlichen Zivilisation sichtbaren Ausdruck zu verleihen.“¹¹⁵

Zieht man nach diesen Worten des amerikanischen Außenministers in Betracht, daß zu diesem Zeitpunkt erst neun Jahre seit dem Ende eines von Deutschland angezettelten Vernichtungskrieges vergangen waren, zeigt sich am Beispiel der FU die besondere katalytische Wirkung des Ost-West-Konflikts für die deutsch-amerikanischen Beziehungen.¹¹⁶ Die Bundesrepublik und das dortige akademische Leben waren wieder in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft aufgenommen worden, was auch die Anwesenheit von Vertretern zahlreicher ausländischer Universitäten bei den Einweihungsfeierlichkeiten eindrucksvoll vor Augen führte. Neben Rektoren aus England, der Schweiz, der Türkei, aus Holland, Italien, Irland, Norwegen, Spanien, Finnland und Jugoslawien nahmen auch die Präsidenten der Columbia University, der Harvard University, der New York University, der Stanford University, des Hunter College (New York) sowie der University of Minnesota teil.¹¹⁷ Diese beachtliche Anzahl ausländischer Gäste legt den Schluß nahe, daß gerade der FU durch ihre einzigartige Gründungsgeschichte und geopolitischen Lage ein kaum zu überschätzender Anteil an der Reintegration der Bundesrepublik in die internationale Scientific Community nach 1945 zufiel.¹¹⁸

In seinem Grußwort machte Rektor Hirsch deutlich, wie bedeutsam die neuen Gebäude als integrativer Ort für das Selbstverständnis der jungen Universität waren. Mit Blick auf die knapp sechs Jahre zuvor im Titania-Palast stattgefundenen Gründungsfeierlichkeiten verwies Hirsch auf die seitdem von ständigen Provisorien bestimmten Verhältnisse an der FU. „Wir haben jetzt“, so Hirsch über den Henry-Ford-Bau,

„nicht nur ein Dach über dem Kopf, wir haben endlich ein Zentralgebäude, das für die in mehr als drei Dutzend Häusern und Villen untergebrachten Fakultäten und Institute als einender Raum Symbol nach innen für unsere Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden und Repräsentativbau für die Gesamtuniversität nach außen gegenüber der Öffentlichkeit sein wird.“¹¹⁹

¹¹⁵ Ebd., S. 10.

¹¹⁶ Dies wurde auch in den anschließenden Worten von Rektor Ernst E. Hirsch deutlich: „Sie sehen, meine verehrten Damen und Herren, es handelt sich nicht um irgendeine gleichgültige akademische Feier, sondern um ein Bekenntnis zu einem politischen Geschehen, das während der Blockadezeit Berlins von Studenten, die frei von politischem Druck in Ruhe studieren wollten, ins Rollen gebracht, von weitblickenden Politikern erkannt und gefördert, von Männern der Wissenschaft der Verwirklichung nähergebracht, im weltbewegenden Kampf der Geister mehr als eine Episode ist“ (ebd., S. 11).

¹¹⁷ Vgl. die Aufzählung der anwesenden Vertreter ausländischer Hochschulen in der Ansprache von Rektor Hirsch ebd., S. 8f.

¹¹⁸ Dieser Eindruck wird durch folgende Ausführungen Hirschs bestätigt: „Aber unsere Universität erfüllt nicht nur die Funktion einer Berliner Landesuniversität. Sie hat eine gesamtdeutsche Aufgabe um so mehr, als ein Drittel ihrer 6700 Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone stammt, ein Prozentsatz, der an keiner anderen Universität des Bundesgebietes zu finden ist. Sie erfüllt darüber hinaus, wie Sie, meine verehrten Gäste aus dem Ausland, durch ihr Erscheinen gezeigt haben, eine Weltaufgabe“ (ebd., S. 12).

¹¹⁹ Ebd., S. 13.

Nach Hirsch trat der Hohe Kommissar und spätere amerikanische Botschafter James B. Conant an das Rednerpult. Als früherer Präsident der Harvard University war Conant ein typisches Beispiel für die in den Vereinigten Staaten besonders stark ausgeprägten Wechselbeziehungen von Politik und Universität. In seiner Grußadresse verwies der ranghöchste Vertreter der USA in der Bundesrepublik auf die ehemals weltweite Bedeutung, ja Vorbildfunktion der deutschen Universität und Wissenschaft:

„In jedem Zeitalter hat sich die Frage nach Wesen und Aufgaben der Universitäten in anderer Form gestellt und jedes Zeitalter mußte seine eigene Antwort finden. Im neunzehnten Jahrhundert haben sich gerade die deutschen Universitäten ernstlich und mit bewundernswertem Erfolg um eine Antwort auf diese unumgängliche Frage bemüht. Jeder, der sich in der Geschichte der Universitäten auskennt, weiß, wie viel wir alle den deutschen Universitäten für ihre Beiträge in ihrer großen Blütezeit zwischen ungefähr 1840 und dem Ausbruch des ersten Weltkrieges schulden. [...]. In den Vereinigten Staaten gab es im Grunde gar keine Universitäten vor dem letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts. [...] Ich habe den Eindruck, daß Sie sich hier an der Freien Berliner Universität mit gleichem Eifer den Problemen der Gegenwart widmen, schon deshalb, weil Ihnen durch ihre geographische Lage in allernächster Nähe einer unfreien Universität eine ganz besonders dringliche Aufgabe gestellt wird.“¹²⁰

Conants bewußtes Anknüpfen an die „große“ deutsche Universitätstradition und deren Übertragung auf die Berliner FU war Ausdruck der damals in den USA immer noch vorhandenen Wertschätzung, aber auch Erwartungshaltung gegenüber dem wiederaufkeimenden akademischen Leben in der Bundesrepublik. Diesen Eindruck bestätigt eine Äußerung Shepard Stones hinsichtlich der Motive, welche die Ford-Foundation letztlich dazu bewogen hätten, der FU eine derart hohe Summe für die Errichtung eines zentralen Gebäudekomplexes zur Verfügung zu stellen: „In einer Kuratoriumssitzung hat jemand gefragt, warum tun wir das eigentlich? Die Antwort: Weil wir diesen Universitäten in den letzten 300 Jahren sehr viele Impulse für die Entwicklung und Verbesserung der Gesellschaft zu verdanken haben. Hinter der Hilfe für Berlin steckte der gleiche Grundgedanke. Wir wollten der früher hervorragenden Wissenschaft wieder auf die Beine helfen.“¹²¹

Aus eben dieser Motivation heraus gewährte die Ford-Foundation der FU auch in der Folgezeit auf verschiedensten Ebenen Unterstützung. 1958 kam es zu einer weiteren großen Sachmittelspende in Höhe von 4,1 Millionen DM. Dieser war im Frühjahr 1956 ein Besuch des Präsidenten des New Yorker Hunter-College, George Shuster, vorausgegangen, der sich im Auftrag der Ford-Foundation einen Überblick über die bisherige Arbeit an der FU verschaffen sollte.¹²² Dessen Abschlußbericht, der sogenannte Shuster-Report, gab schließlich den Anstoß für das weitere Engagement der Ford-Foundation in Berlin.¹²³ Obgleich sich Shuster von der rasanten Entwicklung der jungen Universität seit ihrer Gründung tief beeindruckt

¹²⁰ Ebd., S. 17f.

¹²¹ Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 146.

¹²² Zu George Shusters Besuch in Berlin vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 287–292.

¹²³ Hochschularchiv FUB: Rektorat, Akte 1/1002 [Protokolle und Denkschriften]. Im folgenden zitiert nach dem Teilabdruck des Shuster-Reports in FU Dokumentation II, S. 113–118 Dok. 198.

zeigte, blieben ihm auch die offenkundigen Probleme, mit denen die FU immer noch zu kämpfen hatte, nicht verborgen.¹²⁴ Was die Lage der Berliner Studenten anbetraf, empfahl Shuster die Förderung der von der FU entwickelten Pläne für die Einführung eines Tutorenprogramms und die Errichtung eines Studentendorfes.¹²⁵ Damit würde, wie der Präsident des Hunter-College in seinem Bericht betonte, gerade den Studienanfängern eine wünschenswerte Orientierungshilfe und ein soziales Umfeld geboten, mit deren Hilfe der – aus amerikanischer Perspektive als äußerst problematisch angesehene – Zulauf zu studentischen Verbindungen eingedämmt werden könnte:

„Man bedenke, daß diese Studenten normalerweise zwei Jahre jünger sind als amerikanische College-Absolventen und daß sie von einem Campus-Leben nicht die geringste Ahnung haben. Sie leben in meistens primitiven und isolierten möblierten Zimmern in allen Teilen Berlins. Infolgedessen ist die Versuchung für sie, sich einer ‚Korporation‘, manchmal sogar einer schlagenden Verbindung o.ä., anzuschließen groß. Weibliche Studenten sind einer großen Anzahl moralischer und anderer Gefahren ausgesetzt.“¹²⁶

Shusters Hinweis auf das amerikanische Campus-Leben sollte wenige Jahre später im Rahmen der Planungskonzepte westdeutscher Universitätsneugründungen an Aktualität gewinnen.¹²⁷

Ein aus Shusters Sicht gleichfalls förderungswürdiger Bereich war die Wiederbelebung des Austausches von Studenten, Dozenten und Professoren. Tatsächlich besaß der akademische Austauschgedanke gerade für die FU eine zentrale Bedeutung. So sollte die wegen der geopolitischen Insellage stark eingeschränkte Freizügigkeit der Westberliner Studenten und Professoren durch eine ausreichende Zahl von Reisestipendien und dem massiven Einsatz internationaler, d. h. in erster Linie amerikanischer Gastwissenschaftler kompensiert werden¹²⁸:

„Für die Universität sind derartige Besucher eine reine Existenzfrage. Dadurch daß es amerikanischen Gelehrten ermöglicht wurde, nach Berlin zu gehen und deutsche Professoren wiederum in die Lage versetzt wurden, die Vereinigten Staaten zu besuchen, half die Ford

¹²⁴ Besonders beeindruckt zeigte sich Shuster von der rasanten architektonischen Entwicklung an der FU, wobei er den amerikanischen Anteil hieran deutlich hervorhob: „Als die neue Universität ihre Tore öffnete, war sie zuerst kaum vertrauenserweckend. Viele der Gebäude waren nur alte und manchmal sogar baufällige Häuser. [...] Aber schon im Jahre 1950 war Westberlin zum Symbol nicht nur der deutschen Hoffnung auf Wiedervereinigung, sondern sogar der Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt geworden. [...] Zu diesem Zeitpunkt machte die Ford-Foundation auf persönliche Veranlassung von Mr. Henry II Zuwendungen, ohne die die Vitalität der Universität wohl zerbrochen wäre. Diese großzügigen Spenden ermöglichten die Errichtung von zwei stattlichen Bauten, die heute das äußerliche Bild der Universität bestimmen: der Henry-Ford-Bau, der große Hörsäle und wichtige Institute beherbergt und den Studenten bald eine zufriedenstellende Bibliotheksbenutzung ermöglichen wird, und die Mensa“ (ebd., S. 113).

¹²⁵ Vgl. ebd. Zur weiteren Entwicklung des Tutorenprogramms an der Freien Universität siehe Brigitte Berendt: Studenten helfen Studenten. Elf Jahre Tutorarbeit an der Freien Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 40f.

¹²⁶ FU Dokumentation II, S. 114.

¹²⁷ Zur Entwicklung des Campus-Gedankens im Rahmen des um 1960 einsetzenden Neugründungsprozesses vgl. unten Kapitel VIII.

¹²⁸ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 289f.

Foundation einen Austauschverkehr ins Leben zu rufen, der zweifellos fortgesetzt werden muß, wenn die Universität nicht verkümmern soll.“¹²⁹

Die Gelder der Ford-Foundation für das akademische Austauschprogramm der FU wurden entsprechend aufgestockt. Bis zum Jahre 1963 konnte die FU mit insgesamt 1800 Gastprofessoren, von denen allein 400 aus den USA stammten, die höchste Zahl an ausländischen Gastdozenten aller westdeutschen Universitäten aufweisen.¹³⁰ Allerdings verglich Shuster den Professorenaustausch mit einer Einbahnstraße, da von diesem auf absehbare Zeit primär die deutsche Wissenschaft profitiere. Umgekehrt sei ein Aufenthalt in Deutschland für amerikanische Wissenschaftler noch kaum attraktiv, nicht zuletzt wegen der im Vergleich zu den USA äußerst schlechten finanziellen und materiellen Ausstattung deutscher Universitäten. Um diesen Standortnachteil zumindest ansatzweise auszugleichen, schlug Shuster in seinem Bericht vor, „über eine Reihe von fünf bis zehn Jahren hinaus Professuren an deutschen Universitäten einzurichten, die für jeweils mindestens ein Jahr an solche Männer übertragen würden, die diese Universitäten aufgrund ihrer besonderen Bedürfnisse sehr begrüßen würden“.¹³¹ Eine konkrete Folge dieses Vorschlags war nach einer Unterredung zwischen Shuster und Bundespräsident Theodor Heuss die Einrichtung von „Theodor-Heuss-Professuren“ für ausländische Gastwissenschaftler an verschiedenen deutschen Universitäten.¹³²

Durch die finanzielle Unterstützung der Ford-Foundation war es der FU zudem möglich geworden, jährlich deutsche Nachwuchswissenschaftler ins Ausland – und hier speziell in die Vereinigten Staaten – zu schicken. „Denn gerade auf den Gebieten“, wie Kurator von Bergmann es treffend formulierte, „auf denen das Ausland überlegen ist, kann ein junger Wissenschaftler nur vorankommen, wenn er die dort entwickelten Arbeitsmethoden an Ort und Stelle erlernt.“¹³³ Im Unterschied dazu war mit dem Studentenaustausch eine etwas andere Zielsetzung verknüpft. Im Vordergrund stand hier weniger das Sammeln wissenschaftlicher Erfahrungen als vielmehr die persönliche Auseinandersetzung eines jungen Menschen mit einer fremden Kultur.¹³⁴ Welchen Stellenwert der akademische Kontakt

¹²⁹ FU Dokumentation II, S. 113f.

¹³⁰ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 192.

¹³¹ FU Dokumentation II, S. 118.

¹³² Ebd.

¹³³ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 192.

¹³⁴ In seinem Bericht schreibt Shuster hierzu: „In bezug auf das Studentenaustauschprogramm sage ich nicht mehr, als daß es seine Überlegenheit gegenüber allen anderen Arten der kulturellen Kontaktaufnahme bewiesen hat. Studenten der Freien Universität gehen in andere Länder, und junge Menschen aus einer Reihe von anderen Ländern kommen nach Berlin. Daß ein solcher Austausch Risiken und Dutzende von verschiedenartigen Problemen mit sich bringt, ist ganz natürlich, aber im ganzen ist es doch so erfolgreich, wie man vernünftigerweise erwarten konnte. In bezug auf den Austausch mit den Vereinigten Staaten möchte ich empfehlen, daß die Auslandskommission der Freien Universität ihre besonderen Wünsche und ihre Verfahrensweise mit dem Institute of International Education abspricht, so daß herausgefunden werden kann, auf welche Art sie gesteigert und verstärkt werden können“ (zitiert nach FU Dokumentation II, S. 118).

mit den USA für die Freie Universität besaß, wird auch daran ersichtlich, daß von 21 bis 1979 abgeschlossenen Partnerschaftsabkommen allein zehn auf amerikanische Universitäten entfielen.¹³⁵ „Kernpunkt des internationalen Programms der FU“, so brachte es deren Abteilungsleiter für Auslandsangelegenheiten, Horst W. Hartwich, anlässlich des vierzigjährigen Gründungsjubiläums auf den Punkt, „ist und bleibt die Pflege der Beziehungen zu den USA.“¹³⁶ Damit bildete die FU bis in die jüngste Vergangenheit hinein einen, wenn nicht sogar *den* wichtigsten Brückenkopf in den deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Neben dem akademischen Austausch förderte die Ford-Foundation seit den 1950er Jahren auch sogenannte Informationsreisen für Rektoren, Professoren, Studenten und Verwaltungsfachleute in die Vereinigten Staaten. Ziel dieser Reisen sollte es sein, die deutschen Gäste mit den universitären Verhältnissen in den USA vertraut zu machen. Wie später noch genauer darzulegen sein wird, waren es gerade die auf solchen USA-Reisen gesammelten Erfahrungen gewesen, die in den 1960er und 1970er Jahren den Hochschulreformdiskurs in der Bundesrepublik maßgeblich beeinflussten.¹³⁷ Nach von Bergmann lag ein dortiger Kulturtransfer auch ganz im amerikanischen Interesse:

„Die Gastgeber wollten die deutschen Besucher nicht überreden, amerikanische Bräuche hier einzuführen, aber sie waren sicher, daß gute amerikanische Errungenschaften so überzeugend wirkten, daß sich bei den Rückkehrenden von alleine der Wunsch entwickeln werde, das Erprobte – transportiert auf die deutschen Verhältnisse – in der Heimat einzuführen. Und oft haben sie recht behalten.“¹³⁸

Als weitere Konsequenz der im Shuster-Report ausgesprochenen Empfehlungen wurden drei bedeutende interfakultative Einrichtungen an der FU von der Ford-Foundation weitergefördert, die bereits seit ihrer jeweiligen Gründung von amerikanischer Seite großzügig unterstützt worden waren. Hierbei handelte es sich neben dem Osteuropa-Institut und dem Institut für Politische Wissenschaften (seit 1962 Otto-Suhr-Institut) vor allem um das Institut für Nordamerika-Studien (seit 1964 John-F.-Kennedy-Institut).¹³⁹ Im Jahre 1958 erhielten die drei Institute zunächst einen größeren Geldbetrag zur Ausweitung ihrer Forschungs- und Lehr-

¹³⁵ Vgl. die Aufstellung in 40 Jahre Freie Universität Berlin. Die Geschichte 1948–1988. Einblicke, Ausblicke, hg. vom Präsidenten der Freien Universität Berlin, Berlin 1988, S. 39. Zu den Auslandsbeziehungen der Freien Universität vgl. Horst W. Hartwich: Professoren und Studenten aus aller Welt. Die Auslandsbeziehungen der Freien Universität, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 43f.; ders.: Beziehungen. Vierzig Jahre internationale Außenbeziehungen der Freien Universität, in: Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 129–141.

¹³⁶ Ebd., S. 130.

¹³⁷ Vgl. unten Kapitel VI. und VII.

¹³⁸ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 192.

¹³⁹ Zu den drei Instituten vgl. u. a. die Aufsätze von Klaus Lindenberg: Von der deutschen Hochschule für Politik zum Otto-Suhr-Institut, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 49f.; Hans Joachim Lieber: Das deutsche Zentrum der Osteuropa-Forschung. Das Osteuropa-Institut an der Freien Universität, in: ebd., S. 52f.; sowie Karl Josef Wagner: Das neue Amerika-Institut entsteht, in: ebd., S. 52–54, hier S. 54.

programme.¹⁴⁰ Zusätzlich übernahm die Ford-Foundation gemeinsam mit dem State Department zwischen 1961 und 1967 den Großteil der Kosten für die jeweiligen Institutsneubauten und deren bibliothekarische Ausstattung. Die Folge dieser amerikanischen Hilfsleistungen war, daß alle drei Berliner Universitätsinstitute fortan zu den führenden Einrichtungen ihrer Art nicht nur in der Bundesrepublik, sondern – dies galt speziell für die Amerikastudien – auch in ganz Europa avancierten.¹⁴¹ Eine derartige Entwicklung lag selbstverständlich ganz im amerikanischen Interesse. Gerade an den drei genannten Instituten besaßen Forschung und Lehre eine kaum zu überschätzende politische Bedeutung, die durch die Insellage Berlins im kommunistischen Machtbereich zusätzlich verstärkt wurde.¹⁴² Während beispielsweise das Osteuropa-Institut zur wissenschaftlichen Erforschung des Marxismus beitragen sollte¹⁴³, fiel dem Institut für Politische Wissenschaften aus amerikanischer Perspektive die Funktion zu, eine in Deutschland bis dato eher vernachlässigte, allerdings für die wissenschaftliche Fundierung eines demokratischen Gemeinwohls bedeutsame Disziplin fest im deutschen Wissenschaftskanon zu etablieren.¹⁴⁴ In idealer Ergänzung bestand das mit dem Nordamerika-Institut verbundene Ziel darin, wie es dessen damaliger geschäftsführender Direktor, der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel, bei der Eröffnungsfeier des neuen John-F.-Kennedy-Instituts 1967 formulierte, „daß die intensive Beschäftigung mit der großen Demokratie jenseits des atlantischen Ozeans dazu beitragen möge, das Verständnis für die freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie auch diesseits des Atlantischen Ozeans zu erweitern und zu vertiefen“.¹⁴⁵

Seinen prominenten Namen hatte das Nordamerika-Institut 1964 in Erinnerung an den im November des Vorjahres ermordeten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy erhalten, der am 26. Juni 1963, also fast exakt drei Monate vor seinem

¹⁴⁰ Vgl. exemplarisch ein Schreiben der Ford-Foundation an den damaligen Rektor der Freien Universität, Prof. Dr. Gerhard Schenck, vom 23.6.1958, in dem die Verwendungszwecke einer Spende in Höhe von einer Million US-Dollar erläutert wurden. Der Brief findet sich abgedruckt in: FU Dokumentation III, S.77 Dok. 228.

¹⁴¹ Vgl. Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S.192.

¹⁴² Vgl. allgemein Diethelm Prowe: Brennpunkt des Kalten Krieges. Berlin in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd.1, S.261–270.

¹⁴³ Über das Osteuropa-Institut schrieb Shuster in seinem Bericht von 1956 an die Ford-Foundation: „Zweifelsohne ist das Osteuropa-Institut eine wissenschaftliche Einrichtung von außerordentlicher sachlicher Bedeutung und wissenschaftlicher Integrität. [...]. Es braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß Berlin ein einzigartiger Ort für das Bestehen eines solchen Institutes ist. Hier sind nicht nur Ost und West in ständigem Konflikt, sondern der unermüdliche Strom von Informationen kann in nächster Nachbarschaft seines Ursprungsortes am besten ausgewertet und verstanden werden“ (FU Dokumentation II, S.115 Dok. 198).

¹⁴⁴ Zum Institut für Politische Wissenschaften der FU vermerkte Shuster: „Die politische Wissenschaft hat sich an den deutschen Universitäten nicht so entwickelt, wie viele gehofft hatten, und zwar aufgrund der bereits erwähnten Schwierigkeiten und infolge eines unvermeidlichen Mangels an ausgebildeten Fachkräften. [...]. Das Berliner Institut scheint das einzige dieser Art zu sein, das für die nächste Zukunft einen echten Fortschritt zu verbürgen scheint“ (ebd., S.116).

¹⁴⁵ Die Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin. Ansprachen und Reden, Berlin 1967, S.11.

Tod, die FU während einer Deutschlandreise besucht hatte.¹⁴⁶ Dieser Besuch des populären amerikanischen Präsidenten in dem seit Sommer 1961 von einer Mauer durchzogenen Berlin galt als eindrucksvolle Demonstration für die tiefe Verbundenheit des amerikanischen Volkes zu dieser Stadt und deren Universität. In Anerkennung dieses Engagements verlieh die FU dem amerikanischen Gast die akademische Ehrenbürgerschaft.¹⁴⁷ Die Auszeichnung galt somit einem Mann, der – wie die Verleihungsurkunde vermerkt – „durch seinen persönlichen Einsatz für die Freiheit und Unabhängigkeit Berlins maßgeblich dazu beigetragen hat, daß trotz schwerer äußerer und seelischer Belastungen das Selbstvertrauen der Bürger dieser Stadt aufrechterhalten und gestärkt und die Entwicklung des kulturellen Lebens Berlins und der Ausbau der Freien Universität gefördert werden konnte“.¹⁴⁸ In seinen Dankesworten machte Kennedy indirekt nochmals deutlich, daß die Vereinigten Staaten in der FU eine Kaderschmiede der freien (westlichen) Welt in Europa sahen. An die anwesenden Studenten gerichtet sagte der Präsident: „Ich spreche ohne Zweifel zu den Männern, die in Zukunft die Geschicke dieses Landes leiten werden, und auch zu denen anderer freier Länder, die ihre Söhne und Töchter an diese Stätte der Freiheit geschickt haben, damit sie verstehen lernen, worum der Weltkampf geht.“¹⁴⁹

Ein Jahr nach der Fertigstellung des neuen John-F.-Kennedy-Instituts wurde 1968 das Universitätsklinikum in Berlin Steglitz eröffnet. Die Finanzierung dieser beiden Einrichtungen waren „die letzten großen amerikanischen philanthropischen Projekte zugunsten der Freien Universität“.¹⁵⁰ Seit ihrer Gründung hatte die FU über kein eigenes Universitätsklinikum verfügt. Da sich die berühmte „Charité“ im Ostteil der Stadt befand, wurden die Westberliner Medizinstudenten in den Räumlichkeiten der ehemaligen Krankenhausanlage Westend in Berlin-Charlottenburg ausgebildet. Gegen Ende der 1950er Jahre entwickelten sich dann konkrete Pläne, den Krankenhausbetrieb von Charlottenburg nach Steglitz zu verlagern, um dort ein neues und den modernsten internationalen Standards entsprechendes Klinikum zu errichten.¹⁵¹ Gleichzeitig wurde von amerikanischer Seite signalisiert, daß man das Projekt finanziell unterstützen wolle.¹⁵² Schließlich konnten 1958 die Bauarbeiten begonnen werden, nachdem sich die amerika-

¹⁴⁶ Allgemein zur Wirkung von Kennedys Berlin-Besuch auf die Westdeutschen vgl. Thränhardt: Geschichte der Bundesrepublik, S. 145; Heideking: Geschichte der USA, S. 393; Prowe: Brennpunkt des Kalten Krieges, S. 268f.

¹⁴⁷ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 300f.: „Seinen Höhepunkt erreichte dieser prowestliche Stimmungsausschlag wohl, als Präsident Kennedy im Juni 1963 nach West-Berlin kam. Sein Besuch wurde von einem fast hysterischen Ausbruch an Gastfreundschaft und Dankbarkeit seitens der West-Berliner untermalt, als er zunächst auf einer öffentlichen Versammlung sprach und ihm später die Ehrenbürgerschaft der Freien Universität verliehen wurde.“

¹⁴⁸ FU Spiegel Nr. 33/1963, S. 5.

¹⁴⁹ FU Dokumentation III, S. 156–159 Dok. 322; John F. Kennedy: Eine Universität für die freie Welt. Die Berliner Universitätsrede, 26. 6. 1963, hier S. 156 (Zitat).

¹⁵⁰ Tent: Freie Universität Berlin, S. 363.

¹⁵¹ Zum Benjamin-Franklin-Klinikum vgl. ebd., S. 361–363.

¹⁵² Auszug aus einem Vermerk von Reg.-Direktor Bähr (Senator für Volksbildung) vom 4. 9. 1958 in: FU Dokumentation III, S. 85f. Dok. 236d.

nische Regierung unter Vermittlung von Eleonore Dulles dazu bereit erklärt hatte, insgesamt 67 Millionen DM als Anschubfinanzierung zur Verfügung zu stellen. Dies war die größte amerikanische Spende in der Geschichte der Freien Universität Berlin. Dies hatte allerdings zur Folge, daß die Planung und Ausführung des Klinikprojekts nicht allein in deutsche Hände gelegt wurde. Als offizieller Bauherr fungierte, von amerikanischen Architekten unterstützt, die Benjamin-Franklin-Foundation.¹⁵³ Zudem wurde die Bereitstellung der Gelder an konkrete Forderungen geknüpft, die das Ziel verfolgten, mit Hilfe des Berliner Klinikprojekts die medizinische Forschung und Lehre in der gesamten Bundesrepublik zu reformieren. „Die Amerikaner [...] forderten“, so FU-Kurator von Bergmann 1963,

„auch eine Modernisierung des medizinischen Unterrichts und ein Umdenken und Umschalten der bisherigen deutschen Auffassung in der Organisation der Kliniken. Das traditionelle, patriarchalische Prinzip, in dem die einzelne Klinik ein selbstständiges Eigenleben führt, wird aufgegeben. Alle klinischen Disziplinen werden unter einem Dache vereinigt, und schon die Architektur dieses gewaltigen Bauprojektes [...] zwingt zur Zusammenarbeit, zum modernen Team-Work.“¹⁵⁴

Bergmanns Ausführungen verweisen auf die internationale Führungsrolle der amerikanischen Wissenschaft, die hierzulande seit den ausgehenden fünfziger Jahren spürbar das Bestreben verstärkte, bestehende Hochschulstrukturen (Department-System) und auch architektonische Planungskonzepte im Hochschulbau (Kliniken, Bibliotheken und Campusanlagen) nach amerikanischem Vorbild umzugestalten.¹⁵⁵ Ganz in diesem Sinne schrieb der FU-Kurator über die mit dem Berliner Klinikneubau verbundenen Erwartungen: „Ein solches Experiment ist völlig neu in Deutschland, es wird vom Wissenschaftsrat empfohlen, und wir wollen hoffen, daß es sich bewährt. Bei diesen [...] Gebäudekomplexen stand also auf amerikanischer Seite nicht das Materielle an erster Stelle, sondern es war nur Hilfsmittel, um geistige Ziele modern zu verwirklichen.“¹⁵⁶

Als schließlich das Benjamin-Franklin-Klinikum nach beinahe zehnjähriger Bauzeit eröffnet wurde, verfügte die FU in der Tat über eines der modernsten und größten Universitätskrankenhäuser Europas. Die Einweihungsfeierlichkeiten wurden allerdings im Herbst 1968 von Studentenprotesten begleitet, die zu tiefen Irritationen zwischen den amerikanischen Gönnern und ihrem Günstling führten.¹⁵⁷ Für viele Westberliner Studenten hatte sich im Zuge des seit 1963 tobenden Vietnamkrieges die Wahrnehmung der USA vollkommen verändert. Die amerikanischen Verdienste beim Aufbau der FU traten in den Hintergrund, da sich die neue Studentengeneration der besonderen Umstände, die zur Gründung der

¹⁵³ Tent: Freie Universität Berlin, S. 362.

¹⁵⁴ Bergmann: Die Hilfe der USA für die Freie Universität Berlin, S. 193.

¹⁵⁵ Vgl. zu diesen Einflüssen Kapitel VIII. und IX.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 363. Zu „1968“ und den Auswirkungen auf das deutsch-amerikanische Verhältnis vgl. Claus Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis und seine Folgen, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 632–643.

Freien Universität geführt hatten, kaum mehr bewußt war.¹⁵⁸ Freilich speisten sich die studentischen Proteste vornehmlich aus einer vermeintlichen Unzufriedenheit mit dem Zustand der deutschen Gesellschaft und Hochschulen, doch spielten die USA in diesem Zusammenhang eine nicht unbedeutende, wenn auch ambivalente Rolle: Sie fungierten als Feind- und Vorbild zugleich. Einerseits war es die amerikanische Außenpolitik und die Kriegsführung der Vereinigten Staaten in Vietnam, die innerhalb der radikalen Studentenschaft auf das schärfste verurteilt wurden.¹⁵⁹ Andererseits waren es die Methoden (z. B. Sit-in, Go-in, Teach-in) und Ziele gerade der amerikanischen Protestbewegung, die – ausgehend von der Berkeley University – in Deutschland mit Interesse beobachtet und entsprechend nachgeahmt wurden.¹⁶⁰ Doch damit nicht genug: Auch das Aussehen der amerikanischen „Hippies“ fand unter der deutschen Studentenschaft, die gleichzeitig gegen die Politik der USA protestierte, zahlreiche Nachahmer.¹⁶¹ Über diese Zusammenhänge sagte Shepard Stone rückblickend: „Woher kam 68? Aus Berkeley California! Es kam nicht aus der Freien Universität Berlin. Sie haben es übernommen und zwar in guter deutscher Weise. Gründlich.“¹⁶² Tatsächlich kann die

¹⁵⁸ Vgl. hierzu aus zeitgenössischer Perspektive vor allem Friedeburg/Hörlemann u. a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 239–482. Auf die bereits 1963 sich verändernde Atmosphäre an der FU verwies auch der damalige AStA-Vorsitzende der FU Gerhard Coper: „In den Gründungsjahren glaubten die meisten Professoren, Verwaltungsbeamten, Studenten, Politiker, die deutschen und ausländischen Freunde der Universität, eine echte Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden schaffen zu können. [...] In der Verantwortung um das geschaffene Werk wuchs innerhalb der Universität ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, von dem heute leider nicht mehr viel zu spüren ist, ja, das sich die meisten der heute Lehrenden oder Studierenden nicht einmal vorstellen können. Die Gründe für diese bedauerliche Entwicklung sind vielfältig“ (Gerhard Coper: Gegründet als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, in: AStA der Freien Universität Berlin: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 19f.). Vgl. in diesem Zusammenhang auch Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, S. 290–294; Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 402–429.

¹⁵⁹ Zur katalytischen Wirkung des Vietnamkrieges auf die Studentenproteste in der Bundesrepublik vgl. u. a. Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.): 1968. The World Transformed, Cambridge/New York 1998 (Einleitung); Philipp Gassert: Gegen Ost und West. Antiamerikanismus in der Bundesrepublik, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 944–954, hier besonders S. 952f.; Ingrid Gilcher-Holtey: Die 1968er Bewegung, München 2001, S. 35–48.

¹⁶⁰ Vgl. William J. Rorabaugh: Berkeley at War. The 1960s, Eugene/OR 1991; Michael Schmidtke: Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS) 1960–1970, in: Ingrid Gilcher-Holtey: 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 188–206; Wolfgang E. J. Weber: Die „Kulturrevolution“ 1968, in: Volker Dotterweich (Hg.): Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch politische Themen im Meinungsstreit, München 1998, S. 207–228; Gilcher-Holtey: Die 1968er Bewegung, S. 25–35. Zu den studentischen Protestmaßnahmen an der FU vgl. Friedeburg/Hörlemann u. a.: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 292–310; Tent: Freie Universität Berlin, S. 366–370; Ingrid Gilcher-Holtey: 1968 – eine Zeitreise, Frankfurt am Main 2008.

¹⁶¹ Vgl. Heidrun Kämper: Die Amerikanisierung der deutschen Sprache, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 496–506, hier S. 503; Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis, S. 632 und S. 639.

¹⁶² Zitiert nach Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 147.

studentische Protestbewegung auch als ein Beleg für den in der Bundesrepublik bereits erreichten „Amerikanisierungsgrad“ gesehen werden. Claus Leggewie hat dieses Phänomen folgendermaßen beschrieben:

„Die damaligen Wutausbrüche entsprangen weniger originärem Antiamerikanismus als der enttäuschten Amerikaliebe einer Generation, die im Zeichen der kulturellen Verwestlichung aufgewachsen und von Idolen wie John F. Kennedy und Martin Luther King jr. beeindruckt war. Ihre abrupte Abwendung hinderte sie jedoch nicht an der Übernahme der kulturellen Methoden und Protestformen – von den Beatniks bis zu Teach-ins. In vieler Hinsicht blieben die Antiamerikaner eine ‚amerikanische Linke‘ [...], d.h., sie waren den Grundelementen westlicher Kultur, individueller Freiheit und Demokratie, verpflichtet oder kehrten nach Ausflügen in totalitäre Ideologien (vom Sowjetsozialismus über den Karibik-Sozialismus bis zum Maoismus) zu ihnen zurück.“¹⁶³

Demzufolge kam es nicht von ungefähr, daß die Studentenbewegung der ausgehenden 1960er Jahre speziell an der FU eines ihrer bedeutendsten Zentren fand. An keiner anderen westdeutschen Universität waren amerikanische Einflüsse – schon allein infolge der zahlreichen Hilfsleistungen und Austauschprogramme – so unmittelbar wirksam und spürbar geworden wie an der FU. Es erscheint daher nur konsequent, daß es sich bei einem am 22. Juni 1966 im Henry-Ford-Bau abgehaltenen „Sit-in“ auch um „die erste Protestaktion dieser Art auf deutschem Boden“ handelte.¹⁶⁴

Auf amerikanischer Seite und innerhalb des Westberliner Bürgertums war man über die Vorgänge an der FU zutiefst irritiert. Während die Studenten ihren Protest gegen die USA lauthals artikulierten, ja der SDS für den Winter 1965/66 sogar ein „Vietnam-Semester“ proklamiert hatte, „waren die Bürger noch weniger als anderswo in der Bundesrepublik gewillt, diesen Dolchstoß in den Rücken des großen Verbündeten, dem man spätestens seit dem Marshall-Plan und der Luftbrücke so viel verdankte, tatenlos hinzunehmen“.¹⁶⁵ Zahlreiche Solidaritätsbekundungen und Hilfsmaßnahmen für amerikanische Familien, die einen Angehörigen in Vietnam verloren hatten, waren die Folge.¹⁶⁶

Zweifelsohne markiert das Jahr 1968 eine Zäsur in den Beziehungen der USA zur FU, denn gegen Ende der sechziger Jahre fand auch das bis dato großangelegte amerikanische Engagement für die Westberliner Universität ihren Abschluß. Zwar hatte dies in erster Linie damit zu tun, daß die nötige Aufbauleistung als weitgehend abgeschlossen angesehen wurde und künftig die Deutschen selbst in der Lage zu sein schienen, die weitere Entwicklung der FU ohne amerikanische Unterstützung zu bewerkstelligen. Nichtsdestotrotz haben aber sicherlich auch die atmosphärischen Störungen im Zuge der studentischen Protestbewegung ihren Beitrag hierzu geleistet. Ursprünglich aufgebaut als wissenschaftliches „Bollwerk“ gegen den Kommunismus drohte sich die FU in den Augen vieler ihrer amerikanischen Freunde in eine Institution zu verwandeln, in der die linksradikale – wenn

¹⁶³ Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis, S. 637.

¹⁶⁴ Knut Nevermann: Revolte. Der Muff von tausend Jahren. 1968, in: Prell/Wilker: Die Freie Universität Berlin, S. 70. Vgl. auch Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, S. 290–292.

¹⁶⁵ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 483.

¹⁶⁶ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 331.

man so will kommunistisch gesinnte – Studentenschaft die Wortführerschaft übernommen hatte.¹⁶⁷ „Die Studentenproteste“, so die Einschätzung Tents, „hatten die nicht zu leugnende Tatsache an den Tag gebracht, daß die Freie Universität aufgehört hatte, eine Ausnahmerecheinung unter den deutschen Hochschulen zu sein. Auch die politische Sonderrolle der Freien Universität im Rahmen der Deutschlandpolitik der USA ging zu Ende.“¹⁶⁸

War das Experiment einer „freien“ Universität im Westen Berlins mit den Ereignissen um das Jahr 1968 gescheitert? Rückblickend betrachtet steht außer Frage, daß sich die FU langfristig zu keinem Zentrum des Linksradikalismus weiterentwickelte, wie von vielen zeitgenössischen deutschen und ausländischen Beobachtern unter dem Eindruck der „68er-Bewegung“ befürchtet.¹⁶⁹ „Die Ford-Stiftung“, so Shepard Stone, „war gefühlsmäßig lange Zeit sehr eng mit der Freien Universität verbunden. Daß wir dann von der Entwicklung [um 1968, S. P.] enttäuscht waren, ist wahr – aber das ist ein anderes Kapitel.“¹⁷⁰ Auf den ersten Blick scheint die FU also der ihr von amerikanischer Seite zgedachten Rolle als einer Universität neuen Zuschnitts, deren freiheitlicher Geist das akademische Leben in der Bundesrepublik, ja ganz Westeuropas beeinflussen sollte, nicht in vollem Umfang gerecht geworden zu sein. Bedenkt man den antiamerikanischen Grundtenor der Studentenproteste, ist eine solche Sichtweise durchaus nachvollziehbar. Andererseits aber belegt die Tatsache, daß gerade die FU Berlin in den 1960er Jahren zu einem Zentrum der deutschen und europäischen Protestbewegung avancierte, die – trotz aller Exzesse und politisch-ideologischen Widersprüche – an dieser Institution offenbar besonders erfolgreiche Demokratisierung und Liberalisierung der Jugend nach westlich-amerikanischem Muster.¹⁷¹ „Die kulturelle und politische

¹⁶⁷ Über den Erwartungshorizont der Amerikaner schreibt Anthon: *My Work as Higher Education Adviser in Berlin*, S. 65: „Spirits were high and there was a strong desire among Germans and Americans (and other Allies) to work together in the common aim of maintaining the freedom of West Berlin and to strengthen it as a ‚bulwark of the West‘ and the ‚show window to the East‘. As a child of Cold War, the Free University benefitted from this influence, as American governmental agencies, foundations, and voluntary organizations vied with each other to contribute to the prospering of the newest university of the world.“

¹⁶⁸ Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 366.

¹⁶⁹ Beispielsweise schrieben die Lübecker Nachrichten im August 1965: „Sie sind zwar keine Kommunisten, wie mancher Berliner es befürchtet, der den FU-Studenten ihre frühere Atom-Propaganda, ihre Proteste gegen die Vietnampolitik der USA, deren Engagement in Santo Domingo [...] oder gegen die beabsichtigte Notstandsgesetzgebung in Bonn nicht vergessen hat, auch ihre zunehmend vorbehaltlose Kontaktfreudigkeit gegenüber Pankow und dessen Emissäre mit Sorge verfolgt. Unverkennbar aber ist, daß diese für die ganze Studentenschaft sprechende Minderheit mit ihrem krampfhaft nonkonformistischen Gebaren immer mehr nach links abrutscht – und das in einer Stadt, die wie keine andere in der Welt nach wie vor in der aktiven Auseinandersetzung mit dem Kommunismus steht, in deren Zuge ja einst auch die Freie Universität entstand“ (Lübecker Nachrichten vom 8. 8. 1965. Hier zitiert nach Friedeburg/Hörlemann u. a.: *Freie Universität und politisches Potential der Studenten*, S. 534).

¹⁷⁰ Zitiert nach Prell/Wilkert: *Die Freie Universität Berlin*, S. 147.

¹⁷¹ Vgl. Leggewie: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis, S. 640f. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Einschätzung von Gassert: *Anti Amerikanismus in der Bundesrepublik*, S. 953: „Die Wende zum Anti Amerikanismus wurde jedoch durch die – nicht selten aus

Verwestlichung“, so Raimund Lammersdorf, „hatte insbesondere die Jungen erfaßt, die niemals den Triumph des Nationalsozialismus erlebt hatten, sondern meist nur das daraus entstandene Elend. Man hatte sie an den Schulen mit hohen moralischen Ansprüchen ausgerüstet, die sie schließlich als Heranwachsende und Studenten anwandten.“¹⁷²

Von den Turbulenzen um das Jahr 1968 einmal abgesehen, war es den deutschen Gründungsvätern der FU mit massiver Unterstützung zahlreicher amerikanischer Förderer letztlich doch gelungen, eine anfänglich von vielen Beobachtern zum Scheitern verurteilte Institution binnen weniger Jahrzehnte zu einer der wissenschaftlich führenden und für Studenten wie Professoren mitunter attraktivsten Hochschulen in der Bundesrepublik aufzubauen.¹⁷³ Die folgenden Zahlen belegen dies: Von 2140 Studenten des Gründungssemesters 1948/49 stieg die Zahl der an der FU Immatrikulierten innerhalb von dreißig Jahren auf den Stand von 36 496 im Wintersemester 1978/79. Und 1988 war die FU mit rund 56 000 Studierenden nach der Münchner LMU die zweitgrößte Universität in der Bundesrepublik.¹⁷⁴ Schon James F. Tent hat, wohlgemerkt aus der Sicht eines amerikanischen Historikers, der FU eine wichtige Vorreiterrolle innerhalb der westdeutschen Universitäts- und Wissenschaftslandschaft nach 1945 zugeschrieben:

„Die Freie Universität hat sich nie befreit – zumindest nicht von politischen Spannungen. Doch was besagt schon ein Name? Sie ist schließlich zu einer bedeutenden Hochschule geworden und hat bewiesen, daß sie den wissenschaftlichen Anforderungen ihrer Gesellschaft gewachsen war und noch ist. Damit nicht genug, sie hat über die Zeit ihre Fähigkeit demonstriert, daß sie sich in Anpassung an geänderte Interessen und Bedürfnisse der Gesellschaft zu verändern mag. Das bedeutet nicht, daß notwendiger Wandel an der Freien Universität in jedem Fall sanft oder rechtzeitig erfolgt wäre. Es gab Zeiten, da war die Freie Universität in jedem Fall ihrer Gesellschaft und ihren Schwesteruniversitäten voraus, etwa als sie sich in die Avantgarde jener Institutionen einreichte, die den guten Ruf der deutschen Sozialwissenschaft wieder herstellten. Mit ihrem frühen Engagement zugunsten ausgiebiger internationaler Kontakte [besonders zu den USA, S. P.] und ihrer Pionierarbeit bei der Bereitstellung innovativer Extra-Lehrangebote wie der Abend- oder der Funkuniversität ist sie anderen Hochschulen ebenso um Jahrzehnte vorausgeeilt wie mit ihrem Tutorenprogramm für Studenten. In diesem Sinne war und bleibt die Freie Universität in vieler Hinsicht eine Besonderheit.“¹⁷⁵

Noch ein weiterer Aspekt erscheint abschließend erwähnenswert: Das besondere amerikanische Engagement für die FU darf nicht allein auf politisch-ideologische Motive unter den Bedingungen der Berliner Frontstellung während des Kalten

den USA selbst stammenden und von deutschen Remigranten reimportierte – neomarxistische Kritik der kapitalistischen Industriegesellschaften theoretisch untermauert, die, den Axiomen der liberalen Modernisierungstheorie vergleichbar, in den Vereinigten Staaten den Prototyp der westlichen Entwicklung sahen. Die Kritik an den USA war daher (im Endergebnis) auch Ausdruck kultureller Verwestlichung.“

¹⁷² Raimund Lammersdorf: Verwestlichung als Wandel der politischen Kultur, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 966–977, hier S. 975 (Zitat).

¹⁷³ Vgl. u. a. die Einschätzung bei Lämmert: Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, S. 296–299.

¹⁷⁴ Siehe die entsprechende Tabelle in 40 Jahre Freie Universität Berlin. Die Geschichte 1948–1988, S. 53.

¹⁷⁵ Tent: Freie Universität Berlin, S. 494.

Krieges verkürzt werden, denn die FU sollte ihre Strahlkraft nicht nur in Richtung Osten entfalten. Hinzu trat der nicht minder bedeutsame Versuch, mit Hilfe der FU auch Einfluß auf die Entwicklung von Universität und Wissenschaft in der Bundesrepublik auszuüben.¹⁷⁶ Wie gezeigt werden konnte, spielte in diesem Kontext eine aus dem Gefühl der Hochschätzung für die vormaligen Leistungen der deutschen Wissenschaft resultierende amerikanische Verantwortung gegenüber den deutschen Universitäten eine zentrale Rolle.¹⁷⁷ Rückblickend verwies Shepard Stone, der wie kaum ein anderer die Geschichte und Geschicke dieser Institution seit den vierziger Jahren verfolgt und mitgeprägt hatte, auf genau diese Motivation:

„In amerikanischen Universitäts- und Stiftungskreisen glaubte man an die Möglichkeit, einen neuen Geist und eine neue Atmosphäre im deutschen Universitätsleben zu unterstützen. Gleichzeitig wurde damit Dank ausgesprochen für die Leistungen der deutschen Universitäten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die Einfluß auf die Entwicklung der amerikanischen Universitäten ausgeübt haben.“¹⁷⁸

2. „To increase democratic understanding“:¹⁷⁹ Aufbau und Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft

Ähnlich wie die Freie Universität kann auch die nach 1945 erfolgte (Wieder-)Gründung einer deutschen Politikwissenschaft und deren Etablierung als eigenständige Hochschuldisziplin als ein Erbe der amerikanischen Besatzungszeit bezeichnet werden. Zugleich spiegelt die Politikwissenschaft wie kaum ein anderes Fach den wechselseitigen Wissenstransfer zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wider.¹⁸⁰ Wie aber läßt sich dieser vermeintliche Widerspruch auflösen bzw. welche historischen Entwicklungen liegen diesem zugrunde?

Tatsächlich kann die akademische Auseinandersetzung mit Politik in Deutschland auf eine weitaus längere Tradition zurückblicken, als der verkürzende Blick auf die Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges suggeriert.¹⁸¹ Ob-

¹⁷⁶ Vgl. die Einschätzung von Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 69: „1948 entstand im amerikanischen Sektor Berlins die Freie Universität als Gegenründung zur kommunistisch vereinnahmten Humboldt-Universität im sowjetischen Sektor. Das geschah mit dezidiert politischer und finanzieller Unterstützung aus den USA, und die FU Berlin entwickelte sich in den fünfziger Jahren zum demokratisch strukturierten Gegenmodell der überkommenen deutschen Ordinariuniversität.“

¹⁷⁷ Vgl. Kapitel I.

¹⁷⁸ Zitiert nach Prell/Wilkert: *Die Freie Universität Berlin*, S. 146f.

¹⁷⁹ IfZ, *OMGUS* 5/291-3/12, *The Work and Plans of the Governmental Institutions*, E&CR Branch, 20. 10. 1949.

¹⁸⁰ Vgl. Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 133f.; Jürgen Hartmann: *Geschichte der Politikwissenschaft*, Opladen 2003, S. 17–31.

¹⁸¹ Zur frühen universitären Befassung mit Politik in Deutschland siehe Hans Maier: *Die Lehre der Politik an den älteren deutschen Universitäten*, in: Dieter Oberndörfer (Hg.): *Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in ihre Grundfragen, ihre Tradition und Theorie*, Freiburg i.Br. 1962, S. 59–116; ders.: *Die Lehre der Politik an den älteren deut-*

gleich nicht im Rahmen einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin organisiert, fand an den europäischen Universitäten bereits seit dem Mittelalter eine philosophisch-normativ ausgerichtete Beschäftigung mit Politik statt, die sich vorwiegend an der aristotelischen Politiklehre orientierte.¹⁸² Zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert wurde diese Betrachtungsebene durch humanistische und naturrechtliche Ansätze erweitert und schließlich durch neue Disziplinen wie der Kameralistik, Ökonomik, Policey und Statistik ergänzt.¹⁸³ Nach den Umwälzungen im Zuge der französischen Revolution 1789 und der anschließenden napoleonischen Ära geriet die im Rahmen der sogenannten Staatswissenschaften betriebene Lehre von der Politik speziell an den deutschen Universitäten in eine zunehmende Abhängigkeit allgemeinpolitischer Rahmenbedingungen.¹⁸⁴ Eine bedeutende Aufwertung erfuhr die universitäre Beschäftigung mit Politik besonders im Vorfeld und während der Revolution von 1848. Die Ideen des aufkeimenden Liberalismus hatten im Vormärz wesentlich dazu beigetragen, das überkommene Verhältnis zwischen der Obrigkeit bzw. dem Staat einerseits und dem sich emanzipierenden

schen Universitäten, in: ders.: Politische Wissenschaft in Deutschland. Lehre und Wirkung, München 21985, S. 31–67.

¹⁸² Zur Entwicklung einer politischen Theorie im Mittelalter vgl. Dieter Mertens: Geschichte der politischen Ideen im Mittelalter, in: Hans Fenske u. a. (Hg.): Geschichte der politischen Ideen von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 21987, S. 141–238; Jürgen Miethke: Politische Theorien im Mittelalter, in: Hans Joachim Lieber (Hg.): Politische Theorien von den Anfängen bis zur Gegenwart, München/Bonn 21993, S. 47–156; Anthony Black: Political Thought in Europe 1250–1450, Cambridge u. a. 1992; Joseph Canning: History of Medieval Political Thought 300–1450, London 1996; Jürgen Miethke: Die Kanonistik als Leitwissenschaft für die politische Theorie der scholastischen Universität, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 33–59; Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 32–51. Zur Rezeption des aristotelischen Politikbegriffs vgl. u. a. Robert Heiss: Der Aristotelismus in der Artistenfakultät der alten Universität Köln, in: Hubert Graven (Hg.): Festschrift zur Erinnerung an die Gründung der alten Universität Köln 1938, S. 288–315; Tilman Struve: Die Bedeutung der aristotelischen „Politik“ für die natürliche Begründung der staatlichen Gemeinschaft, in: Jürgen Miethke (Hg.): Das Publikum politischer Theorie im 14. Jahrhundert, München 1992, S. 153–171.

¹⁸³ Zur Entwicklung der Politikwissenschaft vom 15. bis 18. Jahrhundert vgl. Jutta Brückner: Staatswissenschaften, Kameralismus und Naturrecht. Ein Beitrag zur Geschichte der Politischen Wissenschaft in Deutschland des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts, München 1977; Horst Dreitzel: Ideen, Ideologien, Wissenschaft. Zum politischen Denken in Deutschland in der frühen Neuzeit, in: Neue Politische Literatur 25 (1980), S. 1–25; Hans Erich Bödeker: Das staatswissenschaftliche Fächersystem im 18. Jahrhundert, in: Rudolf Vierhaus (Hg.): Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung. Aus Anlaß des 250jährigen Bestehens des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1985, S. 143–162; Wolfgang E. J. Weber: Prudentia Gubernatoria. Studien zur Herrschaftslehre in der deutschen politischen Wissenschaft des 17. Jahrhunderts, Tübingen 1992; Michael Philipp: Die frühneuzeitliche Politikwissenschaft im 16. und 17. Jahrhundert, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der Politikwissenschaft, S. 61–78.

¹⁸⁴ Vgl. Hans Maier: Staatswissenschaft, in: Hermann Kunst (Hg.): Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart/Berlin 21975, S. 2533–2535; ders.: Politikwissenschaft und Staatswissenschaft an den deutschen Universitäten, Passau 1985; Rudolf Stichweh: Der frühmoderne Staat und die europäische Universität. Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung im 16.–18. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1991; ders.: Wissenschaft, Universität, Profession, Frankfurt am Main 1994.

Bürgertum andererseits neu zu definieren. Zu diesem Bürgertum zählten auch viele politikwissenschaftlich ausgerichtete Universitätsprofessoren.¹⁸⁵ Die repressiven Verfolgungsmaßnahmen der reaktionären staatlichen Kräfte vor und nach der Revolution von 1848 hatten zur Folge, daß einige dieser Professoren Deutschland verließen und in die USA emigrierten. Zu diesen frühen Emigranten zählten Johann Louis Tellkampff und Francis (Franz) Lieber, die in den Vereinigten Staaten maßgeblich zum Aufbau der nordamerikanischen Political Science beitrugen.¹⁸⁶

Während seiner Lehrtätigkeit am Columbia College in New York, wo er seit 1857 einen Lehrstuhl für History und Political Science innehatte, bemühte sich Lieber, wissenschaftliche Methoden deutscher Provenienz mit amerikanischen Inhalten zu kombinieren. Es waren dann in erster Linie Liebers Schüler, die für den weiteren Ausbau der Political Science in den USA verantwortlich zeichneten.¹⁸⁷ Liebers bedeutendster Schüler war John W. Burgess, der seit 1871 auf Anregung seines deutschen Lehrers in Berlin, Göttingen und Leipzig studiert hatte und 1876 als Nachfolger Liebers auf dessen Lehrstuhl an der Columbia University berufen wurde. Neben der Faszination für das deutsche Gelehrtentum war es die historisch-quellenkritische Methode des Historismus, die Burgess von seinem Studienaufenthalt in Deutschland in die Heimat mitbrachte. Schließlich gründete Burgess, der 1906 auch maßgeblich am Zustandekommen des Professoren-austausches zwischen der Columbia University und der Berliner Universität beteiligt war, an seiner New Yorker Alma Mater eine eigene School for Political Science, die erste ihrer Art in den Vereinigten Staaten.¹⁸⁸

Parallel zu diesen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten hatte in Deutschland die wachsende Politisierung der Wissenschaft nach Gründung des Kaiserreichs zu einer weitgehenden Vernachlässigung dezidiert kritischer Politikanalyse geführt. Vielmehr kam es zu einer vermeintlich wissenschaftlichen Legitimierung

¹⁸⁵ Überblicksmäßig zur Zeit zwischen 1800 und 1850 vgl. Hans Boldt: Deutsche Staatslehre im Vormärz, Düsseldorf 1975; Wilhelm Bleek: Die Brüder Grimm und die deutsche Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26 (1986), H. 1, S.3-16; ders.: Die Politik-Professoren in der Paulskirche, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.): *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter*, München/New Providence 1994, S.276-299; ders.: Die Paulskirche in der politischen Ideengeschichte Deutschlands, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (1998), H. 3/4, S.28-39; ders.: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S.91-141.

¹⁸⁶ Zum deutschen Einfluß auf die Entwicklung der amerikanischen Political Science vgl. Wilhelm Bleek: Die Gründung der Wissenschaft von der Politik in den USA. Ein Kapitel amerikanisch-deutschen Kulturtransfers, in: Manfred Funke u. a. (Hg.): *Demokratie und Diktatur. Festschrift für Karl Dietrich Bracher zum 65. Geburtstag*, Düsseldorf/Bonn 1987, S.521-533, sowie ders.: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S.178-189.

¹⁸⁷ Ludwig Freund: USA, in: *Hochschule für Politische Wissenschaften München* (Hg.): *Das Studium der Politischen Wissenschaften im In- und Ausland*, München 1953, S.133-146, hier S.133f.; Peter Wolfgang Becker: Francis Liebers wissenschaftliche Leistungen in den USA, in: Peter Schäfer/Karl Schmitt (Hg.): *Franz Lieber und die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 19. Jahrhundert*, Weimar/Köln/Wien 1993, S.31-44.

¹⁸⁸ Vgl. die autobiographisch beeinflusste Studie von John W. Burgess: *Reminiscences of an American Scholar. The Beginnings of Columbia University*, New York 1934, sowie Albert Somit/Joseph Tanenhaus: *The Development of American Political Science. From Burgess to Behavioralism*, New York 1967, S.16-21. Zu Burgess' Rolle beim Berlin-Columbia-Abkommen siehe auch Kapitel I.3.

des „deutschen Sonderwegs“, mit dem die spezifische Ausformung des deutschen Politik- und Verfassungsmodells gemeint war.¹⁸⁹ Ihren traurigen Höhepunkt fand diese Entwicklung am Vorabend und während des Ersten Weltkrieges, der zu einer tiefgreifenden Entfremdung zwischen der deutschen und amerikanischen Scientific Community führte.¹⁹⁰ „So verschwand“, wie es Wilhelm Bleek formuliert hat, „die Politikwissenschaft zwar weitgehend aus dem offiziellen Kanon der akademischen Disziplinen, ihre Gegenstände und teilweise auch ihre Methoden wurden aber von ihren Erben bewahrt. Diese wurden dann nach 1945 wie die amerikanische Political Science zu Paten der in Deutschland wiederbegründeten akademischen Wissenschaft der Politik und gaben dieser als Taufgeschenk jenen Erfahrungsschatz zurück, den sie in den dazwischenliegenden Jahrzehnten aufgehoben und vermehrt hatten.“¹⁹¹

An dieser Zurückdrängung der Politikwissenschaft konnte auch die 1920 in Berlin erfolgte Gründung der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) nichts ändern, die auf eine Initiative von Friedrich Naumann und Max Weber zurückging. Das mit der Gründung dieser Institution verbundene Ziel war es gewesen, die junge und fragile Weimarer Demokratie durch die Heranbildung einer liberal-demokratisch gesinnten politischen Elite zu stärken. Doch handelte es sich bei der DHfP weniger um eine wissenschaftliche Hochschule, als um eine – wie Naumann es 1918 selbst formulierte – „Staatsbürgerschule“¹⁹², an der sich u. a. Partei- und Verbandsfunktionäre weiterbilden konnten.¹⁹³ In einem wahrscheinlich 1926 für die Rockefeller-Foundation – die seit der Wirtschaftskrise 1922/23 die DHfP finanziell unterstützte – verfaßten Bericht wies deren Berliner Repräsentant, August Wilhelm Fehling, auf die Zwitterstellung der Hochschule hin:

„The Academy is something between a university or a professional college of the same rank and a people’s university. [...] From the viewpoint of research in the fields of political science, the contribution of the institute was, according to its chief purpose to foster political education, up to now of no great importance.“¹⁹⁴

¹⁸⁹ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 149–156 und S. 194–197.

¹⁹⁰ Siehe Kapitel I.4.

¹⁹¹ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 189f.

¹⁹² Friedrich Naumann/Wilhelm Heile: *Erziehung zur Politik*, Berlin 1918, S. 33.

¹⁹³ Vgl. Detlef Lehnert: *Politik als Wissenschaft*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1989), S. 450–483; ders.: „Schule von der Demokratie“ oder „politische Fachhochschule“?, in: Göhler/Zeuner: *Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft*, S. 65–93; Alfons Söllner: *Gruppenbild mit Jäckh – Die „Verwissenschaftlichung“ der Deutschen Hochschule für Politik während der Weimarer Republik*, in: ders.: *Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte*, Opladen 1996; Hubertus Buchstein: *Wissenschaft von der Politik, Auslandswissenschaft, Political Science, Politologie. Die Berliner Tradition der Politikwissenschaft von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik*, in: Bleek/Lietzmann: *Schulen in der deutschen Politikwissenschaft*, S. 183–212, hier S. 188. Im Unterschied hierzu wurde von Johannes Weyer die umstrittene These aufgestellt, daß sich die deutsche Politikwissenschaft gerade während des Dritten Reiches zu einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin entwickelt habe. Siehe Johannes Weyer: *Politikwissenschaft im Faschismus. Die vergessenen zwölf Jahre*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 26 (1985), S. 423–437.

¹⁹⁴ August Wilhelm Fehling: *German Academy for Political Science*, Berlin (1926), Rockefeller Archives, Rarry Town/NY, Laura Spelman Rockefeller Memorial, Series 3, Box 51. Hier zitiert nach Söllner: *Gruppenbild mit Jäckh*, S. 38f.

Aus wissenschafts- bzw. disziplingeschichtlicher Perspektive kann die DHfP demzufolge nur eingeschränkt als unmittelbarer Vorläufer der bundesrepublikanischen Politikwissenschaft angesehen werden. Sucht man dennoch nach möglichen Kontinuitäten, so finden sich solche zumindest auf personeller Ebene. Beispielsweise lehrten vor ihrer Emigration in die Vereinigten Staaten einige der bedeutendsten Gründungsväter und Förderer der späteren westdeutschen Politikwissenschaft an der Berliner DHfP, darunter Arnold Bergstraesser, Ernst Fraenkel, Richard Löwenthal, Franz L. Neumann und Sigmund Neumann.¹⁹⁵

Bemerkenswerterweise hatte keiner der Genannten vor seiner Tätigkeit an der DHfP eine im engeren Sinne politikwissenschaftliche Ausbildung genossen, ein weiterer Beleg für das Nichtvorhandensein einer professionellen Politikwissenschaft als eigenständiger universitärer Disziplin vor 1945. Mehr als die Hälfte der Emigrantengruppe, die später Politikwissenschaft lehren sollte, hatte ein juristisches Studium absolviert und erst der Kontakt mit der amerikanischen Political Science ließ sie zu professionellen Politikwissenschaftlern werden.¹⁹⁶ Als Zentren der Emigration in den USA fungierten neben der New School of Social Research (New York) das an der Columbia University von Max Horkheimer neuangesiedelte ehemalige Frankfurter Institut für Sozialforschung (Institute for Social Research) sowie die University of Chicago.¹⁹⁷ Franz L. Neumann lehrte an der Columbia University, Arnold Brecht sowie der ehemalige DHfP-Direktor Hans Simons arbeiteten an der New School for Social Research und Hans J. Morgenthau, Arnold Bergstraesser sowie Leo Strauss hatten gegen Mitte der vierziger Jahre politikwissenschaftliche Professuren an der University of Chicago inne.¹⁹⁸ Andere wiederum fanden abseits dieser prominenten Sammelpunkte ein neues Tätigkeitsfeld in der amerikanischen „Provinz“. So lehrten beispielsweise Eric Voegelin, der spätere Begründer der Münchner Schule der Politikwissenschaft, nach seiner Emigration aus Österreich im Jahre 1938 seit 1942 an der Staatsuniversität von Louisiana und Karl Loewenstein am Amherst College in Massachusetts.¹⁹⁹ Auffallend ist die besondere Anziehungskraft der USA als Immigrationsland. Alfons Söllner hat herausgearbeitet, daß von 64 emigrierten Frauen und Männern, die nach ihrer Emigration eine professionelle Karriere als Politikwissenschaftler einschlugen, allein 54 in die Vereinigten Staaten ausgewandert waren.²⁰⁰ Eine wichtige Rolle

¹⁹⁵ Grundlegend zur Geschichte der Emigration der Politikwissenschaftler ist die Studie von Alfons Söllner: *Deutsche Politikwissenschaftler*, sowie ders.: *Politikwissenschaft*, in: Claus-Dieter Krohn/Patrick von zur Mühlen/Gerhard Paul u. a. (Hg.): *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945*, Darmstadt 1998, S. 836–845.

¹⁹⁶ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 250.

¹⁹⁷ Zur Gründung und Geschichte der Graduate Faculty an der New School for Social Research vgl. Peter Rutkoff/William Scott: *New School. A History of the New School for Social Research*, New York 1986.

¹⁹⁸ Vgl. Buchstein: *Wissenschaft von der Politik*, S. 194.

¹⁹⁹ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 251.

²⁰⁰ Neben den USA (54) verteilen sich die von Söllner recherchierten 64 emigrierten Politikwissenschaftler auf England (5), die Schweiz (1), Spanien (1), die Niederlande (1) und Palästina (1). Vgl. Söllner: *Die Emigration deutscher Wissenschaftler nach 1933, ihr Einfluß auf die Transformation einer Disziplin*, in: ders.: *Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration*, S. 13 sowie ebd. die Namensliste auf S. 289.

spielten hierbei die sogenannten „Pull“-Faktoren, die die USA als Zufluchtland besonders attraktiv machten: neben den dortigen Lebensbedingungen und der freiheitlich-demokratischen Atmosphäre waren es eben auch die – im Einzelfall durchaus nicht immer unproblematischen – akademischen Berufsperspektiven, die dieses Land aus Sicht der Emigranten bot.²⁰¹

Alles in allem stellt der Zeitraum von 1933 bis 1945 eine für die Entwicklung der Politikwissenschaft in der späteren Bundesrepublik, aber auch in den USA bedeutende Phase dar. Dabei geht es vor allem um die wechselseitigen Einflüsse, die auf und durch die Gruppe der Emigranten wirkten.²⁰² Wilhelm Bleek hat in seiner *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland* dieses Phänomen wie folgt beschrieben:

„Während die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland die zaghaften Ansätze einer Politikwissenschaft aus der Zeit der Weimarer Republik zum Erliegen brachte und lediglich politische Wissenschaften als politisierte Fächer zuließ, förderte sie auf der anderen Seite *volens volens* durch die Zwangsemigration von deutschen Wissenschaftlern die Entwicklung des Faches nicht nur direkt und kurzfristig in den USA, sondern auch indirekt im nachfaschistischen Deutschland und langfristig die Internationalisierung der Politikwissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.“²⁰³

Ogleich der Einfluß der zahlenmäßig eher kleinen deutschen Emigrantengruppe im Vergleich zu der damals in quantitativer wie qualitativer Hinsicht bereits hervorragend entwickelten amerikanischen Political Science nicht überbewertet werden sollte, war es dennoch einzelnen Vertretern gelungen, bis weit in die 1960er Jahre hinein auf dem Gebiet der „International Relations“²⁰⁴, der „Politischen Theorie“²⁰⁵, aber auch der sich mit staatlichen Institutionen befassenden „Policy“²⁰⁶ „brillante Einzelleistungen“ vorzulegen und „die Emigrationserfahrung als positive und dezidiert internationale Horizonsweiterung zu nutzen“.²⁰⁷ Ferner hatten deutschstämmige Politikwissenschaftler wie Hannah Arendt, Ernst Fraenkel, Carl J. Friedrich und Franz L. Neumann – motiviert durch ihre persönlichen Erfahrungen – im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen

²⁰¹ Zum beruflichen Werdegang der Exilanten in den USA vgl. ebd., S. 13f.

²⁰² Vgl. Peter Th. Walter: Zur Kontinuität politikwissenschaftlicher Fragestellungen: Deutschlandstudien exilierter Dozenten, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 137–143.

²⁰³ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 246.

²⁰⁴ Vgl. John H. Herz: *Political Realism and Political Idealism*, Chicago 1951; Hans J. Morgenthau: *Politics among Nations*, New York 1948; Karl W. Deutsch: *The Nerves of Government*, New York 1963.

²⁰⁵ Vgl. Hannah Arendt: *The Human Condition*, New York 1958; Arnold Brecht: *Political Theory. The Foundations of Twentieth-Century Political Thought*, Princeton 1959; Herbert Marcuse: *One-dimensional Man. Studies in the Ideology of Advanced Industrial Society*, Boston 1964; Leo Strauss: *Liberalism, Ancient and Modern*, New York/London 1968; ders.: *Natural Right and History*, Chicago 1953; Eric Voegelin: *The New Science of Politics*, Chicago 1952.

²⁰⁶ Otto Kirchheimer: *Political Justice. The Use of Legal Procedures for Political Ends*, Princeton 1961; Karl Loewenstein: *Political Power and the Governmental Process*, Chicago 1957; Sigmund Neumann (Hg.): *Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics*, Chicago 1956.

²⁰⁷ Söllner: *Die Emigration deutscher Wissenschaftler nach 1933*, S. 17–21, Zitat S. 19.

des Nationalsozialismus dazu beigetragen, die amerikanische Political Science um wichtige Aspekte der Totalitarismusforschung und -theorie zu erweitern.²⁰⁸

Was den rückwirkenden Einfluß der politikwissenschaftlichen Emigranten-gruppe auf die deutsche Nachkriegsentwicklung anbetrifft, ist zunächst hervorzuheben, daß ungefähr ein Drittel des von Söllner ermittelten Personenkreises nach 1949 auf feste akademische Positionen in Deutschland zurückkehrte. Mit Arnold Bergstraesser (Freiburg), Ernst Fraenkel (Berlin), Ferdinand A. Hermens (Köln) und Eric Voegelin (München) übernahmen Remigranten aus den USA die ersten politikwissenschaftlichen Lehrstühle an westdeutschen Universitäten.²⁰⁹ Carl J. Friedrich, bereits seit 1936 ordentlicher Professor in Harvard, lehrte von 1956 bis zu seiner Emeritierung 1966 zudem im halbjährigen Wechsel Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg.²¹⁰ Ein weiteres Drittel behielt zwar seine Stellung in den Vereinigten Staaten, trat aber durch regelmäßige Gastprofessuren an westdeutschen Universitäten ihrerseits zum Aufbau und zur Etablierung der Politikwissenschaft bei. Genannt seien in diesem Zusammenhang neben Arnold Brecht, Karl W. Deutsch, Otto Kirchheimer und Karl Loewenstein vor allem Franz L. Neumann, der bis zu seinem plötzlichen Unfalltod 1954 auf das engste mit der FU Berlin verbunden war und dort sogar einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl übernehmen wollte.²¹¹

Auch für den politikwissenschaftlichen Wissenstransfer zwischen den USA und der Bundesrepublik spielten diese Gründungsväter und Förderer eine zentrale Rolle.²¹² Zwei Aspekte standen hierbei im Vordergrund: Zum einen die Vermittlung neuer – vor allem empirisch ausgerichteter – bzw. aus den USA reimportierter wissenschaftlicher Methoden und Fragestellungen, und zum anderen die Verbesserung des durch Krieg und Nationalsozialismus in Mitleidenschaft gezogenen Verständnisses zwischen beiden Ländern. Es war die unmittelbare Erfahrung mit der amerikanischen Demokratie gewesen, die bei den Emigranten den tiefen Glauben an eine demokratisch verfaßte und pluralistische Gesellschaft gefestigt hatte.²¹³ „In Bezug auf die institutionelle Realisation existentieller Ordnung“, wie es Voegelin rückblickend formulierte, „scheint die amerikanische Gesellschaft gegen-

²⁰⁸ Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt am Main 1962 [amerikanische Originalausgabe: New York 1951]; Ernst Fraenkel: *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*, New York 1941; Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brezezinski: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge 1956; Franz L. Neumann: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, New York 1942.

²⁰⁹ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 258.

²¹⁰ Vgl. Hans J. Lietzmann: *Integration und Verfassung*. Oder: Gibt es eine Heidelberger Schule der Politikwissenschaft?, in: ders./Bleek: *Schulen in der deutschen Politikwissenschaft*, S. 245–268, hier S. 257f.

²¹¹ Vgl. den Nachruf von Ernst Fraenkel: *Gedenkrede auf Franz L. Neumann (1955)*, in: Fraenkel: *Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie*, Hamburg 1973, S. 168–179; Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 276.

²¹² Vgl. Jürgen Bellers: *Politikwissenschaft in Deutschland. Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40 (1990), H. 52/53, S. 14–27, hier S. 16.

²¹³ Vgl. Klaus Günther: *Politikwissenschaft in der BRD und die jüngste deutsche Geschichte*, in: Klaus von Beyme (Hg.): *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*.

über anderen Nationalstaaten in der westlichen Welt einige Vorzüge zu besitzen. Zunächst muß ich jedoch gestehen, daß ich in dieser Hinsicht nicht unbefangen bin. Schließlich mußte ich vor den politischen Umständen in Zentraleuropa fliehen, und in Amerika wurde ich freundlich aufgenommen. Dies hat natürlich Vorurteile bei mir hinterlassen.“²¹⁴ Nicht ohne Grund versah auch Ernst Fraenkel in seiner autobiographisch angelegten Studie *Reformismus und Pluralismus* das Kapitel über die Exilzeit in den USA mit dem Titel *In der Emigration – Plänen für ein neues Deutschland*.²¹⁵ Das Ziel ihrer politikwissenschaftlichen Tätigkeit in der jungen Bundesrepublik sahen die Zurückgekehrten in erster Linie darin, auf Basis ihres wissenschaftlichen und persönlichen Erfahrungshorizonts den künftigen deutschen Eliten demokratische Werte und Spielregeln zu vermitteln und dadurch zum Aufbau und zur Festigung eines demokratischen Gemeinwesens westlicher Ausprägung beizutragen.²¹⁶ Entsprechend den Vorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht schien auch ihnen die Etablierung der Politikwissenschaft als „Demokratiwissenschaft“ das hierfür geeignete Mittel zu sein.²¹⁷ Ganz in diesem Sinne schrieb Fraenkel 1955 in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“:

„Eine funktionierende Demokratie erfordert, daß der Prozeß der Gestaltung politischer Entscheidungen öffentlich kontrolliert wird. [...] Die methodisch und wissenschaftlich betriebene Erforschung dieses Prozesses, die Schulung zum Verständnis der Bestimmungsgründe und Auswirkungen politischer Entscheidungen, d.h. aber die Wissenschaft von der Politik ist in einer funktionierenden Demokratie ebenso unentbehrlich wie sie außerhalb eines demokratischen Herrschaftssystems erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Die Wissenschaft von der Politik ist die demokratische Wissenschaft par excellence.“²¹⁸

Neben den indirekten Einflüssen, die aufgrund der persönlichen und wissenschaftlichen USA-Erfahrungen von Emigranten beim Aufbau einer deutschen Politikwissenschaft nach 1945 wirksam wurden, spielten die Vereinigten Staaten bei der Gründung und Etablierung des Faches auch eine ganz unmittelbare Rolle. So ging der eigentliche Anstoß zur Einführung einer modernen Politikwissenschaft im wesentlichen auf Initiativen der amerikanischen Besatzungsmacht zurück. Bereits 1978 hat Hans-Joachim Arndt in seiner Studie zur Gründungsgeschichte der deutschen Politikwissenschaft auf die Bedeutung des amerikanischen Beitrages hingewiesen: „Die ‚Patenschaft‘ der Amerikaner – sowohl als Besatzungsmacht als auch als Politikwissenschaftler – bei der Grundlegung einer Politikwissenschaft in

Entwicklungsprobleme einer Disziplin, Opladen 1986, S.27–40, hier S.29; Bellers: Politikwissenschaft, S.17.

²¹⁴ Eric Voegelin: *Autobiographische Reflexionen*, hg. von Peter J. Opitz, München 1994, S.138.

²¹⁵ Ernst Fraenkel: *Reformismus und Pluralismus*, S.250.

²¹⁶ Vgl. hierzu Hubertus Buchstein: *Auf der Suche nach einer „modernen Demokratietheorie“*: Otto Suhr, Franz L. Neumann und Ernst Fraenkel, in: Göhler/Zeuner: *Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft*, S.171–194.

²¹⁷ Zur Bedeutung des Engagements der Emigranten nach 1945 siehe Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S.258f.

²¹⁸ Ernst Fraenkel: *Akademische Erziehung und politische Berufe*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5 (1955), B VIII, S.109–115. Hier zitiert nach dem Abdruck in ders.: *Reformismus und Pluralismus*, S.321f.

Westdeutschland ist [...] nicht zu bestreiten.“²¹⁹ Tatsächlich wurde der künftigen politischen Bildung an den deutschen Universitäten im Rahmen der amerikanischen Reeducation-Politik eine hohe Bedeutung beigemessen.²²⁰ Aus der Sicht amerikanischer Bildungsexperten stellte die bislang eher marginale Stellung der Sozial- und Politikwissenschaften innerhalb des deutschen Universitätswesens eine Hauptursache für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus dar. In Zukunft sollten durch eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit Politik nach dem Vorbild der amerikanischen Political Science antidemokratische Denk- und Verhaltensweisen innerhalb der deutschen Gesellschaft ausgeschaltet und gleichzeitig demokratische Werte gestärkt werden.²²¹ Ein dementsprechender Ausbau der für die wissenschaftliche Analyse und Fundierung eines demokratischen Gemeinwesens so bedeutenden Sozialwissenschaften lag somit im amerikanischen Interesse. „What the Germans need to learn above all“, so postulierte Paul R. Neureiter 1946 im „Journal of Higher Education“, „is how to live together and get along with their neighbours at home and abroad. [...] Very significantly, the Germans have demonstrated much less interest and ingenuity in the social sciences than in the physical sciences, and the efforts of German scientists should be concentrated on making up this deficit.“²²²

Um sich ein genaues Bild über den Zustand der Sozialwissenschaften an den deutschen Universitäten zu verschaffen, bereisten zwischen 1945 und 1949 mehrere amerikanische Experten die westlichen Besatzungszonen. In seinem nach einer sechswöchigen Deutschlandreise verfaßten Abschlußbericht schrieb der in San Antonio (Texas) lehrende Sozialwissenschaftler John L. McMahon:

„For an American educator, accustomed as he is to a division of the field of human knowledge in which the social sciences are recognized as coequal in status with the humanities and the natural sciences and in which the disciplines of sociology, economics, political science, history and anthropology exist as independent but related departments, the German organization of these same social sciences is confusing and often incomprehensible.“²²³

Seine Ausführungen schloß McMahon mit der Empfehlung, die gegenwärtige Umbruchsituation, in der sich die deutschen Universitäten nach Kriegsende befänden, dahingehend zu nutzen, die Sozialwissenschaften schnellstmöglich auszubauen und in den disziplinären Kanon einzugliedern.²²⁴ Ganz in diesem Sinn hob

²¹⁹ Hans-Joachim Arndt: Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1978, S. 120.

²²⁰ Arno Mohr: Die Durchsetzung der Politikwissenschaft an den deutschen Hochschulen, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 62-77, hier S. 62f.

²²¹ Vgl. Jörg Ernst: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung ihres Selbstverständnisses im Spiegel ihrer Einführungswerke, Münster 1994, S. 16.

²²² Neureiter: Watch the German Universities, S. 175.

²²³ IfZ, OMGUS 5/299-3/2, German Universities and the Social Sciences. A Report by Dr. John L. McMahon, o. O., o. J.

²²⁴ Ebd., S. 6f.: „Because German universities are today in a less stratified position than they will be later and because this time of flux presents the opportunity to develop an integrated program in the social sciences ways should be found immediately by which key German university administrators, professors from faculties of law and philosophy

auch Henry Pilgert 1953 hervor, „that one of the major objectives of HICOG in the field of higher education should be the introduction and recognition of political science in the German university“.²²⁵

Sowohl während der im Juni 1946 stattfindenden Marburger Hochschulgespräche als auch im Rahmen des Blauen Gutachtens von 1948 wurde die Frage einer Stärkung der Sozialwissenschaften und damit die Einführung eines Faches Political Science im besonderen diskutiert und empfohlen.²²⁶ Unterstützt wurden die amerikanischen Bestrebungen durch Emigranten wie Carl J. Friedrich, Ferdinand A. Hermens, Franz L. Neumann und Karl Loewenstein, die in den unmittelbaren Nachkriegsjahren auch als Berater des State Departments und von OMGUS fungierten.²²⁷ Mit Blick auf die amerikanische Political Science hatte Loewenstein die deutschen Teilnehmer der Marburger Hochschulgespräche ermahnt:

„Wenn Sie zu wissenschaftlich fundierter Politik kommen wollen, dann müssen Sie über die Grenzen der deutschen Politik hinausgehen, müssen sehen, was die anderen Völker gemacht haben. Wir haben drüben [in den USA, S. P.] ein viel umfassenderes Lehrbild. Die Durchdringung der politischen Probleme ist viel weiter geführt. Gegenstand der Vorlesung z. B. ist die öffentliche Meinung, die wir mittels Statistik und psychologischen Methoden erforschen. Bei der Begabung der Deutschen für Systematik wird es durchaus möglich sein, daß sie der Welt sehr viel geben.“²²⁸

Doch vorerst nahmen die deutschen Universitäten, vertreten durch die Rektorenkonferenz, auch in dieser Frage gegenüber den amerikanischen Bemühungen eine zurückhaltende bis ablehnende Haltung ein.²²⁹ Ähnlich reagierten die etablierten Disziplinen wie beispielsweise die Rechts- oder Geschichtswissenschaft, die in der Einführung einer eigenständigen Politikwissenschaft ein unnötiges und zudem aus Amerika importiertes Konkurrenzfach sahen.²³⁰ Andererseits aber galten gerade diese traditionellen Fächer aufgrund ihrer tatsächlich oder vermeintlich affirmativen Haltung während des Dritten Reiches bei den Amerikanern mit Blick auf den Aufbau einer deutschen Nachkriegsdemokratie als vorbelastet und diskreditiert. Allein eine neue „Wissenschaft von der Politik“ sei in der Lage, die ihr zugeordneten demokratie- und gesellschaftspolitischen Aufgaben zu erfüllen.²³¹ Die Bedeu-

whose subject matter is within the broad field of the social sciences, and certain American social scientists could meet for the purpose of considering whether or not the present status of the social sciences in Germany meets the needs of the true university. Out of such a conference might well come through the interchange of ideas a new position for the social sciences.“

²²⁵ Pilgert: *The West German Educational System*, S. 91.

²²⁶ Vgl. Studienausschuß für Hochschulreform: *Gutachten zur Hochschulreform*, S. 119: „An allen Hochschulen sollen, soweit sie nicht schon vorhanden sind, Lehrstühle für Sozialwissenschaften in ausreichender Zahl errichtet werden. Die Gründung sozialwissenschaftlicher Fakultäten wird in manchen Fällen ratsam sein.“

²²⁷ Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 275.

²²⁸ *Marburger Hochschulgespräche (1946)*, S. 73.

²²⁹ Vgl. Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 278.

²³⁰ Vgl. Arno Mohr: *Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Weg zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965*, Bochum 1988, S. 169f.

²³¹ Vgl. Thies Marsen: *Zwischen Reeducation und politischer Philosophie. Der Aufbau der Politischen Wissenschaft in München nach 1945*, München 2001, S. 18.

tung, die diesem Konflikt zwischen den Disziplinen beizumessen ist, zeigt exemplarisch Gerhard Ritters Eröffnungsvortrag zum ersten Nachkriegshistorikertag, den dieser am 12. September 1949 in München hielt. „Wir hören deshalb nicht ohne Skepsis“, so Ritter vor der versammelten deutschen Historikerschaft,

„die Aufforderung (etwa von amerikanischer Seite), unsere Disziplin ganz und gar als political science, als historische Gegenwartskunde, als geschichtliche Strukturanalyse des gegenwärtigen Lebens zu betrachten – wobei dann die Vergangenheit allzu leicht in die Rolle einer bloßen ‚Vorstufe‘ des Gegenwärtigen hineingerät und der optimistische Glaube an einen stetigen Fortschritt der Menschheitskultur sich selbst zu bestätigen sucht.“²³²

Und noch zehn Jahre später, nachdem bereits Lehrstühle für Politikwissenschaft an deutschen Universitäten eingerichtet worden waren, bezeichnete der Freiburger Ordinarius die neue Disziplin abschätzig als die „neue, aus Amerika importierte Wissenschaft von der Politik“.²³³

Trotz derartiger Vorbehalte war die Etablierung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik nicht aufzuhalten. Mit Ausbruch des Kalten Krieges 1947/48 ergab sich zudem ein weiterer Grund für die Stärkung gerade dieser Disziplin. Stand ursprünglich noch die Umerziehung der Deutschen zu Demokraten im Vordergrund, trat nun als weitere Aufgabe die Stabilisierung des westlich-demokratischen Wertesystems gegenüber der kommunistischen Bedrohung hinzu.²³⁴ Dabei fiel der amerikanischen Political Science die Funktion einer systemstabilisierenden Leitwissenschaft zu. In diesem Zusammenhang vermerkt Arndt: „In der Zeit nämlich, in der die siegreiche Sowjetunion für die Verbreitung ihrer Auffassung von Geschichte und Politik in ihrem Hegemonialbereich sorgte, drangen [...] die Leitideen der amerikanischen Political Science in vielen Ländern Westeuropas vor.“²³⁵

Ein erster Beleg für diese zusätzliche Rolle der Politikwissenschaft im Zeichen des Kalten Krieges darf in der Wiedergründung der Deutschen Hochschule für Politik im Frühjahr 1948 gesehen werden, die auf eine Initiative des damaligen Berliner Stadtverordnetenvorstehers und ehemaligen DHfP-Dozenten Otto Suhr

²³² Gerhard Ritter: Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft. Eröffnungsvortrag des 20. Deutschen Historikertages in München am 12. 9. 1949, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Über das Studium der Geschichte, München 1990, S. 287–311, hier S. 292f. (Zitat).

²³³ Ritter: Wissenschaftliche Historie, Zeitgeschichte und „politische Wissenschaft“, Heidelberg 1959, S. 5.

²³⁴ Über den publizistischen Umgang westdeutscher Politikwissenschaftler wie Eric Voegelin mit dem Kommunismus vermerkt Ernst: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 30: „In Abgrenzung zu den im großen und ganzen als Vorbild dienenden westlichen Demokratien, vor allem Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, werden der nationalsozialistische und der kommunistische Staat als totalitär und menschenunwürdig dargestellt. Dabei verläßt der emotionsgeladene Umgang mit dem Kommunismus und den sozialistischen Staaten Osteuropas, einschließlich der damaligen DDR, jedoch zuweilen das Fundament einer wissenschaftlichen, möglichst auf Objektivität bedachten Auseinandersetzung. Hierin zeigt sich deutlich das politische Klima des Kalten Krieges in den fünfziger und frühen sechziger Jahren. So findet sich bei Voegelin eine fast metaphysische Erhöhung der Dichotomie von demokratischen Gesellschaften anglo-amerikanischen Typs auf der einen und kommunistischen Gesellschaften auf der anderen Seite.“

²³⁵ Arndt: Die Besiegten, S. 282f.

erfolgte.²³⁶ Gerade in Berlin fiel dieser Entscheidung eine besondere Bedeutung zu. Der gegen die Stimmen der SED-Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung gefaßte Beschluß zur Wiedereinrichtung dieser außeruniversitären Institution war eine unmittelbare Reaktion auf die wachsende Ideologisierung der Berliner Universität gewesen.²³⁷ Gleichwohl hat Bleek darauf hingewiesen, daß nach der Wiedergründung der DHfP noch nicht an die Etablierung der Politikwissenschaft als eigenständiges Universitätsfach gedacht war, sondern die Verantwortlichen vielmehr bewußt an die außeruniversitäre Tradition aus der Zeit der Weimarer Republik anknüpfen wollten.²³⁸ Daß allerdings ein derartiger Zuschnitt den der Politikwissenschaft eigentlich zugeordneten Aufgaben nur eingeschränkt gerecht werden konnte, stand auch für damalige Beobachter außer Frage. Nach der offiziellen Eröffnung der DHfP am 15. Januar 1949 schrieb der damalige Jurastudent und spätere Kanzleramts- und Justizminister Horst Ehmke in der „Göttinger Universitäts-Zeitung“:

„Die Einrichtung von Hochschulen für Politik genügt nicht. Gerade das Studium der Sozialwissenschaften muß in den Rahmen der *universitas litterarum* eingebettet werden. Die beste Lösung wäre die Errichtung eines Lehrstuhls für politische Wissenschaften, an dem die heute so schwerwiegenden Probleme wissenschaftlich in Angriff genommen werden.“²³⁹

Für die hier geforderte universitäre Verankerung der Disziplin in der Bundesrepublik spielten vor allem zwei Tagungen eine entscheidende Rolle, die als „Geburtsstunde der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik“ betrachtet werden können.²⁴⁰ Beide Tagungen wurden auf Anregung der amerikanischen Besatzungsmacht von der Hessischen Landesregierung ausgerichtet.²⁴¹

²³⁶ Zur frühen Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik nach 1945 vgl. Otto Suhr: Drei Jahre Deutsche Hochschule für Politik 1949–1952, in: Ernst Jäckh/Otto Suhr (Hg.): Geschichte der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin 1952, S. 3–48; Mohr: Politikwissenschaft als Alternative; Hubertus Buchstein: Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin, Baden-Baden 1992; Gerhard Göhler: Die Wiederbegründung der Deutschen Hochschule für Politik. Traditionspflege oder wissenschaftlicher Neubeginn?, in: ders.: Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 144–164; Arno Mohr: Die DHfP und die Entwicklung der Politikwissenschaft im westlichen Nachkriegsdeutschland, in: ebd., S. 165–170.

²³⁷ Vgl. FU Dokumentation I, S. 5 (15. 1. 1948).

²³⁸ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 284f.; Buchstein: Wissenschaft von der Politik, S. 196.

²³⁹ Horst Ehmke: Der Schrei der Sozialwissenschaften – An die Adresse der Minister, in: Göttinger Universitäts-Zeitung 4 (1949), H. 8, S. 8. Hier zitiert nach Marsen: Zwischen Reeducation und Politischer Philosophie, S. 23.

²⁴⁰ Ebd., S. 26.

²⁴¹ Demgemäß hieß es im Einladungsschreiben zur Konferenz von Waldleiningen: „Der Hessische Minister für Kultus und Unterricht und der Hessische Minister für Justiz gestatten sich, einer Anregung der Amerikanischen Militärregierung folgend, Sie im Namen des Staatsministeriums des Landes Hessen zu einer am 10. und 11. September 1949 im Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald (Nähe Morbach) stattfindenden trizonalen Tagung einzuladen“ (Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung (Hg.): Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen. Gesamtprotokoll der Konferenz von Waldleiningen vom 10. und 11. 9. 1949, Frankfurt am Main 1949, S. 159).

Die erste Konferenz fand vom 10. bis 11. September 1949 auf dem Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald statt. Unter den insgesamt 99 Teilnehmern befanden sich mit Otto Suhr, Wolfgang Abendroth, Dolf Sternberger und Theodor Eschenburg nicht nur wichtige Vertreter der späteren bundesrepublikanischen Politikwissenschaft, sondern auch acht amerikanische sowie jeweils zwei englische und französische Gäste.²⁴² Das Ziel der Konferenz sollte sein, darüber zu beraten, wie der deutschen Jugend an den Universitäten bessere Kenntnisse über die politischen Verhältnisse im eigenen, aber auch in anderen Ländern vermittelt werden könnten.²⁴³ Als Arbeitsgrundlage fungierte ein von US-Experten ausgearbeiteter Vorschlag, der in Anlehnung an die amerikanische Political Science eine Einteilung des zu behandelnden Lehrstoffs in folgende Teilbereiche vorsah: Politik als Wissenschaft, Internationale Beziehungen, vergleichendes ausländisches Verfassungsrecht und Staatenkunde sowie moderne politische Theorien.²⁴⁴ Auch von den beiden Vertretern der hessischen Landesregierung, den Ministern Erwin Stein (Kultus) und Georg August Zinn (Justiz), wurde auf die besondere Vorbildfunktion des angelsächsischen Systems hingewiesen:

„Diese für Deutschland zum größten Teil neuartigen Kollegien werden in amerikanischen und englischen Universitäten seit längerer Zeit mit Erfolg gelesen und haben nicht wenig dazu beigetragen, die Jugend in den angelsächsischen Ländern weltoffener und welterfahrener werden zu lassen, als dies bisher bei der deutschen Studentenschaft der Fall ist.“²⁴⁵

Im Hinblick auf die künftig zu besetzenden Lehrstühle waren sich die Gastgeber durchaus darüber im klaren, daß in Deutschland erst ein politikwissenschaftlich geschulter akademischer Nachwuchs ausgebildet werden müsse. Auch was diesen Punkt anbetraf, wurde den Amerikanern eine entscheidende Rolle beigemessen. „In diesem Zusammenhang“, so Stein und Zinn, „wird die Amerikanische Militärregierung Vorschläge sowohl über die Ausbildung von Dozenten und Professoren in den Vereinigten Staaten als auch über die Heranziehung von geeigneten Gastprofessoren für die deutschen Universitäten machen.“²⁴⁶

Eines der drei Waldleinger Hauptreferate hielt der am Amherst College lehrende Karl Loewenstein, der wie schon drei Jahre zuvor in Marburg als Vertreter der amerikanischen Besatzungsbehörde an der Konferenz teilnahm.²⁴⁷ Das Thema seines Vortrages lautete *Political Science und politische Erziehung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, wobei Loewenstein nicht vergaß, seinen Ausführungen einen Exkurs über den Einfluß deutscher Auswanderer wie Franz Lieber auf die Entwicklung der amerikanischen Politikwissenschaft voranzustellen.²⁴⁸ Den

²⁴² Vgl. die Teilnehmerliste ebd., S. 164–166.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Ebd., S. 160.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ Zu Loewensteins Rolle bei den Marburger Hochschulgesprächen vgl. zudem Kapitel II.2.

²⁴⁸ Karl Loewenstein: *Political Science und politische Erziehung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, in: ebd., S. 21–31. Unter leicht verändertem Titel vgl. auch ders.: *Über den Stand der politischen Wissenschaften in den USA*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 106 (1950), S. 349–391.

Schwerpunkt des Referats bildete die Fach- und Studienorganisation der amerikanischen Political Science. Seine Ausführungen abschließend betonte Loewenstein den Anteil der amerikanischen Political Science an der Entwicklung der USA zur Weltmacht, was gerade die deutschen Konferenzteilnehmer von der Bedeutung dieser Disziplin überzeugen sollte.²⁴⁹ Gleichwohl stand für Loewenstein außer Frage, daß es in Westdeutschland künftig nicht um eine bloße Nachahmung der amerikanischen Political Science gehen könne, nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: „Jedes Land muß aber seine Politische Wissenschaft nach seinen eigenen ethnologischen Gegebenheiten und historischen Traditionen entwickeln.“²⁵⁰

Trotz dieses Einwands war die Vorbildfunktion und Dominanz der amerikanischen Political Science in Waldleiningen deutlich spürbar. Am letzten Konferenztag behandelte beispielsweise eine eigene Sektion die möglichen *Beiträge des Auslandes zur politischen Bildung in Deutschland*. Die drei Referate zu diesem Thema widmeten sich aus jeweils unterschiedlicher Perspektive dem potentiellen Einfluß der amerikanischen Political Science auf die Gründung einer eigenständigen westdeutschen Politikwissenschaft, wobei hier in erster Linie Fragen des Studenten- und Professoren austauschs im Vordergrund standen.²⁵¹ So betonte Loewenstein die Notwendigkeit, amerikanische Gastprofessoren in der Aufbauphase zu integrieren. Dazu parallel müßten künftig deutsche Dozenten und Professoren verstärkt in die Vereinigten Staaten reisen, um sich über aktuelle wissenschaftliche Methoden und Fragestellungen zu informieren. Mit Verweis auf die ehemals großartigen Verdienste der deutschen Wissenschaft sagte Loewenstein: „Warum kann Amerika nicht dadurch seine Dankeschuld oder einen Teil davon an die deutsche Wissenschaft abtatten, daß jetzt deutsche Professoren hinübergehen und sich einmal ansehen, was es drüben gibt und was sie drüben lernen können?“²⁵²

Den Höhepunkt der Waldleiningener Konferenz bildete schließlich der Vortrag von Quincy Wright, Professor für Political Science in Chicago und damaliger Vorsitzender der American Political Science Association (APSA). Die Teilnahme Wrights belegt sowohl das große Interesse der deutschen Veranstalter an der Political Science in den Vereinigten Staaten, als auch umgekehrt das Interesse der APSA an den deutschen Bemühungen um die Verankerung der Politikwissenschaft als eigenständiger Universitätsdisziplin. Wright skizzierte im Rahmen seines Referates zunächst die historische Entwicklung und momentane Lage der „politischen Wis-

²⁴⁹ Ebd., S.31: „An der Umwandlung der Vereinigten Staaten aus einem geschlossenen Handelsstaat in eine Weltmacht hat die Verbreitung der politischen Wissenschaften vielleicht keinen ganz unwesentlichen Anteil.“

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Hierbei handelte es sich um folgende Referate: Horst Pommerening: Bericht über die Erfahrungen während eines Studienaufenthaltes bei der Bundesverwaltung der Vereinigten Staaten, in: Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen, S.113–116; Karl Loewenstein: Gastprofessuren an deutschen Universitäten und Hochschulen, in: ebd., S.117–120; sowie Quincy Wright: Gegenwartsfrage der politischen Wissenschaft in den Vereinigten Staaten, in: ebd., S.126–138.

²⁵² Loewenstein: Gastprofessuren an deutschen Universitäten, S.117.

senschaft“ in den USA, um abschließend nochmals explizit die weltpolitische Relevanz des Faches hervorzuheben:

„Es läßt sich behaupten, daß eine Vorbedingung des politischen Fortschritts auf Weltmaßstab in der Entwicklung und Vorbereitung der politischen Wissenschaft besteht; denn diese Wissenschaft hat eine Wirkung auf den menschlichen Geist, indem sie ihn zur Mäßigung und Toleranz mahnt und seine Bereitschaft fördert, sich mit Vertretern anderer Religionen, anderer Kulturen und Nationen in freundlicher und sachlicher Weise auseinanderzusetzen.“²⁵³

Selbstverständlich gab es in Waldleiningen auch kritische Stimmen, die sich gegen eine Dominanz der amerikanischen Political Science und eine generelle Überbewertung der Politikwissenschaft aussprachen.²⁵⁴ Eine Führungsrolle nahm hierbei der Erlanger Theologe und dortige Rektor Friedrich Baumgärtel ein, der quasi stellvertretend auch die damalige Haltung der Rektorenkonferenz in dieser Frage reflektierte. Statt der Etablierung einer eigenständigen Disziplin sprach sich Baumgärtel für den Ausbau der politischen Bildung im Rahmen bestehender Fächer, wie beispielsweise der Geschichtswissenschaft, aus. In den Augen des Erlanger Rektors richteten sich die Waldleiningener Bestrebungen, ein möglichst flächendeckendes Netz politikwissenschaftlicher Lehrstühle einzurichten, zweifelsohne gegen die Kompetenzen der Kultusbehörden und die Autonomie der Universitäten.²⁵⁵ Ferner wurde von Baumgärtel die Bedeutung des akademischen Austauschs mit den USA in einem – wie die Zukunft zeigen sollte – völlig falschen Licht gesehen:

„Wir werden es nicht so schaffen, daß wir drüben in Amerika Lehrer ausbilden, die hier bei uns dann das Politicum lehren. Täuschen Sie sich nicht. Die Wirkung wird genau die entgegengesetzte sein. Es wird eine Abwehrstimmung bei den Studenten einsetzen, und sie werden nicht ansprechbar sein, wenn wir es nicht aus eigener Sache entwickeln.“²⁵⁶

Die Abschlußresolution der Konferenz von Waldleiningen nahm jedoch auf derartige Einwände einer Minderheit keinerlei Rücksicht. Gemäß der Intention der Tagung wurde die Einbeziehung der politischen Wissenschaften in den universitären Studienplan sowie die Einrichtung entsprechender Lehrstühle empfohlen. Eine zwölfköpfige Kommission unter Vorsitz des hessischen Kultusministers Stein, der neben Otto Suhr und Theodor Eschenburg auch der Münchner Histori-

²⁵³ Wright: *Gegenwartslage der politischen Wissenschaft*, S. 138.

²⁵⁴ Zu den in Waldleiningen laut werdenden kritischen Stimmen vgl. Hans Karl Rupp: *Democratizing a Country and a Discipline: The (Re-)Establishment of Political Science as Political Education in West Germany after 1945*, in: Rainer Eisfeld/Michael Th. Greven/Hans Karl Rupp: *Political Science and Regime Change in 20th Century Germany*, New York 1996, S. 55–108, hier S. 84f.; Marsen: *Zwischen Reeducation und politischer Philosophie*, S. 29f.

²⁵⁵ Hierzu sagte Baumgärtel: „Es geht gegen den heiligen Geist der Wissenschaft, daß vielleicht hier in dieser Versammlung oder in einer Kommission, die sich gebildet hat, diktiert wird, daß etwa die Kultusministerien veranlaßt werden, in dieser Richtung Bestimmtes zu tun. Wir haben an unseren Universitäten einen Senat, und wir wollen selbst gestalten [...], und jeder Hochschule muß das Recht eingeräumt werden, es so zu machen, wie sie es vor ihrem wissenschaftlichen Gewissen verantworten kann.“ (Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung: *Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen*, S. 74.)

²⁵⁶ Ebd.

ker Franz Schnabel angehörte, erhielt den Auftrag, die Umsetzung der Waldleiningener Entschließung aktiv voranzutreiben.²⁵⁷

Von offizieller amerikanischer Seite zeigte man sich mit dem Verlauf und den Ergebnissen der Zusammenkunft durchaus zufrieden. In einem persönlichen Schreiben an den hessischen Ministerpräsidenten Christian Stock bedankte sich Hochkommissar John McCloy für die ausgezeichnete Organisation, die dazu beigetragen habe, „that this conference made a major contribution to German university education“.²⁵⁸ Zudem betonte der ranghöchste Repräsentant der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik die enorme Bedeutung, die der Politikwissenschaft für die Heranziehung einer demokratisch gebildeten Elite beizumessen sei und unterstrich damit das elementare Interesse seines Landes an einer nachhaltigen Etablierung dieser Disziplin.²⁵⁹

All das änderte vorerst jedoch nichts an der weiterhin ablehnenden Haltung der westdeutschen Rektoren, die sich einerseits von den Waldleiningener Beschlüssen bevormundet sahen und andererseits immer noch „starke Bedenken gegen das neue Fach und seinen amerikanischen Ursprung hegten“ (Bleek).²⁶⁰ Auf ihrer Sitzung am 2. März 1950 in Hannover sprach sich die WRK zwar für einen Ausbau der politischen Allgemeinbildung im Rahmen der bestehenden Disziplinen aus, gleichzeitig aber auch gegen jegliche Form von Pflichtvorlesungen oder Prüfungen, was eine selbstverständlich gleichberechtigte Verankerung der Politikwissenschaft in den universitären Fächerkanon ausschloß:

„Die Westdeutsche Rektorenkonferenz in Hannover hat sich anhand eines gründlichen und umfassenden Kommissionsberichts erneut mit der Frage der politischen Allgemeinbildung an deutschen Hochschulen beschäftigt. [...] Zur Erreichung der angestrebten Ziele ist die Hilfe der Kultusministerien unentbehrlich, besonders bei der Gewinnung ausländischer Gastprofessoren und geeigneter inländischer Lehrkräfte und Assistenten oder für Vorträge und Diskussionsreihen von Männern des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Die günstige Entwicklung könnte dagegen nur gestört werden durch Pflichtvorlesungen, Prüfungszwang und parteipolitische Gesichtspunkte bei der Auswahl der Lehrkräfte.“²⁶¹

Bereits zwei Wochen nach der Waldleiningener Konferenz fand vom 16. bis 18. März eine von der eben wiedereröffneten Hochschule für Politik veranstaltete Tagung zum Thema *Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung* in Berlin statt. Das gleichnamige Schlüsselreferat hielt der Heidelberger Soziologe Alfred Weber.

²⁵⁷ Vgl. den Entschließungstext und die Liste der eingesetzten Zwölferkommission ebd., S. 155f.

²⁵⁸ IfZ, OMGUS 3/160-3/29, Brief Hochkommissar John McCloy an Ministerpräsident Christian Stock, September 1949.

²⁵⁹ Vgl. ebd.: „An educated politically alert citizenry is one of the main foundations of free democratic live. It is my belief that universities and colleges have a major responsibility for leadership in building this foundation of political understanding in the community and that formal training in political science is a part of this responsibility. The resolutions of this conference including the recommendation that professorships in political science will be established, appear to be an important step toward achieving a noteworthy objective.“

²⁶⁰ Zum Widerstand der Rektorenkonferenz vgl. u. a. Mohr: Politikwissenschaft als Alternative, S. 111; Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 31; Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 266.

²⁶¹ Vgl. hierzu Neuhaus: Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, S. 40f.

In noch deutlicherer Form als in Waldleiningen wurde am Ende der DHfP-Tagung festgestellt, daß „die gegenwärtige deutsche Wirklichkeit [...] für diese politische Wissenschaft vordringlich die Errichtung eigener Forschungszentren, Lehrstühle und Arbeitsgemeinschaften an allen akademischen Bindungsanstalten, sowie die Entwicklung der Wissenschaft der Politik an eigenen Hochschulen [verlange].“²⁶² Kurz nach dieser Berliner Zusammenkunft sprach sich Mitte Juni 1950 auch die Kultusministerkonferenz einstimmig für die Einführung politikwissenschaftlicher Lehrstühle aus.²⁶³

Den wohl letztlich entscheidenden Durchbruch für die Einführung der Politikwissenschaft als eigenständiger Universitätsdisziplin brachte eine zweite, erneut von der hessischen Landesregierung veranstaltete Konferenz, die diesmal vom 15. bis 16. Juli 1950 in Königstein im Taunus stattfand.²⁶⁴ Wie in Waldleiningen wurde auch diese Veranstaltung zum größten Teil von der amerikanischen Hohen Kommission finanziert. Unter den insgesamt 88 Teilnehmern befanden sich elf ausländische Gäste aus den USA, Frankreich und England. Mit Karl Loewenstein, Franz L. Neumann, Carl J. Friedrich und Ferdinand A. Hermens handelte es sich bei fast der Hälfte der neun amerikanischen Teilnehmer um deutsche Exilanten.²⁶⁵ Das besondere amerikanische Gewicht schlug sich auch in dem Umstand nieder, daß die Konferenz nicht nur durch Kultusminister Stein und den Königsteiner Bürgermeister, sondern auch durch den neuen Vorsitzenden der APSA, den an der University of Michigan lehrenden James K. Pollock, eröffnet wurde. Neben den Grüßen seines Verbandes und der Zusage für weitere Unterstützungsmaßnahmen der APSA übermittelte Pollock in seiner kurzen Ansprache auch eine Einladung an „ein oder zwei Vertreter der deutschen politischen Wissenschaften, an unserer Jahrestagung in Washington“ teilzunehmen.²⁶⁶ Nach den Vorstellungen Pollocks sollten die deutschen Gäste im Anschluß an die Washingtoner APSA-Sitzung „einige unserer führenden Universitäten besuchen [...], um zu sehen, welche Rolle die Politik als Wissenschaft an unseren Colleges und Hochschulen sowie in unserer Regierung und Verwaltung spielt.“²⁶⁷ Pollocks Ausführungen illustrieren erneut die Patenfunktion der amerikanischen Political Science für die deutsche Politikwissenschaft in den ersten Nachkriegsjahren. Zweifelsohne sollte eine derartige

²⁶² BayHStA, MK 68768 (V 31957), Entschließung der Berliner Tagung über Politik und Wissenschaft am 18.3.1950. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Dokumente 111 und 112 in: FU Dokumentation I, S. 54f.

²⁶³ BayHStA, MK 65965, Protokoll zur Kultusministerkonferenz vom 15.6.1950 im Ländersaal zu Unkel/Rhein. In der dortigen Entschließung heißt es: „Die Errichtung planmäßiger Lehrstühle für Politik an den deutschen Hochschulen ist dringend erwünscht. Für ihre Besetzung sollten Persönlichkeiten gewonnen werden, die wissenschaftliches Ansehen mit politischer Erfahrung verbinden. Die Berufung muß nach den für die Besetzung planmäßiger Professoren geltenden Grundsätzen erfolgen; parteipolitische Gesichtspunkte müssen ausscheiden. Der Lehrstuhl wird derjenigen Fakultät zugeordnet, die der bisherigen wissenschaftlichen Arbeit des Inhabers am nächsten steht.“

²⁶⁴ Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung (Hg.): Über die Lehre und Forschung der Wissenschaft von der Politik. Gesamtprotokoll der Konferenz von Königstein im Taunus vom 15. bis 16.7.1950, Frankfurt am Main 1951.

²⁶⁵ Vgl. die Teilnehmerliste ebd., S. 149.

²⁶⁶ James K. Pollock: Begrüßung, in: ebd., S. 11f., hier S. 12 (Zitat).

²⁶⁷ Ebd., S. 11.

Einladung zur Professionalisierung, Internationalisierung und inneruniversitären Legitimierung der jungen Disziplin in der Bundesrepublik beitragen.

Eine entsprechende Zielsetzung verfolgten auch die am Ende der Königsteiner Konferenz getroffenen Beschlüsse. Neben der Forderung nach einem politikwissenschaftlichen Promotionsstudiengang und der Festlegung auf die Fachbezeichnung „Wissenschaft von der Politik“ sollte die bereits in Waldleiningen vorgeschlagene Gründung eines eigenen Fachverbandes die professionelle Grundlage für die neue Disziplin bilden.

„Die Tagung hält es für notwendig, eine Vereinigung zu bilden, deren Aufgabe es sein soll, einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern der Wissenschaft von der Politik und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens herzustellen und die planmäßige Zusammenarbeit über die Aufgabe der politischen Wissenschaften zu fördern. Sie hat einen Arbeitsausschuß gebildet, der Klarheit über die geeignetste Organisation schaffen und die Gründung dieser Vereinigung vorbereiten soll.“²⁶⁸

Tatsächlich kam es bereits acht Monate später, am 10. Februar 1951, ebenfalls in Königstein zur Gründung der „Deutsche(n) Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ nach dem Vorbild der amerikanischen APSA.²⁶⁹ Doch der in Königstein angestoßene Professionalisierungsprozeß ging noch weiter. Eine wichtige Station auf dem Weg zur Etablierung der Disziplin bildete seit 1954 die Wiederherausgabe der „Zeitschrift für Politik“ (ZfP) als wissenschaftliche Fachzeitschrift.²⁷⁰ Auch in diesem Zusammenhang übernahm die „American Political Science Review“ eine Vorbildfunktion. Schließlich trat im Jahre 1960 die „Politische Vierteljahresschrift“ (PVS) als zweites politikwissenschaftliches Publikationsorgan hinzu.²⁷¹ Und bereits ein Jahr zuvor, 1959, hatte die anfangs uneinheitliche und damit etwas verwirrende Fachbezeichnung (Wissenschaft von der Politik, Politische Wissenschaften, Politische Wissenschaft, Politologie etc.) durch die Umbenennung des Fachverbandes in „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“ (DVPW) zumindest ein vorläufiges Ende gefunden.²⁷²

Wilhelm Bleek hat darauf hingewiesen, daß es nach den Gründungskonferenzen von Waldleiningen und Königstein allerdings noch eines weiteren Jahrzehnts bedurfte, bis schließlich alle der damals 18 Universitäten und Technischen Hochschulen in der Bundesrepublik über mindestens einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl verfügten.²⁷³ In dieser Konstituierungsphase spielten – wie schon erwähnt – Emigranten eine herausragende Rolle. So übernahmen mit dem ehemaligen

²⁶⁸ Vgl. den Wortlaut der EntschlieÙung ebd., S. 144 (Zitat), hier besonders Punkt 5.

²⁶⁹ Zur Gründungsgeschichte vgl. Hans-Joachim Bloch: Die (deutsche) Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik, in: Zeitschrift für Politik N.F. I (1954), S. 190f.; Arndt: Die Besiegten, S. 186ff., Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 69f.; ders.: Politikwissenschaft als Alternative, S. 164ff., Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 271–275.

²⁷⁰ Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 72f.

²⁷¹ Vgl. Otto Heinrich von der Gablentz: Geleitwort, in: Politische Vierteljahresschrift 1 (1960), S. 2f.; Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 72f.

²⁷² Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 275 und S. 301f. Im Jahre 1983 kam es wegen Unstimmigkeiten innerhalb der DVPW zu einer Teilung der Fachvereinigung und zur Abspaltung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP). Vgl. ebd., S. 363f.

²⁷³ Ebd., S. 267.

Reichskanzler Heinrich Brüning (1951: Universität Köln), Ernst Fraenkel (1952: FU Berlin), Arnold Bergstraesser (1954: Universität Freiburg), Carl J. Friedrich (1954: Universität Heidelberg), Ferdinand A. Hermens (1955: Universität Köln) und Eric Voegelin (1958: Universität München) Remigranten aus den USA wissenschaftsstrategisch bedeutsame Lehrstühle an deutschen Universitäten, die sich binnen kürzester Zeit, wie besonders im Fall von Freiburg, Heidelberg und München, zu regelrechten politikwissenschaftlichen Schulen bzw. zu bedeutenden Zentren politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre entwickeln sollten.²⁷⁴

Zu diesen „Gründungsvätern“ traten Persönlichkeiten wie Franz L. Neumann, der – obgleich hauptberuflich weiterhin an der Columbia University lehrend – mit voller Kraft den Ausbau der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik förderte.²⁷⁵ Ihm verdankte speziell die Westberliner Politikwissenschaft ihren rasanten Aufstieg. Als Verbindungsmann der Ford-Foundation hatte sich Neumann massiv für die Förderung nicht nur der DHfP, sondern auch des 1950 an der FU gegründeten Instituts für Politische Wissenschaft (IfPW) eingesetzt, dem von 1951 bis 1954 mit Arcadius R. Gurland ebenfalls ein aus dem Exil zurückkehrender Politologe vorstand.²⁷⁶ Neumann war sich über die strategische Bedeutung der Politikwissenschaft gerade im geteilten Berlin stets bewußt gewesen.²⁷⁷ Auf seine Empfehlung hin erhielt das IfPW von der Rockefeller-Foundation eine Anschubfinanzierung in Höhe von 50000 Dollar zugesprochen. Weitere hohe Beträge seitens der Ford-Foundation und der amerikanischen Hohen Kommission sollten folgen.²⁷⁸ Im Juli 1958 konnte dann der von Neumann angestrebte Zusammenschluß der DHfP und des IfPW zum Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität vollzogen werden.²⁷⁹ Mit Ossip K. Flechtheim (1959) und Richard Löwenthal (1962) erhielten zwei weitere Remigranten aus den USA einen Ruf nach Berlin.²⁸⁰ Das Resultat dieser von Neumann angestoßenen und von Ernst Fraenkel weitergeführten Entwicklung läßt sich eindrucksvoll in Zahlen ausdrücken: Von den 24

²⁷⁴ Vgl. Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 183–292.

²⁷⁵ Zur Biographie Neumanns vgl. besonders Alfons Söllner: Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie, in: Franz L. Neumann: Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954, Frankfurt am Main 1978, S. 7–56.

²⁷⁶ Zur Gründungsgeschichte des IfPW der FU Berlin vgl. Otto Stammer: Zehn Jahre Institut für Politische Wissenschaft, in: ders. (Hg.): Politische Forschung. Beiträge zum zehnjährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, Köln/Opladen 1960, S. 175–211; Tent: Freie Universität Berlin, S. 252–257. Zu Arcadius R. Gurlands Wirken in Berlin siehe Hubertus Buchstein: Verpaßte Chance einer kritischen Politikwissenschaft? A. R. L. Gurlands Gastspiel in Berlin 1950–1954, in: Exilforschung 9 (1991), S. 128–145.

²⁷⁷ Seine Vorstellungen über Aufbau und Funktion der Berliner bzw. westdeutschen Politikwissenschaft formulierte Neumann programmatisch im Rahmen eines in Berlin gehaltenen Vortrags: Franz L. Neumann: Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie (1950), in: ders.: Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 373–400. Zur besonderen Bedeutung der Politikwissenschaft im geteilten Berlin vgl. auch Stammer: Zehn Jahre Institut für Politische Wissenschaft, S. 176f.

²⁷⁸ Vgl. Tent: Freie Universität Berlin, S. 254.

²⁷⁹ Zu Neumanns Engagement für die Westberliner Politikwissenschaft ebd., S. 252–256, sowie Söllner: Deutsche Politikwissenschaftler, S. 283–286.

²⁸⁰ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 286 (Flechtheim) und S. 328 (Löwenthal).

politikwissenschaftlichen Lehrstühlen, die bis 1960 an den westdeutschen Universitäten eingerichtet worden waren, entfielen allein zehn auf die Freie Universität Berlin.²⁸¹ Damit nahm die FU, gemäß den oben schon erläuterten amerikanischen Zielsetzungen, im Fach Politikwissenschaft nicht nur eine „Vorhutstellung“ (Bleek) innerhalb der Bundesrepublik, sondern sogar eine „mitteleuropäische Führungsrolle“ (Tent) ein.²⁸² In seiner Berliner Gedenkrede für den am 2. September 1954 bei einem Autounfall in der Schweiz tödlich verunglückten Neumann hob Ernst Fraenkel dessen herausragende Verdienste für die deutsche Politikwissenschaft hervor:

„Die Wiedererweckung eines freien akademischen Lebens im freien Berlin, die praktische Hilfe, die geistige Unterstützung, die er unseren Hochschulen hat angedeihen lassen, stellte die Krönung seines Lebens dar. [...]. Wenn es heute ein blühendes akademisches Leben in Berlin, wenn es hoffnungsvolle Ansätze zu einer politischen Wissenschaft in Deutschland gibt, verdanken wir dies nicht zuletzt der Einsicht, dem pädagogischen Eros des Mannes, den zu ehren wir uns heute versammelt haben.“²⁸³

Neumann selbst hatte sich 1952 in ganz ähnlicher Weise über den Einfluß deutscher Emigranten auf die wissenschaftliche Nachkriegsentwicklung in Deutschland geäußert:

„Der Deutsche Gelehrte, der zu einem Besuch nach Deutschland zurückkehrt, wird unvermeidlich in die Debatte um die deutsche Hochschulreform hineingezogen. Wenig ist getan worden, um Geist und Struktur der deutschen Universitäten zu reformieren [...]. Und das Wenige, was getan wurde, ist in hohem Maße zurückgekehrten Emigranten und amerikanischen Besuchern, [...], ihrer Aufmerksamkeit, ihrem Interesse für die Studenten und ihrer geschärften Beachtung der politischen und sozialen Realitäten zu verdanken.“²⁸⁴

Die tragende Rolle der Remigranten und deutschen Exil-Politologen, sei es als Teilnehmer (im Auftrag der US-Regierung) an entscheidenden Konferenzen, als erste Lehrstuhlinhaber ihres Faches an deutschen Universitäten, als Gastprofessoren oder als Wissenschaftsorganisatoren während der Gründungs- und Konstituierungsphase der deutschen Politikwissenschaft steht somit außer Frage.²⁸⁵ Unklar bleibt noch, welchen Einfluß die in den USA gesammelten Erfahrungen auf diese Gründergeneration und damit auch auf die Entwicklung des Faches in der Bundesrepublik tatsächlich hatten. Zweifelsohne hinterließen die Jahre des Exils sowohl bei denjenigen, die sich nach 1945 entschlossen hatten, nach Deutschland zurückzukehren, als auch bei denen, die weiterhin in den Vereinigten Staaten blieben, tiefe Spuren. Dies gilt für den Kontakt mit der amerikanischen Demokratie, Kultur und Gesellschaft ebenso wie für die Berührung mit dem amerikanischen Universitäts- und Wissen-

²⁸¹ Ebd., S. 313.

²⁸² Ebd., S. 288; Tent: Freie Universität Berlin, S. 256.

²⁸³ Fraenkel: Gedenkrede auf Franz L. Neumann, S. 168.

²⁸⁴ Franz L. Neumann: Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft (1952), in: ders.: Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 421f.

²⁸⁵ Die besondere Rolle der Emigranten im Rahmen des Wieder Gründungsprozesses der westdeutschen Politikwissenschaft wird u. a. betont bei M. Rainer Lepsius: Die sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen, in: Günther Lüschen (Hg.): Deutsche Soziologie seit 1945, Opladen 1949, S. 459f., und Söllner: Deutsche Politikwissenschaftler, S. 273–288.

schaftsbetrieb.²⁸⁶ Die persönlichen Erfahrungen der Exilzeit beeinflussten freilich auch das Wirken der Rückkehrer als akademische Lehrer und Wissenschaftler. In diesem Zusammenhang kam es häufig zur Verschmelzung „deutscher Traditionsstränge mit westlich-atlantischen Elementen des Wissenschaftsverständnisses“.²⁸⁷ Spürbar wurde der zunächst durch die aus dem Exil zurückgekehrten Politologen vermittelte und auch in der Folgezeit wirksame methodische Einfluß der amerikanischen Political Science vor allem im Rahmen der stark empirisch-analytisch und quantitativ ausgerichteten Demokratie- bzw. Wahlforschung sowie auf dem Gebiet der vergleichenden Regierungslehre, den internationalen Beziehungen und der sogenannten Regionenforschung (Area Studies).²⁸⁸

Gerade im Hinblick auf diese – in mehr oder weniger freier Anlehnung an das amerikanische Vorbild übernommen²⁸⁹ – politikwissenschaftlichen Sonderdisziplinen blieb der deutsche Blick auch in den Folgejahren auf die methodischen Entwicklungen in den USA gerichtet, obgleich die deutsche Politikwissenschaft im Laufe der Zeit ein immer eigenständigeres Profil gewann. Beispielsweise verwies Arnold Bergstraesser in einem zu Beginn der 1960er Jahre erschienenen Aufsatz zum Thema *Internationale Politik als Zweig der Politischen Wissenschaft* auf die zentrale Bedeutung amerikanischer Fachzeitschriften: „Die Veröffentlichungen, die von amerikanischer Seite auf diesem Gebiet periodisch erfolgen, sind heute unentbehrlich für die Disziplin.“²⁹⁰ Umgekehrt kam es auch auf der Mikroebene kommunalpolitisch angelegter Studien zur Adaption amerikanischer Methoden und Fragestellungen durch die deutsche Politikwissenschaft. „Die Übernahme von community-power-Ansätzen aus den USA“, so Thomas Ellwein, „führte zum Import der dortigen methodischen und theoretischen Auseinandersetzungen, mit dem sich u. a. die ‚Entscheidung‘ (decisionmaking) profilierte, und zum Einbringen demokratie-theoretischer Fragestellungen in lokale Politikstudien.“²⁹¹ In ähnlicher Form konstatierte Jürgen Hartmann, daß „der Parteienforschung in der Bundesrepublik [...] durch die Rezeption funktionalistischer Ansätze der Parteienanalyse in den USA der Weg geebnet worden [sei]“, während von Manfred Küchler die „enge konzeptionelle und methodische Ahnlehnung der bundesdeutschen Wahlforschung an die US-amerikanische“ betont wurde.²⁹² Überhaupt ist der Bezug auf die „Vorbildfunktion“ der amerikanischen Political Science gerade in solchen Arbeiten deutlich spürbar, die sich den theoretischen und methodischen

²⁸⁶ Vgl. hierzu Gerhard Göhler: Einleitende Bemerkungen zum Kontinuitätsproblem, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 12f., sowie Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 283.

²⁸⁷ So Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?, S. 69.

²⁸⁸ Vgl. hierzu die einzelnen Aufsätze in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

²⁸⁹ Vgl. Hans Maier: Zur Lage der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: VfZ 10 (1962), S. 228f.

²⁹⁰ Arnold Bergstraesser: Internationale Politik als Zweig der Politischen Wissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, S. 107.

²⁹¹ Thomas Ellwein: Deutsche Innenpolitik, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 183.

²⁹² So Jürgen Hartmann: Vergleichende Regierungslehre, in: ebd., S. 169 (Zitat), und Manfred Küchler: Wahl und Surveyforschung, in: ebd., S. 194 (Zitat).

Grundlagen sowie den verschiedenen Teilgebieten der Politikwissenschaft widmen. Nicht immer muß dabei die bereits erfolgte oder erst geforderte Adaption amerikanischer Methoden und Fragestellungen im Vordergrund stehen. Ganz im Gegenteil läßt sich auch die bewußte Betonung von Unterschieden zur Forschungspraxis in den Vereinigten Staaten als ein indirektes, aber nicht minder deutliches Indiz dafür interpretieren, in welchem ausgeprägtem Maße die amerikanische Political Science als positiver wie negativer Referenzpunkt für die deutsche Politikwissenschaft mehr oder weniger bis heute fungiert.²⁹³

Neben entsprechenden methodischen Anleihen wurden auch thematische Einflüsse wirksam. Durch ihre demokratiepolitische Modellfunktion und ihre unangefochtene Rolle als *die* westliche Führungsmacht bildeten die Vereinigten Staaten zudem selbst den Untersuchungsgegenstand politikwissenschaftlicher Studien. Ein Blick in die Publikationsverzeichnisse der Gründergeneration und deren Schüler bestätigt dies.²⁹⁴ Gerade in den Arbeiten Friedrichs und Fraenkels werden immer wieder die Bemühungen deutlich, deutsches und amerikanisches politisches Denken in Beziehung zueinander zu setzen bzw. bestimmte Aspekte des amerikanischen Demokratieverständnisses in die Bundesrepublik zu transferieren.²⁹⁵ In einem 1997 erschienenen Aufsatz über seinen 1975 verstorbenen Lehrer Ernst Fraenkel hat der Hamburger Politikwissenschaftler Winfried Steffani auf diese Vermittlungsfunktion hingewiesen:

„Da [...] Fraenkel in den USA wesentlich Neues meinte eindringlicher begriffen zu haben und zudem noch dessen Staatsbürger geworden war, lag ihm besonders daran, seine deutschen Hörer und Studenten mit der Geschichte, den Verfassungsgrundsätzen und dem politischen Denken des amerikanischen Regierungssystems vertraut zu machen. Unter all seinen mannigfachen Lehrveranstaltungen zum politischen Denken und Handeln in den politischen Systemen der ‚westlichen Welt‘, waren für mich – und möglicherweise nicht nur für mich – die zum amerikanischen Regierungssystem im weitesten Sinne die weitaus ergiebigsten und potentiell bedeutendsten.“²⁹⁶

Eine ähnliche Bedeutung wies 1964 auch der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger in seiner Freiburger Gedenkrede auf den verstorbenen Arnold Bergstraesser dessen Zeit im amerikanischen Exil zu:

„Bei allem Leid, das ihm die Verbannung [...] durch die nationalsozialistischen Machthaber brachte, schenkten ihm die Jahre der Emigration in Amerika außerordentliche Bereicherung – Jahre, ohne die er nicht der Mann der politischen Wissenschaft und der politische Erzieher geworden wäre, als den wir ihn kennen, achten, bewundern und lieben.“²⁹⁷

²⁹³ Vgl. exemplarisch die Aufsätze in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, sowie die entsprechenden Verweise bei Dietmar Schössler: Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik, in: Jürgen Bellers (Hg.): Politikwissenschaft in Europa, Münster 1990, S. 37–51.

²⁹⁴ Vgl. das Kapitel „Neue Lehr- und Forschungsgebiete“ bei Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 325–335.

²⁹⁵ Vgl. ebd., S. 298, sowie Udo Bernbach: Zur Entwicklung und zum Stand der politischen Theoriengeschichte, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 145.

²⁹⁶ Winfried Steffani: Ernst Fraenkel als Persönlichkeit, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 7 (1997), S. 1261–1285, hier S. 1270 (Zitat).

²⁹⁷ Kurt Georg Kiesinger: Zum 68. Geburtstag von Arnold Bergstraesser. Ansprache bei der Gedenkfeier der Universität Freiburg am 14.7.1964, in: Freiburger Universitätsblätter 7 (1965), S. 29.

Obleich der Begründer der normativ-ontologisch ausgerichteten Freiburger Schule selbst zu Lebzeiten nicht müde geworden war, darauf hinzuweisen, daß es sich im Fall der Politikwissenschaft um keine „aus Amerika importierte Disziplin“ (Gerhard Ritter) handle, zeigte sich Bergstraesser doch immer wieder von der praktischen Dimension der amerikanischen Political Science tief beeindruckt. Aus diesem Grunde bezeichnete er beispielsweise die massive Förderung des politikwissenschaftlichen Teilgebiets der International Relations in den USA als „eindrucksvolles Beispiel vorausschauender Wissenschaftspolitik“.²⁹⁸ Konsequenterweise war Bergstraesser bis zu seinem Tod auch selbst an der Gründung und Förderung zahlreicher außeruniversitärer Vereinigungen und Institute beteiligt, wie z. B. der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien, der politischen Akademien in Tutzing und Eichstätt, dem Forschungsinstitut der Gesellschaft für auswärtige Politik in Frankfurt, der Freiburger Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschung e.V. sowie der Stiftung Wissenschaft und Politik.²⁹⁹ Horst Schmitt hat diesbezüglich darauf hingewiesen, daß „besonders die systematische Gründung außeruniversitärer, in Abteilungen untergliederter Forschungsinstitute den nachhaltigen Einfluß der amerikanischen Emigrationsjahre“ bei Bergstraesser zeige.³⁰⁰ Dennoch gelang es der deutschen Politikwissenschaft nicht, als politikberatende Disziplin eine der Political Science in den USA vergleichbare Position einzunehmen.³⁰¹

Daß neben solch methodisch-thematischen Aspekten auch die institutionelle Organisation der westdeutschen Politikwissenschaft starken amerikanischen Einflüssen ausgesetzt war, belegt beispielhaft das 1958 gegründete Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Der strukturelle Aufbau dieses interfakultativen Instituts orientierte sich am Vorbild amerikanischer Hochschul-Departments.³⁰² Neben der konkreten teildisziplinären Aufteilung der einzelnen politikwissenschaftlichen Lehrstühle schlug sich diese Anlehnung an amerikanische Organisationsprinzipien auch in der kollegialen Leitung des OSI durch eine gemeinsame Institutsversammlung nieder, der neben den Ordinarien auch jeweils zwei Vertreter der beteiligten Fakultäten und der Studentenschaft (allerdings ohne Stimmrecht) angehörten. Das

²⁹⁸ Arnold Bergstraesser: Prinzip und Analyse in der amerikanischen wissenschaftlichen Politik, in: Jahrbuch für Amerikastudien 3 (1958), S. 13.

²⁹⁹ Horst Schmitt: Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zum politischen Forschungsprogramm der Freiburger Schule 1954-1970, Baden-Baden 1995, S. 90f.

³⁰⁰ Ebd., S. 91. Vgl. zudem Horst Schmidt: Die Freiburger Schule 1954-1970. Politikwissenschaft in „Sorge um den neuen Staat“, in: Bleek/Lietzmann: Schulen in der deutschen Politikwissenschaft, S. 219-230.

³⁰¹ Vgl. Christine Landfried: Politikwissenschaft und Politikberatung, in: von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 100-115.

³⁰² Über die Vorteile einer derart interfakultativ angelegten Organisationsform nach amerikanischen Vorbild schreibt Maier: Lage der Politischen Wissenschaft, S. 245: „Nicht nur das Beispiel der in Form integrierender ‚Departments‘ angelegten amerikanischen Politischen Wissenschaft, sondern auch die in Deutschland seit der Einführung des Fachs gewonnenen Erfahrungen lassen daher den [...] Status des Fachs mit interfakultativen Lehr- und Prüfungsordnungen [...] als Gewinn gegenüber der strikten Einordnung in einen festumrissenen Fächerzusammenhang erscheinen.“

neue an dieser Verwaltungsform im Unterschied zu den „alten“ Institutsverfassungen war, daß der aus der Gruppe der Lehrstuhlinhaber turnusmäßig für ein Jahr gewählte geschäftsführende Direktor den beinahe „allmächtigen“ Institutsleiter traditioneller Prägung ablöste, was – durchaus auch im Sinne amerikanischer Reformvorstellungen der Nachkriegszeit – zu einer gewissen Demokratisierung des traditionellen Institutsbetriebs beitrug.³⁰³

Vergleichbare „Amerikanisierungstendenzen“ lassen sich auch für andere politikwissenschaftliche Institute und Lehrstühle in der Bundesrepublik beobachten. Exemplarisch sei im folgenden auf die Entwicklungsgeschichte der Politikwissenschaft an der Münchner LMU eingegangen. An der damals größten westdeutschen Universität wurde erst 1958 ein eigenes Ordinariat für Politikwissenschaft eingerichtet, zu einem Zeitpunkt also, an dem der disziplinäre Ausbau in Berlin mit dem OSI bereits in eine neue Phase einzutreten begann. Erste Bemühungen, den an der Louisiana State University lehrenden Eric Voegelin auf einen Lehrstuhl für Amerikanistik nach München zu berufen, waren im Sommer 1952 gescheitert.³⁰⁴ Im Frühjahr 1958 nahm Voegelin schließlich das Angebot an, den bislang vakant gebliebenen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften zu übernehmen. Dabei scheinen besonders „Voegelins umfassende Kenntnisse der USA“ für dessen Berufung mitausschlaggebend gewesen zu sein.³⁰⁵ Nach Hans Maier verband Voegelin mit seinem Wechsel an die Isar die Vorstellung, „in München ein repräsentatives Institut, ein Parallel- oder sogar gegengewichtiges Institut zum OSI in Berlin zu errichten“.³⁰⁶ Wie in Berlin sollte auch das neue Münchner Institut ursprünglich nach dem Vorbild amerikanischer Departments aufgebaut werden. Dieses Organisationsmodell schien Voegelin aufgrund seiner Erfahrungen in den USA einerseits die besten Forschungs- und Lehrbedingungen zu garantieren, andererseits aber auch amerikanische Stiftungen dahingehend zu motivieren, sich verstärkt finanziell und materiell am Aufbau des Münchner Instituts zu beteiligen. So betonte Voegelin im Januar 1959 gegenüber Shepard Stone, dem für die Auslandshilfe zuständigen Direktor der Ford-Foundation, daß seine Hauptaufgabe in München momentan darin bestehe, „to organize the equivalent of an American Department of Political Science, as well as an Institute with a library and the necessary seminar rooms“.³⁰⁷ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Voegelin zwar darum bemüht war, amerikanische Verhältnisse in München einzuführen, gleichzeitig aber seinen Wechsel nach Bayern auch damit begründete, dort attraktivere Arbeitsverhältnisse und besser ausgebildete Studenten als in Baton Rouge vorzufinden.³⁰⁸

³⁰³ Vgl. u. a. Stammer: Zehn Jahre Institut für Politische Wissenschaft, S. 186f., sowie Eberhard Mannigel: Das Otto-Suhr-Institut an der FU Berlin. Modell für inter fakultative Institute, in: DUZ 8 (1962), S. 27–30.

³⁰⁴ Vgl. BayHStA, MK 69715 (Nr. V 63843), Schreiben Prof. Rheinfelders an das Rektorat der Universität München vom 17.9.1952. Zum Scheitern der Verhandlungen vgl. auch Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 110–116.

³⁰⁵ Ebd., S. 143.

³⁰⁶ Zitiert nach ebd., S. 158.

³⁰⁷ BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Shepard Stone vom 12. 1. 1959.

³⁰⁸ BayHStA, MK 69319, Schreiben Eric Voegelins an Kultusminister Rucker vom 25. 8. 1956. Vgl. diesbezüglich auch Voegelin: Autobiographische Reflexionen, S. 109f.

In einem 1959 verfaßten Memorandum zur geplanten Entwicklung des Münchner Instituts erläuterte Voegelin den künftig abzudeckenden Gegenstandsbereich am Beispiel der „Spezialisierungen [...], wie sie im Vorlesungsprogramm eines amerikanischen Political Science Departments mittlerer Größe zu finden ist“.³⁰⁹ Sowohl die Staatswirtschaftliche Fakultät, an der das Institut angesiedelt werden sollte, als auch das Kultusministerium müßten entscheiden, „ob die Politische Wissenschaft mit einem sinnvollen Minimum im Universitätsbetrieb entwickelt werden, oder ob die an sich sehr erfreulichen Anfänge in Sand verlaufen sollen“.³¹⁰

Voegelin war sich darüber im klaren, daß der von ihm geplante Ausbau der Münchner Politikwissenschaft ohne amerikanische Hilfe nicht möglich sein werde. Dies galt in erster Linie in finanzieller und materieller Hinsicht, weshalb Voegelin unablässig bei amerikanischen Stiftungen und Organisationen um Unterstützung warb. Und auch auf personeller Ebene bestand in München akuter Nachholbedarf.³¹¹ So bemühte sich Voegelin auf seinen zahlreichen Reisen in die USA, Gastprofessoren für München zu gewinnen. Während eines solchen Aufenthalts an der University of Notre Dame in Indiana im Herbst 1960 berichtete Voegelin dem im bayerischen Kultusministerium für Hochschulfragen zuständigen Ministerialdirektor Johannes von Elmenau, daß es ihm möglicherweise gelingen werde, drei renommierte amerikanische Politikwissenschaftler für jeweils ein Jahr nach München zu holen.³¹² Mit seinem kurzen Bericht aus den USA, so Voegelin in seinem Schreiben abschließend, wolle er deutlich machen, „welche außerordentliche Hilfe wir von amerikanischer Seite bekommen, um die Politischen Wissenschaften in München in Gang zu bringen. Nur durch das Ineinandergreifen dieser Hilfe mit dem vom Ministerium zur Verfügung gestellten Mittel ist der Aufbau in der geplanten Form möglich.“³¹³ Und noch im September 1961 vertrat Voegelin gegenüber von Elmenau die Ansicht, daß „das Institut für Politische Wissenschaften in München auf Jahre hinaus auf die Hilfe amerikanischer Gastprofessoren angewiesen [sein werde]“.³¹⁴

³⁰⁹ BayHStA, MK 69352, Memorandum Eric Voegelins betreffend „Die Entwicklung der Politischen Wissenschaften an der Universität München“ vom 20.10.1959.

³¹⁰ Ebd.

³¹¹ Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S.167f. Vgl. in diesem Zusammenhang auch BayHStA, MK 69352, Schreiben Voegelins an Ministerialdirigent Johannes von Elmenau vom 8.11.1964: „Die Hilfe der Ford-Foundation, falls sie gewährt wird, würde sich nach der bisherigen Unterhaltung [mit Shepard Stone, S. P.] auf zwei Punkte erstrecken: a) weitere Bibliotheksmittel; b) die Dotierung einiger Stellen, auf drei bis fünf Jahre, mit Wissenschaftlichen Rats- und Professorengehältern.“

³¹² BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Johannes von Elmenau vom 1.11.1960. In seinem Antwortschreiben auf Voegelins Brief vom 1.11. drückte von Elmenau dem Münchner Ordinarius sein Bedauern darüber aus, daß dieser „nach wie vor auf intensive Förderung durch Fulbright, amerikanische Stiftungen, Gastprofessuren und sonstige Behelfe angewiesen“ sei (BayHStA, MK 69352, Schreiben Johannes von Elmenaus an Eric Voegelin vom 11.11.1960).

³¹³ BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Johannes von Elmenau vom 1.11.1960.

³¹⁴ BayHStA, MK 69542, Schreiben Eric Voegelins an Johannes von Elmenau vom 29.9.1961.

Diese Einschätzung war kein Münchner Spezifikum; ähnliches galt auch für andere politikwissenschaftliche Lehrstühle und Institute in der Bundesrepublik.³¹⁵ In diesem Kontext sollte zudem nicht vergessen werden, daß mit der Tätigkeit amerikanischer Gastprofessoren ein ständiger Zustrom amerikanischer Methoden und Fragestellungen in den deutschen Wissenschaftsbetrieb gewährleistet war, der entsprechende Auswirkungen auf die akademische Prägung des Nachwuchses im Fach Politikwissenschaft mit sich brachte. Überhaupt war die Nachwuchsfrage ein Problem, dem sich die deutsche Politikwissenschaft seit Beginn der 1960er Jahre zu stellen hatte. Wer würde nach den Gründungsvätern das politikwissenschaftliche Ruder an den Hochschulen übernehmen? „Das Personal für die Entfaltung der Politischen Wissenschaften“, so Voegelin im Jahre 1959, „ist nicht vorhanden, sondern muß erst herangezogen werden. [...] Günstigenfalls wird dieser Prozeß eine Generation erfordern, bevor nennenswerte Resultate sichtbar werden.“³¹⁶ Um den wissenschaftlichen Horizont des Nachwuchses nachhaltig zu erweitern, wurde dieser – wenn irgend möglich – in das Zentrum moderner Politikwissenschaft, sprich in die Vereinigten Staaten geschickt.³¹⁷ In München führte Voegelin für seine Assistenten sogar ein „unerläßliches“ Ausbildungsjahr in Amerika ein.³¹⁸ Er selbst hatte Mitte der 1920er Jahre mit einem Stipendium der Rockefeller-Foundation an der Columbia University, in Harvard, Wisconsin und Yale studiert. „Diese zwei Jahre in Amerika“, wie der Münchner Ordinarius rückblickend bemerkte, „brachten den großen Durchbruch in meiner intellektuellen Entwicklung. [...] Ich wurde überwältigt von einer Welt, deren Existenz ich bis zu diesem Zeitpunkt kaum wahrgenommen hatte“.³¹⁹

Nun sollte die Schülergeneration ihrerseits eigene USA-Erfahrungen sammeln, die selbstverständlich unter völlig anderen Rahmenbedingungen stattfanden als zur Zeit ihrer zumeist aus Deutschland geflüchteten Lehrer. Gleich geblieben war jedoch die Faszination für dieses Land, das für viele junge Deutsche, die nach dem fatalen Einschnitt des Zweiten Weltkrieges erstmals die USA bereisten, wie eine neue Welt erschien.³²⁰ Für Helga Haftendorn, im Studienjahr 1955/56 deutsche Fulbright-Stipendiatin in den USA und später Ordinaria für Politische Wissen-

³¹⁵ Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 65.

³¹⁶ BayHStA, MK 69352, Memorandum Eric Voegelins betreffend „Die Entwicklung der Politischen Wissenschaften an der Universität München“ vom 20. 10. 1959, S. 3.

³¹⁷ Zur Bedeutung derartiger Studienaufenthalte in den USA siehe Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 353: „Bei aller Vielfalt ihrer Themengebiete, welche die Ausdifferenzierung der Politikwissenschaft in den sechziger Jahren widerspiegelte, war ihnen doch gemeinsam, ihren Gegenstand nicht nur inhaltlich darzustellen, sondern gleichermaßen theoretisch zu durchdringen, unter Rekurs sowohl auf die Kritische Theorie als auch auf die von ihnen bei Studienaufenthalten in den USA erfahrenen systemtheoretischen Ansätze, um auf diese Weise ‚zur Entwicklung eines kritischen Bewußtseins in der Öffentlichkeit‘ beizutragen.“

³¹⁸ BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Johannes von Elmenau vom 8. 8. 1963.

³¹⁹ Vgl. hierzu das Kapitel „Amerikanische Einflüsse“ in Voegelin: Autobiographische Reflexionen, S. 46–51, Zitat S. 46.

³²⁰ Vgl. zum Aspekt der „Erfahrung“ auch Kapitel V.

schaften an der FU Berlin, wurde „Amerika zum ‚Land of Opportunity‘.“³²¹ Und auch noch Jahre später, als Haftendorn selbst als junge Gastprofessorin an amerikanischen Universitäten lehrte, erwiesen sich die in den Vereinigten Staaten gesammelten akademischen und privaten Erfahrungen als äußerst prägend.³²²

Für viele deutsche Nachwuchspolitologen strahlten die andersartigen Arbeitsbedingungen und Karrieremöglichkeiten an amerikanischen Universitäten einen besonderen Reiz aus. In der Bundesrepublik boten sich dagegen um 1960 noch eher düstere Karriereperspektiven. Bei einer beinahe Verfünfachung der bundesweiten Studenten- und damit auch Absolventenzahlen im Fach Politikwissenschaft zwischen 1960 und 1965 (von 316 auf 1496) hatte sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der Lehrstühle an den 18 Universitäten von 24 auf 51 Ordinariate lediglich etwas mehr als verdoppelt.³²³ Plötzlich stand die Gefahr eines politikwissenschaftlichen „Brain Drain“ in die Vereingten Staaten im Raum. Eine fast paradoxe Situation war eingetreten, die zu lösen in erster Linie in den Händen des Staates lag, wie Voegelin 1963 in einem Brief an Ministerialdirigent von Elmenau ausdrücklich betonte:

„Bei Gelegenheit unserer letzten Unterhaltung habe ich unter anderem darauf hingewiesen, daß die Assistenten unseres Instituts für Politische Wissenschaften so gründlich durchgebildet und so tüchtig sind, daß sie anfangen international konkurrenzfähig zu werden; daß daher die Gefahr besteht, daß sie nach Amerika abwandern, wenn ihnen keine entsprechenden Positionen und Wirkungsmöglichkeiten in München geboten werden – und das wäre ja nicht gerade der Zweck, zu dem das Ministerium die Entfaltung der Politischen Wissenschaft in München so generös gefördert hat.“³²⁴

Zu einem ähnlichen Fazit hinsichtlich des weiteren institutionellen Ausbaus der westdeutschen Politikwissenschaft kam eine 1961 im Auftrag der DFG von Mario Rainer Lepsius verfaßte *Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft*.³²⁵ Unter Verweis auf die Bedingungen im Ausland – und hier speziell in den USA –, wo die Politikwissenschaft „an den größeren Universitäten zu Departments von Fakultätsgröße [...] mit zwanzig bis dreißig Dozenten“ angewachsen sei, sprach sich Lepsius für zwei bis drei politikwissenschaftliche Lehrstühle an jeder westdeutschen Universität aus, die zugleich mit einer entsprechenden Erhöhung der Assistenten- und Dozentenstellen sowie des Institutsetats für Forschung und Lehre einhergehen müsse.³²⁶ Und noch 1962, also kurz vor seiner

³²¹ Vgl. Helga Haftendorn: Ein Brief an Ulrich Littmann, in: Gutzen/Herget/Jacobsen: Transatlantische Partnerschaft, S. 19–22, Zitat S. 20.

³²² Ebd., S. 21: „Genau zehn Jahre später [1977, S. P.] war ich wieder in Amerika, als Fulbright-Professor an der Georgetown University in Washington. Für mich war es eine wichtige Erfahrung, mit welchem Eifer meine amerikanischen Kollegen sich in der Lehre engagierten und sich um einen guten Kontakt zu ihren Studenten bemühten. Ich habe daraus viel für meinen eigenen Umgang mit meinen deutschen Studenten gelernt. Außerdem beeindruckte mich der unkomplizierte Kontakt zwischen der ‚political community‘ und der ‚academic community‘. Davon habe ich als Politikwissenschaftlerin sehr profitiert und tue es auch noch heute.“

³²³ Vgl. Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 312.

³²⁴ BayHStA, MK 69352, Schreiben Eric Voegelins an Ministerialdirigent Johannes von Elmenau vom 4. 4. 1963.

³²⁵ M. Rainer Lepsius: Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft, Wiesbaden 1961.

³²⁶ Vgl. hierzu ebd., S. 14f. (Zitat) sowie zu den erwähnten Empfehlungen S. 117.

Berufung auf den, neben Voegelins, zweiten Münchner Lehrstuhl für Politikwissenschaft, sah Hans Maier die Lage der deutschen Politikwissenschaft in einem durchaus ambivalenten Licht:

„Überblickt man die Entwicklung seit 1945 im ganzen, so ist der Aufschwung, den die Politische Wissenschaft in den letzten Jahren in der Bundesrepublik erlebt hat, gewiß bemerkenswert – vor allem, wenn man bedenkt, daß das Fach bis vor kurzem in Deutschland noch so gut wie unbekannt war. Ebensowenig kann aber übersehen werden, daß sich festumrissene Formen wissenschaftlicher und institutioneller Art in dieser Disziplin bis jetzt noch nicht herausgebildet haben.“³²⁷

Tatsächlich konnte sich die junge Disziplin, die zwischen 1945 und 1960 noch um ihre Etablierung und Anerkennung „kämpfen“ mußte, erst in den beiden folgenden Dekaden zunächst einer langsamen, dann fast explosionsartigen Entfaltung erfreuen. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die Gründung neuer Universitäten seit Mitte der 1960er Jahre. Bis 1975 waren rund 20 neue Hochschulen in der Bundesrepublik gegründet worden.³²⁸ Parallel dazu stieg die Zahl politikwissenschaftlicher Professuren auf zunächst 63 (1970) und – unter dem Einfluß sozialliberaler Bildungspolitik – auf 133 (1975). Innerhalb eines weiteren Jahrzehnts kam es noch einmal zu einer Verdoppelung auf sogar 278 (1985) Professoren.³²⁹ Dementsprechend dramatisch entwickelten sich auch die Studentenzahlen. Gab es im Jahre 1965 bundesweit nur lediglich 1496 Hauptfachstudenten, waren es 1970 mittlerweile 3354 und wiederum ein halbes Jahrzehnt später bereits 8079.³³⁰

Wie diese Zahlen eindrucksvoll belegen, war die Politikwissenschaft seit Mitte der siebziger Jahre zu einem festen Bestandteil der deutschen Hochschulen, aber auch des öffentlichen Bewußtseins geworden, wozu sicherlich auch die Ereignisse um 1968 ihren Beitrag geleistet haben.³³¹ Die Studentenproteste hatten zu einer lebhaften fachinternen und öffentlichen Debatte über das Selbstverständnis und die eigentlichen Inhalte der Politikwissenschaft geführt. Die Vietnampolitik der USA relativierte unter großen Teilen der Studentenschaft sowie des jungen wissenschaftlichen Nachwuchses deren bis dato dominierenden Modellcharakter. In diesem Zusammenhang war in erster Linie von politisch „linker“ Seite die Forderung an die Politikwissenschaft gerichtet worden, sich von ihrer bislang affirmativen Rolle als „Demokratiewissenschaft“ zu verabschieden und sich in eine progressive, d. h. in das Tagesgeschehen aktiv einwirkende „Demokratisierungswissenschaft“ zu wandeln.³³²

³²⁷ Maier: Lage der Politischen Wissenschaft, S. 231.

³²⁸ Vgl. hierzu die Angaben bei Müller: Geschichte der Universität, S. 106 und Ellwein: Die deutsche Universität, S. 329–331.

³²⁹ Zur Entwicklung der Professorenzahlen im Fach Politikwissenschaft zwischen 1960 und 1985 siehe Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 66 (Tabelle 1).

³³⁰ Zur Entwicklung der Studentenzahlen im Fach Politikwissenschaft ebd., S. 67 (Tabelle 2).

³³¹ Vgl. ebd., S. 74f.

³³² Aus Sicht der Politikwissenschaft Bodo Zeuner: Zwischenbetrachtung. Der Bruch von 1968, in: Göhler/Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, S. 195; sowie allgemein Frank Werkmeister: Die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1973, Phil. Diss., Marburg 1975; Weber: Die „Kulturrevolution“ 1968, S. 218.

Die veränderte Sichtweise auf die Vereinigten Staaten um das Jahr 1968 rückte beinahe automatisch vermeintlich „amerikanisierte“ Remigranten wie Ernst Fraenkel, der immer noch die amerikanische Staatsbürgerschaft besaß, in das Schußfeld studentischer Agitationen. Ursprünglich nach Deutschland zurückgekehrt, um hier mit Hilfe der Political Science am Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens mitzuarbeiten, sah sich der Sozialdemokrat Fraenkel plötzlich als Symbolfigur kapitalistischer Herrschaftsinteressen angegriffen. Für ihn, wie für viele andere Remigranten, die ins Fadenkreuz der Studentenproteste gerieten, kam die nicht selten intolerante und aggressive Form dieses Protestes einem Schockerlebnis, ja einem erneuten Trauma gleich. Gegenüber seinem damaligen Assistenten Winfried Steffani bemerkte Fraenkel nach der Besetzung des Berliner Amerikahauses: „Sehen Sie, das sind die Faschisten von heute.“ Und Fraenkels Ehefrau soll voller Resignation hinzugefügt haben: „Wir müssen wohl wieder die Koffer packen. Zum Glück sind wir jetzt Amerikaner!“³³³

Trotz all dieser verständlichen Irritationen und auch persönlichen Verletzungen konnten die Ereignisse von 1968 nichts an der Tatsache ändern, daß Vertreter der Gründer- und ersten Schüलगeneration als Wissenschaftler, akademische Lehrer, Publizisten, Zeitungs- und Radiokommentatoren die Entwicklung einer demokratisch fundierten politischen Kultur in der Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt haben.³³⁴ Erwähnt sei in diesem Zusammenhang das durch die Arbeiten Neumanns und Suhrs beeinflusste Konzept des sogenannten Neo-Pluralismus eines Ernst Fraenkel³³⁵, der – wie Hubertus Buchstein hervorgehoben hat – „wohl erfolgreichsten Demokratietheorie in der ersten Hälfte der Geschichte der Bundesrepublik [...]“.³³⁶

Die Rolle als „Demokratiewissenschaft“ bestimmte bis Ende der sechziger Jahre auch das Verhältnis der Politikwissenschaft zu ihren Nachbardisziplinen, insbesondere zur Geschichts- und Rechtswissenschaft sowie zur Soziologie. Wie schon erwähnt waren die etablierten Disziplinen dem neuen Fach lange Zeit mit großem Vorbehalt bzw. offener Ablehnung begegnet. Einerseits wurde die Politikwissenschaft als ein, durch die amerikanische Besatzungsmacht in das deutsche Universitätssystem implantierter „Fremdkörper“ betrachtet, andererseits befürchtete vor allem die Westdeutsche Rektorenkonferenz eine – nach den Erfahrungen mit dem Dritten Reich – als unangemessen empfundene Politisierung und damit erneute Ideologisierung der Universitäten.³³⁷ Stellvertretend für diesen Konflikt sei nochmals auf die Kontroverse der beiden Freiburger Ordinarien Arnold Bergstraesser und Gerhard Ritter verwiesen. Bezugnehmend auf diese Auseinandersetzung mußte Anfang der sechziger Jahre jedoch selbst der Bergstraesser-Schüler Hans Maier einräumen, „daß Deutschland eine feste Tradition akademischer Lehre der Politik im Gegensatz zu den westlichen, besonders angelsächsischen Nationen

³³³ Steffani: Ernst Fraenkel, S. 1276f., Zitat S. 1277.

³³⁴ Vgl. Rupp: *Democratizing a Country and a Discipline*, S. 93–100.

³³⁵ Vgl. u. a. Ernst Fraenkel: *Strukturanalyse der modernen Demokratie* (1970), in: ders.: *Reformismus und Pluralismus*, S. 404–433.

³³⁶ Buchstein: *Auf der Suche nach einer „modernen Demokratietheorie“*, S. 190f.

³³⁷ Vgl. Mohr: *Politikwissenschaft als Alternative*, S. 338, sowie Ernst: *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 33.

nicht kennt. In dieser Hinsicht ist die Politische Wissenschaft in der neueren deutschen Universität zweifellos ein neues und in gewissem Sinn ein traditionsloses Fach.“³³⁸

Eine zusätzliche Dimension erhielt die damalige Auseinandersetzung durch den Umstand, daß – zweifelsohne mitbeeinflußt durch die dominierende Rolle der Political Science in den USA – deutsche Politikwissenschaftler wie Bergstraesser, Friedrich oder Dieter Oberndörfer ihre Disziplin zu einer Art Leitwissenschaft erhoben, der die etablierten Nachbardisziplinen lediglich zuarbeiten sollten.³³⁹ Obgleich sich die Politikwissenschaft als gleichberechtigtes Fach fest positionieren konnte, gelang es ihr nicht, diesen ambitionierten Führungsanspruch einzulösen. Nichtsdestotrotz übte das junge Fach durch den Methodentransfer aus dem angelsächsischen Raum einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auch auf ihre Nachbardisziplinen aus.³⁴⁰ Anselm Doering-Manteuffel hat in diesem Kontext darauf aufmerksam gemacht, daß die Einrichtung politikwissenschaftlicher Lehrstühle und die damit einhergehende Rezeption sozialwissenschaftlicher Methoden amerikanischer Provenienz in der Bundesrepublik mittelfristig dazu geführt habe, daß „in den Geisteswissenschaften traditionelle Frageansätze mit anderen, neuen Zugriffsweisen konfrontiert wurden“.³⁴¹

Neben dieser Binnenkonsolidierung konnte sich die deutsche Politikwissenschaft auch auf internationaler Ebene fest etablieren. Im Rahmen der International Political Science Association (IPSA) lagen Politikwissenschaftler aus der Bundesrepublik entsprechend ihrer Teilnahme an Kongressen, Round Tables und Veröffentlichungen in internationalen Fachzeitschriften seit Anfang der 1970er Jahre nach den USA und Kanada an dritter, im Hinblick auf ihre Kontakte zur APSA sogar an zweiter Stelle.³⁴² „Die ‚Amerikanisierung‘ [...]“, wie Klaus von Beyme 1986 über den Zustand der deutschen Politikwissenschaft im internationalen Vergleich vermerkt hat, „ist stärker fortgeschritten als in Ländern vergleichbarer

³³⁸ Maier: Lage der Politikwissenschaft, S. 232f.

³³⁹ Vgl. Arnold Bergstraesser: Die Stellung der Politik unter den Wissenschaften (1957/58), in: ders.: Politik in Wissenschaft und Bildung, S. 17–31, hier besonders S. 27; Dieter Oberndörfer: Politik als praktische Wissenschaft, in: ders. (Hg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg i.Br. 1962, S. 9–58, hier besonders S. 21, 38 und S. 53. Hierzu vermerkt Ernst: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 34f.: „In dem von Bergstraesser und seinem Schüler Oberndörfer vertretenen Konzept der ‚synoptischen Wissenschaft‘ werden die Nachbardisziplinen quasi zu ‚Wasserträgern‘ der Politikwissenschaft: Die politisch relevanten Einzelergebnisse der Nachbarfächer sollen dazu beitragen, durch ihre seitens der Politikwissenschaft vorgenommene Integration in eine ‚Schau des Ganzen‘ und zusammen mit einer Normreflexion die spezifisch politikwissenschaftliche Aufgabe eines Vordenkens von Ordnungsvorstellungen des Gemeinwesens zu erfüllen. Diese Denkweise äußert sich zum Beispiel auch in Oberndörfers radikalem Vorschlag, die soziologischen Lehrstühle den politikwissenschaftlichen Seminaren anzugliedern.“

³⁴⁰ Vgl. hierzu Günther: Politikwissenschaft, S. 35f.

³⁴¹ Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?, S. 68f.

³⁴² Vgl. hierzu von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 21, sowie Ada W. Finifter (Hg.): Political Science. The State of the Discipline, Washington 1983, S. 595ff.

Größe, wie Frankreich und Großbritannien, mit älteren Traditionen einer institutionell verselbständigten Politikwissenschaft, als sie Deutschland besitzt.“³⁴³

Entgegen diesem an sich positiven Befund wäre es allerdings überzogen, aufgrund der unbestreitbar engen Anlehnung der deutschen Politikwissenschaft an die amerikanische Political Science im Sinne Gerhard Ritters von einem bloßen „Import“ oder „Oktroi“ der amerikanischen Besatzungsmacht zu sprechen.³⁴⁴ Das amerikanische Engagement für die Einführung der Politikwissenschaft seit Ende der 1940er Jahre wäre ohne die entsprechende Bereitschaft, sich auf deutscher Seite am Aufbau der neuen Disziplin aktiv zu beteiligen, mit hoher Wahrscheinlichkeit gescheitert. Andererseits steht jedoch ebenso außer Frage, daß die Nachkriegsgeschichte der westdeutschen Politikwissenschaft ohne die hier skizzierten amerikanischen Einflüsse auf methodischer, personeller und wissenschaftsorganisatorischer Ebene letztlich in dieser Form kaum vorstellbar gewesen wäre.³⁴⁵ Bleek ist zuzustimmen, wenn er in seiner Geschichte der Politikwissenschaft schreibt: „Seit ihrer Wiedergründung steht die deutsche Politikwissenschaft unter dem großen Einfluß der quantitativ wie qualitativ in der ganzen Welt dominierenden amerikanischen Politikwissenschaft.“³⁴⁶

3. „To stop the neglect of American subjects“:³⁴⁷ Aufbau und Entwicklung der westdeutschen Amerikastudien

Im Rahmen der amerikanischen Umerziehungspolitik nach 1945 spielte neben der Political Science auch die Frage nach der Einführung von American Studies eine wichtige Rolle. Beide Disziplinen sollten zur Vermittlung und Festigung demokratischer und kultureller Wertvorstellungen in Deutschland beitragen. Während sich aber die Politikwissenschaft in thematischer Hinsicht nicht ausschließlich dem Modell USA widmete, standen die Vereinigten Staaten als primärer Untersuchungsgegenstand eindeutig im Zentrum der American Studies.³⁴⁸ Nach den für Deutschland verheerenden Ereignissen von 1933 bis 1945, die in einer katastrophalen militärischen und moralischen Niederlage gemündet hatten, sollte den künftigen deutschen Eliten mit Hilfe wissenschaftlich fundierter Amerikastudien nicht nur die Kultur und Geschichte der USA, sondern in besonderem Maße auch das dort vorherrschende Gesellschafts-, Regierungs- und Wirtschaftssystem nahe-

³⁴³ von Beyme: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 21.

³⁴⁴ So Ritter: Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft, S. 292f.

³⁴⁵ Vgl. u. a. Arndt: Die Besiegten, S. 282f., sowie Mohr: Durchsetzung der Politikwissenschaft, S. 63.

³⁴⁶ Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 452.

³⁴⁷ IfZ, OMGUS 5/291-3/12, The American Institute of the University of Munich, o. J. (ca. 1950).

³⁴⁸ Vgl. Sigmund Skard: American Studies in Europe. Their History and Present Organization, Bd. 2, Philadelphia 1958, S. 641; Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 99-101.

gebracht werden.³⁴⁹ Dabei ging es einerseits darum, die bis dato vorherrschende deutsche Hochmütigkeit und Ignoranz gegenüber den Errungenschaften der amerikanischen Kultur zu beenden, und andererseits durch die Vermittlung amerikanischer Wertvorstellungen Deutschland in den unter Führung der Vereinigten Staaten stehenden Block westlicher Demokratien einzubinden.³⁵⁰ Umgekehrt war nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges auch auf deutscher Seite die Erkenntnis herangereift, daß eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der westlichen Führungsmacht unumgänglich sein würde. „German academics“, so rückblickend der ehemalige Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien (DGfA) Günter Moltmann, „were anxious to understand the outside world better, while the American authorities wanted to increase information about their own culture among German academic leaders.“³⁵¹

Wie im Fall der Politikwissenschaft existierten an den deutschen Universitäten bereits vor 1945 amerikakundliche Traditionen. Das Interesse an den Vereinigten Staaten war vor allem mit deren wachsender weltpolitischer Rolle seit 1900 gestiegen.³⁵² Ein erster Ausdruck dieses neuen akademischen Interesses war der 1905 unter der Schirmherrschaft Kaiser Wilhelms II. und des amerikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt vereinbarte deutsch-amerikanische Professorenaustausch.³⁵³ Doch erst im Zuge der Niederlage von 1918 wurde die Forderung laut, auch an den deutschen Universitäten eine wissenschaftliche Amerikakunde zu etablieren.³⁵⁴ Sie basierte auf der Erkenntnis, daß die deutsche Wissenschaft während des Krieges die Bereitschaft der USA unterschätzt habe, auf Seiten der Entente-Mächte in den Krieg einzugreifen.³⁵⁵ Zwischen 1918 und 1933 kam es daher an den Universitäten Berlin, Göttingen, Hamburg, Leipzig und München zum Ausbau des amerikawissenschaftlichen Lehrangebots an den bestehenden Englischen Seminaren. Von einer Institutionalisierung der Amerikakunde im Sinne einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin kann jedoch für die Zeit der Weimarer

³⁴⁹ Vgl. Rebecca Boehling: Die amerikanische Kulturpolitik während der Besatzungszeit 1945–1949, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 1, S. 592f.

³⁵⁰ Zur amerikanischen Strategie vgl. u. a. Pells: Not Like Us, S. 95; Gustav H. Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien im Nachkriegsdeutschland, in: Bernd-Peter Lange/Reiner Lehberger (Hg.): Anglistik heute. Einsichten, Aussichten, Berlin 1986, S. 78f.; sowie die Dissertation von Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 163–167.

³⁵¹ Günter Moltmann: The ‚Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien‘ and Interdisciplinary Studies, in: Brigitte Georgi-Findlay/Heinz Ickstadt (Hg.): America Seen from the Outside. Topics, Models, and Achievements of American Studies in the Federal Republic of Germany. Proceedings of a Symposium Held at the John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, 1. bis 4. 12. 1988, Berlin 1990, S. 121.

³⁵² Zur frühen Amerikakunde in Deutschland vor 1870 und während des Kaiserreichs vgl. Skard: American Studies in Europe, Bd. 2, S. 209–256.

³⁵³ Vgl. vom Brocke: Der deutsch-amerikanische Professorenaustausch, S. 128–182.

³⁵⁴ Vgl. Friedrich Schönmann: Amerikakunde. Eine zeitgemäße Forderung, Bremen 1921.

³⁵⁵ Vgl. Sigmund Skard: The American Studies Movement in Europe, in: ders. (Hg.): USA in Focus. Recent Re-Interpretations, Bergen 1966; Walther Fischer: Die Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan und in den Prüfungsordnungen der deutschen Länder, in: Neuphilologische Zeitschrift 3 (1951), S. 412–414.

Republik noch nicht gesprochen werden.³⁵⁶ Nach Einschätzung von Gisela Strunz hing damals „die Intensität, mit der Amerikanistik oder Amerikakunde betrieben wurden, völlig von der Interessenlage der jeweiligen Professoren ab, die aber meistens entweder aus Arbeitsüberlastung, fehlender Kenntnis oder unüberwindlicher Vorurteilen heraus eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Amerika ablehnten“.³⁵⁷

Erste Ansätze für eine breiter angelegte akademische Fundierung einer deutschen Amerikakunde lassen sich interessanterweise erst ab 1933 erkennen.³⁵⁸ Ausschlaggebend hierfür war die ambivalente Haltung der Nationalsozialisten zu den Vereinigten Staaten. Diese lehnten zwar einerseits die amerikanische Demokratie und Kultur als minderwertig ab – wobei hier bruchlos an bereits bestehende Resentiments aus der Kaiserzeit angeknüpft werden konnte – anerkannten aber die Vereinigten Staaten andererseits als einen durchaus ernstzunehmenden Konkurrenten auf der Weltbühne und bewunderten insgeheim deren Wirtschaftskraft sowie technologischen Innovationsgeist.³⁵⁹

Zu einem Zentrum der Amerikakunde im Dritten Reich entwickelte sich die Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, die 1940 aus der Vereinigung der alten DHfP mit der 1935 gegründeten Deutschen-Auslandshochschule hervorgegangen war.³⁶⁰ Die USA-Abteilung der Auslandswissenschaftlichen Fakultät wurde von Friedrich Schönemann geleitet. Schönemann, der sich 1923 als erster deutscher Amerikanist mit einer Studie zum Thema *Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten*³⁶¹ in Münster habilitiert hatte, war 1936 auf den in Berlin neu eingerichteten Lehrstuhl für Amerikanische Literatur und Kulturgeschichte berufen worden, das erste amerikakundliche Ordinariat in Deutschland.³⁶² „Es gehört zu den Ironien der Geschich-

³⁵⁶ Zur Entwicklung der Amerikastudien in der Weimarer Republik siehe Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 277.

³⁵⁷ Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 156.

³⁵⁸ Zur Entwicklung der Amerikastudien im Dritten Reich siehe Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 277–291; sowie den Überblick bei Hans Galinsky: *The New Grown Old? Exemplary Models and Original Concepts of Germany's American Studies Reconsidered*, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: *America Seen from the Outside*, S. 27–30; Gassert: *Amerika im Dritten Reich*, S. 116–136; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 156–161.

³⁵⁹ Vgl. hierzu kurz Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 32–34. Grundlegend zu diesem ambivalenten Amerika-Bild vor 1945 siehe auch Frank Peter Biess: *Zwischen Ford und Hollywood. Amerika und der Amerikanismus in der Weimarer Republik 1924–1930*, MA-Thesis Washington University 1992; Alexander Schmidt: *Reisen in die Moderne. Der Amerika-Diskurs des deutschen Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg im europäischen Vergleich*, Berlin 1997; Gassert: *Amerika im Dritten Reich*, S. 116–119.

³⁶⁰ Vgl. Christian Freitag: *Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin bis 1945 unter Berücksichtigung der Amerikaarbeit staatlicher und privater Organisationen*, Phil. Diss., Berlin 1977, S. 135–147.

³⁶¹ Friedrich Schönemann: *Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Berlin/Leipzig 1924.

³⁶² Zu Schönemanns Tätigkeit in Berlin vgl. Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 284; Hans Galinsky: *American Studies in Germany. Their Growth, Variety and Prospects*, in: Walker: *American Studies Abroad*, S. 83f.; ders.: *The New Grown Old*, S. 27.

te der deutsch-amerikanischen Beziehungen“, wie Philipp Gassert in diesem Zusammenhang betont hat, „daß der deutschen Amerikanistik der institutionelle Durchbruch nicht in einer Phase intensiver deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit [...] gelang, sondern in einer Zeit, in der sich die wechselseitigen Beziehungen auf der politischen Ebene stark abgekühlt hatten.“³⁶³

Schönemanns unstrittiges Engagement für die Etablierung der Amerikakunde als akademisches Fach wäre ohne die gleichzeitige Anbiederung an die Nationalsozialisten in dieser Form kaum möglich gewesen.³⁶⁴ Bereits kurz nach der Machtergreifung 1933 hatte sich Schönemann – finanziert von Goebbels' Propagandaministerium – auf eine zweimonatige Reise in die USA begeben, um dort in zahlreichen Vorträgen, Presseinterviews und Rundfunkauftritten den Amerikanern „die Botschaft vom Neuen Deutschland und das Bekenntnis zu unserem Führer Adolf Hitler“ nahezubringen.³⁶⁵ Damit wird deutlich, daß die amerikakundliche Arbeit der Auslandswissenschaftlichen Fakultät unter massivem ideologischen und propagandistischen Einfluß stand. „Man begann“, wie Strunz es formuliert hat, „Amerikawissenschaft in ‚deutschem‘, d. h. tendenziösem Sinne zu betreiben [...]“³⁶⁶ Diese Tendenz schlug sich auch in den entsprechenden Bezeichnungen für Vorlesungen und Seminare nieder, so exemplarisch in Schönemanns Berliner Vorlesung zum Thema *Raum, Rasse und Volk in den Vereinigten Staaten*.³⁶⁷ Aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive sind Schönemanns Institutionalisierungs-bemühungen daher zu relativieren. Bereits der renommierte norwegische Amerikanist Sigmund Skard schätzte 1958 die wissenschaftlichen Leistungen der Berliner Amerikakundler während des Dritten Reiches – trotz der unbestreitbaren Zunahme der Lehrveranstaltungen und Publikationen zu amerikanischen Themen – als eher gering ein: „The purpose of this impressive set-up was, however, political and propagandistic in the crudest sense; [...] The scholarly value of the work was small.“³⁶⁸

In Deutschland konnte man 1945 somit nur auf eine höchst problematische amerikakundliche Tradition zurückblicken. Eine grundlegende Neuausrichtung der Amerikakunde schien deshalb im Rahmen der amerikanischen Umerziehungspolitik dringend notwendig.³⁶⁹ Allerdings boten hierbei die in den USA betriebenen American Studies – im Unterschied zur Political Science – anfänglich nur geringe Anknüpfungspunkte. Dies hing in erster Linie mit dem Umstand zusammen, daß sich die American Studies in ihrem Mutterland noch selbst in einem Professionalisierungs- und Institutionalisierungsprozeß befanden. Herausgebildet

Zur Person Schönemanns siehe u. a. Erwin Hölzle: Friedrich Schönemann, in: Jahrbuch für Amerikastudien 2 (1957), S.284f.; Earl R. Beck: Friedrich Schönemann. German Americanist, in: *The Historian* 26 (1964), S.381–404.

³⁶³ Gassert: *Amerika im Dritten Reich*, S.116.

³⁶⁴ Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S.159.

³⁶⁵ Zu Friedrich Schönemanns USA-Reise vgl. Freitag: *Die Entwicklung der Amerikastudien in Berlin*, S.172–179 sowie das Zitat Schönemanns auf S.176.

³⁶⁶ Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S.157.

³⁶⁷ Skard: *American Studies in Europe*, Bd.2, S.285.

³⁶⁸ Ebd., S.287.

³⁶⁹ Vgl. hierzu Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S.142.

hatten sich die American Studies erst zu Beginn der 1930er Jahre aus der Zusammenarbeit von Historikern und Literaturwissenschaftlern, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, im Rahmen einer über traditionelle Fachgrenzen hinausreichenden interdisziplinär angelegten Forschung und Lehre die Besonderheiten der amerikanischen Kultur angemessen zu erfassen.³⁷⁰ Erste fächerübergreifende American Studies Programme entstanden seit 1936 an den Universitäten Yale, Harvard, Chicago, Minnesota, Pennsylvania und Princeton. Trotz dieser frühen Ansätze begann der eigentliche Institutionalisierungsprozeß der American Studies erst mit der Weltmachtrolle der USA nach 1945, also zu einem Zeitpunkt, an dem von amerikanischer Seite die Einführung entsprechender Programme auch im besiegten Nachkriegsdeutschland angeregt wurde. Wichtige Stationen auf diesem Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozeß waren die Herausgabe eines eigenen Fachorgans, des „American Quarterly“, im Jahre 1949 sowie die zwei Jahre später erfolgte Gründung der American Studies Association (ASA).³⁷¹ Gleichwohl kann von einer flächendeckenden Etablierung der American Studies als eigenständiges akademisches Forschungs- und Lehrprogramm zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht gesprochen werden. Schon Skard hat darauf hingewiesen, daß selbst bis 1963 nur an 120 von insgesamt 1900 amerikanischen Institutionen der Higher Education interdisziplinäre American-Studies-Programme angeboten wurden, und nur an 20 von 170 amerikanischen Universitäten „of top rank“ überhaupt Promotionsmöglichkeiten in American Studies bestanden.³⁷²

Ausschlaggebend für diesen eher schleppenden Etablierungsprozeß waren die inneramerikanischen Auseinandersetzungen um die wissenschaftstheoretischen Grundlagen des Faches. Der Konflikt entbrannte, wie später auch in Deutschland, im wesentlichen an der Frage, ob sich die American Studies zu einer eigenständigen, freilich integrativen Kulturwissenschaft entwickeln sollten oder weiterhin im Rahmen eines interdisziplinären Zusammenschlusses verschiedener Fächer, wie der Literatur-, Geschichts-, Politik- und Sozialwissenschaft, zu betreiben seien.³⁷³ Hinzu trat die Frage nach der grundsätzlichen methodischen Ausrichtung der

³⁷⁰ Zur Entstehungsgeschichte und Institutionalisierung der American Studies in den USA vgl. Marshall Fishwick: *An Approach to American Studies Abroad*, in: U.S. Advisory Committee on International Education and Cultural Affairs (Hg.): *International Affairs and Cultural Exchange*, Washington 1966, S. 43–53, hier S. 43f.; Günther H. Lenz: *American Studies*, in: Rüdiger B. Wersich (Hg.): *USA Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Geschichte und zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 1996, S. 70–73; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 134–141. Zur Geschichte des American Studies Movement in den USA vgl. Skard: *American Studies Movement*, S. 140–173.

³⁷¹ Vgl. Skard: *American Studies Movement*, S. 148; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 135f.

³⁷² Skard: *American Studies Movement*, S. 151.

³⁷³ Vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 140. Als programmatische Schriften hinsichtlich der inneramerikanischen Diskussion um die wissenschaftstheoretische Ausrichtung der American Studies gelten die Publikationen von Tremaine McDowell: *American Studies*, Minneapolis 1948, der sich für eine synthetisierende Kulturwissenschaft aussprach, und Robert Spiller: *Value and Method in American Studies. The Literary versus the Social Approach*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 4 (1959), S. 11–24, der seinerseits einen interdisziplinären Ansatz betonte.

American Studies im Spannungsfeld von Geistes- (Humanities) und Sozialwissenschaften (Science), die mit der wachsenden Relevanz empirischer Forschungsmethoden seit den 1940er Jahren immer akuter wurde.³⁷⁴ „Aus diesem Grunde konnte“, Strunz zufolge, „die American Studies-Bewegung, die in ihrem Institutionalisierungsprozeß nur einen geringen zeitlichen Vorsprung gegenüber den deutschen Amerikastudien aufwies und selbst noch um ihre Definition und ihren Status rang, für die Amerikastudien in Deutschland kaum eine Leitfunktion übernehmen.“³⁷⁵ Dieser Befund markiert den entscheidenden Unterschied zu den Gründungsbedingungen der westdeutschen Politikwissenschaft, die sich sowohl in personeller als auch in wissenschaftstheoretischer Hinsicht an der in den USA bereits fest etablierten Political Science orientieren konnte.³⁷⁶

Nichtsdestotrotz bestand auf amerikanischer Seite nach Kriegsende großes Interesse daran, den besiegten Deutschen möglichst rasch umfangreiche Informationen über die Geschichte und Kultur der USA zu vermitteln. „For obvious reasons“, so die Einschätzung Skards,

„it was an important aim of American authorities in Germany to repair the results of earlier neglect and to counteract Nazi propaganda about America. From the very end of the war American Agencies began spreading knowledge of the United States through a system of Information Offices, press bureaux, newspapers, and reviews, and a largescale programme of lectures, film performances, and exhibitions.“³⁷⁷

Umgekehrt hatte sich nach den Erfahrungen des Krieges auch hierzulande die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine intensive – auch wissenschaftliche – Beschäftigung mit den Vereinigten Staaten künftig unumgänglich sein werde. Die Ausgangslage von 1945 war somit der von 1918/19 prinzipiell nicht unähnlich.³⁷⁸ Am 2. November 1945 schrieb der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen, der Romanist Heinrich Kuen, an Rektor Theodor Süß:

„Die Weltgeschehnisse unserer Zeit haben die Vereinigten Staaten und das Britische Weltreich in ihrer modernen Gestalt zu den wesentlichen Faktoren der Weltgeschichte gemacht. Die genauere Kenntnis der Entwicklung dieser Weltreiche, ihrer inneren und äußeren Struktur gehört nunmehr zum Verständnis der weiteren Entwicklung der menschlichen Kultur. Der kulturpolitische Gesichtspunkt verlangt die Behandlung dieser umfassenden Materie als eigenen Bestandteil der angelsächsisch-amerikanischen Arbeit an der Universität.“³⁷⁹

Im Namen seiner Fakultät forderte Kuen daher die schnellstmögliche Errichtung eines „Lehrstuhls für Kunde der Vereinigten Staaten und des Britischen Weltreichs“.³⁸⁰ In einem wenige Tage später verfaßten Schreiben an das bayerische Kultusministerium befürwortete der Erlanger Rektor seinerseits den Antrag der

³⁷⁴ Vgl. hierzu den immer noch grundlegenden wissenschaftstheoretischen Überblick zur Entwicklung der American Studies in den USA von Olaf Hansen: *American Studies. Zur Theorie und Geschichte der Disziplin*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 18 (1973), S. 133–146.

³⁷⁵ Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 137.

³⁷⁶ Vgl. Kapitel IV.2.

³⁷⁷ Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 292.

³⁷⁸ Vgl. hierzu auch Kapitel I.4. sowie Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 33f.

³⁷⁹ BayHStA, MK 72107, Schreiben von Heinrich Kuen an Theodor Süß vom 2. 11. 1945.

³⁸⁰ Ebd.

Philosophischen Fakultät mit dem folgendem, bei genauer Betrachtung durchaus ambivalenten Argument:

„Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß sowohl der Erste wie der Zweite Weltkrieg weder begonnen noch verloren [!] worden wäre, wenn die führenden Kreise und das Volk eine exakte Kenntnis der psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der angelsächsischen Staaten gehabt hätten.“³⁸¹

Bevor es allerdings auf universitärer Ebene zu einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Vereinigten Staaten kam, spielten für die Vermittlung eines positiven Amerikabildes die seit 1946 in den größeren westdeutschen Städten eingerichteten „U.S. Information Centers“ eine zentrale Rolle.³⁸² Diese zunächst im Volksmund, dann ab 1947 auch offiziell als Amerika-Häuser bezeichneten Einrichtungen waren das damals wichtigste kulturpolitische Instrument der amerikanischen Besatzungsmacht, die binnen Kürze zu Zentren des deutsch-amerikanischen Kulturaustausches und geistiger Einflußnahme avancierten. Neben ihren mit westlicher Literatur und speziell „Americana“ hervorragend ausgestatteten Bibliotheken boten die Amerika-Häuser zudem ein umfassendes Informationsprogramm, das Sprachkurse, Filmvorführungen, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen umfaßte.³⁸³ Gerade für junge Deutsche wurden die Amerika-Häuser zu prägenden Orten, an denen sich ihnen nach dem Ende der ideologischen Indoktrination durch die Nationalsozialisten und den Abgründen des Krieges eine neue geistig-kulturelle Welt eröffnete.³⁸⁴

Abgesehen von dieser eher gesamtgesellschaftlichen Bedeutung übte der Aufbau eines dichten Netzes von Amerika-Häusern – im Jahre 1950 existierten in der Bundesrepublik insgesamt 27 Information Centers – auch einen wichtigen Einfluß auf die Institutionalisierung wissenschaftlicher Amerikastudien in Westdeutschland aus. Gerade in Universitätsstädten erwiesen sich das Veranstaltungsprogramm der dortigen Amerika-Häuser sowie deren umfangreiche Bibliotheksbestände als Keimzelle späterer Amerika-Institute. Frühe Zentren der Amerikastudien in der Bundesrepublik waren daher die Universitäten Marburg, Frankfurt, Erlangen und München, wo bereits kurz nach Kriegsende der Wunsch nach Einrichtung amerikakundlicher Lehrstühle bzw. eigener Amerika-Institute formuliert worden

³⁸¹ BayHStA, MK 72107, Schreiben von Theodor Süß an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 8. 11. 1945.

³⁸² Zur Geschichte und Bedeutung der Amerika-Häuser für den amerikanischen Kulturtransfer vgl. Henry P. Pilgert: *The History of the Development of Information Services through Information Centers and Documentary Films*. Historical Division. Office of the Executive Secretary. Office of the High Commissioner for Germany, Mehlem 1951, S. 7–39; Karl-Ernst Bungenstab: *Entstehung, Bedeutungs- und Funktionswandel der Amerika-Häuser. Ein Beitrag zur Geschichte der amerikanischen Auslandsinformation nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 16 (1971), S. 189–203; Axel Schildt: *Die USA als „Kulturnation“*. Zur Bedeutung der Amerikahäuser in den 1950er Jahren, in: Lüdtke/Marßoleck/von Saldern: *Amerikanisierung*, S. 257–269; Maritta Heinkrämer: *Die amerikanische Kulturoffensive 1945–1955. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin*, Köln/Weimar/Wien 1996; Boehling: *Die amerikanische Kulturpolitik während der Besatzungszeit*, S. 595; Gienow-Hecht: *Die amerikanische Kulturpolitik in der Bundesrepublik*, S. 616f.

³⁸³ Vgl. Schildt: *Die USA als „Kulturnation“*, S. 259–267.

³⁸⁴ Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 67; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 172.

war.³⁸⁵ Allerdings gab es an den genannten Universitäten durchaus unterschiedliche Vorstellungen, in welcher Form Amerikastudien künftig betrieben werden sollten. Dieser Richtungsstreit war in gewisser Weise ein Resultat des damals gleichfalls noch äußerst unscharfen wissenschaftstheoretischen Profils der American Studies in ihrem Herkunftsland. In ihrer grundlegenden Dissertation zur Frühgeschichte der deutschen Amerikawissenschaft nach 1945 hat Gisela Strunz den Versuch einer Typologisierung der ersten universitären Amerika-Institute unternommen und dabei vier unterschiedliche Modelle herausgearbeitet.³⁸⁶ Während beispielsweise in Marburg Amerikastudien lediglich als Erweiterung des bestehenden Englischen Seminars angeboten wurden, kam es an den Universitäten Erlangen und München zur Errichtung eigenständiger Ordinariate für „Amerikanische Kulturgeschichte“. In Frankfurt am Main hingegen verfolgte man von Anbeginn ein interdisziplinäres Konzept, was sich auch im organisatorischen Zuschnitt des dortigen Amerika-Instituts niederschlug. Einen Sonderfall stellte demgegenüber das Stuttgarter *George-Washington-Institut* dar, das in dieser Frühphase wegen seiner vorwiegend sozialwissenschaftlichen Ausrichtung „das einzige Gegenmodell zum vorherrschenden philologischen Trend“ bildete.³⁸⁷

Die ersten Planungen für ein Amerika-Institut an der Universität Marburg lassen sich bis in den Oktober 1945 zurückverfolgen.³⁸⁸ In der alten hessischen Universitätsstadt hatte das Englische Seminar, abgesehen von den Bibliotheksbeständen, den Krieg weitgehend unversehrt überstanden. Dies galt auch in personeller Hinsicht. So blieb der 1919 nach Marburg berufene Ordinarius für Englische Philologie, Max Deutschbein, bis zu seiner Emeritierung im Wintersemester 1946/47 Leiter des Englischen Seminars der Philipps-Universität. Am 14. Oktober 1945 hatte Deutschbein ein Papier zur Gründung eines „American Department“ vorgelegt, indem er die Einrichtung einer solchen Institution – wie wenige Tage später der Erlanger Dekan Kuen – mit der besonderen Rolle der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit den USA begründete. Obgleich Deutschbein in seinem Entwurf ein durchaus weitreichendes Konzept von Amerikastudien vertrat, neben der amerikanischen Literatur und Sprache sollten diese auch die Bereiche Recht, Politische Wissenschaft, Religion, Erziehungswesen, Ökonomie und Naturwissenschaften beinhalten, sprach sich der Marburger Anglist für eine enge Anbindung an das bestehende Englische Seminar aus, was zwangsläufig eine Philologisierung der Amerikastudien bedeutet hätte.³⁸⁹

³⁸⁵ Einen kurzen Überblick zur Gründungsgeschichte der ersten universitären Amerika-Institute bietet Willi Paul Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, in: Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Bd. 2, S. 453–455.

³⁸⁶ Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 179. Eine ähnliche Typologisierung wurde bereits von Hans Galinsky: American Studies in Germany, S. 84, vorgestellt.

³⁸⁷ So Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 179.

³⁸⁸ Vgl. hierzu auch Walther Fischer: Das Amerika-Institut am Englischen Seminar der Universität, in: Marburg. Die Philipps-Universität und ihre Stadt, hg. von der Pressestelle der Philipps-Universität, Marburg 1952, S. 141–143.

³⁸⁹ Zu Deutschbeins Instituts-Konzept vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 182f.

Walter Fischer, seit 1948 Deutschbeins Nachfolger auf dem Marburger Lehrstuhl für Englische Philologie, vertrat ein anderes Konzept. Fischer, der „neben Schönemann [...] wichtigste Amerikanist vor 1945“, hatte in den Vereinigten Staaten promoviert und bereits mit Beginn seiner Gießener Lehrtätigkeit 1926 zahlreiche Veranstaltungen zu amerikanischen Themen abgehalten.³⁹⁰ Mit Blick auf das aufzubauende Amerika-Institut in Marburg propagierte Fischer keine feststrukturierte Institution mit eigenständigem disziplinären Zuschnitt, sondern ein lockeres Zusammenwirken unterschiedlichster Disziplinen. „It is the purpose of this institute“, so Fischer schon im Oktober 1946, „to bring together all individuals and branches of this University concerned with any phase of American culture, learning or science and to promote a scholarly interest in these aspects of American life among the German public.“³⁹¹

Neben Deutschbein und Fischer hatte im März 1946 auch der damalige Rektor der Philipps-Universität, Julius Ebbinghaus, einen Plan für die Gründung eines Amerika-Instituts vorgelegt. Aufgrund seiner engen Kontakte zur Besatzungsmacht, speziell zu Edward Y. Hartshorne, mit dem er im Juni 1946 auch die Marburger Hochschulgespräche ausrichtete, war Ebbinghaus wohl am tiefsten über die amerikanischen Vorstellungen und Intentionen hinsichtlich der Einführung von American Studies informiert. Möglicherweise wandte sich der Marburger Rektor im Unterschied zu Deutschbein gerade deshalb gegen eine philologische Dominanz, aber auch gegen eine allzu lockere interdisziplinäre Ausrichtung des Instituts im Sinne Fischers. Statt dessen sah Ebbinghaus die Hauptaufgabe eines universitären Amerika-Instituts, neben der breitangelegten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den USA, in der „Verbreitung demokratischer Ideen“.³⁹² Dieser Ansatz unterstreicht erneut die besondere erzieherische Funktion, die den Amerikastudien – vergleichbar der Politikwissenschaft – in diesem Frühstadium beigemessen wurde.³⁹³

Trotz der Konstituierung eines eigenen Gründungsausschusses im April 1946 gelang es in Marburg bis zum Ende der HICOG-Periode nicht, die Amerikastudien fest an der Universität zu institutionalisieren. Lehrveranstaltungen zu den USA blieben weiterhin ein Nebenprodukt des Englischen Seminars. Dieses wurde erst zum Wintersemester 1953/54 in „Seminar für Englische und Amerikanische Philologie“ umbenannt, ein deutlicher Beleg für die primär sprachwissenschaftliche Ausrichtung der dortigen Amerikastudien.³⁹⁴ Nach Strunz sind für das damalige Scheitern der Marburger Pläne in erster Linie die traditionellen Universitätsstrukturen verantwortlich zu machen:

³⁹⁰ Thomas Finkenstaedt: Kleine Geschichte der Anglistik in Deutschland. Eine Einführung, Darmstadt 1983, S. 150.

³⁹¹ HStA Marburg, 305a Rektor und Senat, acc. 1975/79 und 1976/19, Nr. 557: Memorandum Fischers an Carl Viëtor vom Oktober 1946. Hier zitiert nach Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 189.

³⁹² Vgl. ebd., S. 185–187. Das Originalkonzept von Rektor Ebbinghaus findet sich unter HStA Marburg, 307a Rektor und Senat, acc. 1975/79 und 1976/19, Nr. 557: Vorschlag von Ebbinghaus zur Errichtung eines Amerika-Instituts vom 15. 3. 1946.

³⁹³ Vgl. Kapitel IV.2.

³⁹⁴ Vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 194.

„Zum einen ließ sich die geforderte Interdisziplinarität an einer deutschen Universität mit ihren relativ kleinen Fachbereichen, wo sich ein Ordinarius kaum zusätzlich zu einem größeren Aufgabengebiet mit einem amerikanischen Spezialthema befassen konnte, nur schwer einlösen. Zum anderen verhinderte die aus Sicht der Anglisten legitime Wahrung ihrer Besitzstände, die mit dem Anspruch auf Integration des ‚Unterzweigs der Anglistik‘ in das Englische Seminar verbunden war, jegliche Neuerung.“³⁹⁵

Im Gegensatz zu den in Marburg vertretenen philologisch geprägten Vorstellungen von Amerikastudien sah das „bayerische Modell“ eine synthetisch-kulturwissenschaftliche Konzeption vor, die sich in Erlangen und München durch die relativ frühe Einrichtung entsprechender Professuren für amerikanische Kulturgeschichte ausdrückte.³⁹⁶ Wie schon erwähnt war in Erlangen auf Initiative der Philosophischen Fakultät schon im November 1945 ein Antrag an das Bayerische Kultusministerium gestellt worden, einen „Lehrstuhl für Kunde der Vereinigten Staaten und des Britischen Weltreichs“ einzurichten. Dieser Schritt war mit der neuen weltpolitischen Rolle der USA nach dem Zweiten Weltkrieg begründet worden, der nun auch auf universitärer Ebene Rechnung getragen werden müsse.³⁹⁷ Als Kandidaten für den neuen Lehrstuhl schlug Rektor Süss den damaligen kommissarischen Vertreter des Erlanger Lehrstuhls für Englische Philologie Eduard Brenner vor, „da er über gründliche Kenntnisse dieser Länder und persönliche Beziehungen auf Grund seiner längeren Tätigkeit in Amerika und England verfügt“.³⁹⁸ Der nicht habilitierte Brenner galt als politisch unbelastet und genoß daher das volle Vertrauen der amerikanischen Besatzungsmacht. Bald avancierte Brenner auch zum amerikanischen Wunschkandidaten für das Erlanger Rektorat, das er am 20. Juli 1946 übernahm.³⁹⁹ Eine Grundvoraussetzung hierfür war allerdings ein eigenes Ordinariat, weshalb Brenners Berufung auf den Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte, die offiziell am 1. September 1946 erfolgte, neben den damit verbundenen kulturpolitischen Bestrebungen von amerikanischer Seite auch aus hochschulpolitischen Gründen vehement unterstützt wurde.⁴⁰⁰ „Erlangen hatte damit“, so Ulrich Bertram, „den ersten amerikanistischen Lehrstuhl in Deutschland, wenn man von dem bereits vor dem Kriege in Berlin existierenden absieht.“⁴⁰¹

Bereits ein Jahr vor seiner Berufung war von Brenner im Oktober 1945 ein Konzept für ein englisch-amerikanisches Institut ausgearbeitet worden, das unabhängig vom bestehenden Englischen Seminar als eigenständiges Universitätsinstitut errichtet werden sollte. Mit Hilfe amerikanischer und englischer Gastprofes-

³⁹⁵ Ebd., S. 195.

³⁹⁶ Vgl. ebd., S. 195f.

³⁹⁷ Vgl. BayHStA, MK 72107, Schreiben von Heinrich Kuen an Theodor Süss vom 2. 11. 1945.

³⁹⁸ BayHStA, MK 72107, Schreiben von Theodor Süss an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 8. 11. 1945.

³⁹⁹ Wendehorst: Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg, S. 221.

⁴⁰⁰ Zu Brenners Berufung vgl. Ulrich Bertram: Erlanger Anglistik von 1750 bis 1990, in: ders./Dieter Petzold (Hg.): Erlanger Anglistik und Amerikanistik in Vergangenheit und Gegenwart. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Instituts 1890–1990, Erlangen 1990, S. 3–102, sowie Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 198–200.

⁴⁰¹ Bertram: Erlanger Anglistik, S. 34.

soren sowie Brenners engen Kontakten zu amerikanischen und englischen Universitäten war für das projektierte Institut ein interdisziplinäres Lehrangebot vorgesehen, das „den ganzen Bereich der amerikanischen und englischen Zivilisation“ umfassen sollte.⁴⁰² Obgleich Brenners möglicherweise zu weitreichende Instituts-Pläne aus finanziellen Gründen vorerst am Widerstand der Universität und des Kultusministeriums scheiterten, gelang es ihm nach seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte, die Amerikastudien in Erlangen wenigstens durch zahlreiche Veranstaltungen auszubauen.⁴⁰³ Ein abruptes Ende fand die Aufbauphase der Erlanger Amerikastudien dann Anfang 1951, als Brenner sich dazu entschlossen hatte, in der Funktion eines Staatssekretärs in das bayerische Kultusministerium zu wechseln.⁴⁰⁴ Zwar blieb das Ordinariat für amerikanische Kulturgeschichte während Brenners Münchner Tätigkeit weiterhin erhalten, der Lehrstuhl war aber bei seiner Einrichtung 1946 mit einem k.w.-Vermerk („künftig wegfallend“) versehen worden. Es bestand somit die latente Gefahr eines vorzeitigen Endes der Erlanger Amerikastudien.⁴⁰⁵

Um trotz dieser Problematik eine gewisse fachliche Kontinuität aufrechterhalten zu können, bemühte sich die Universität um eine Lehrstuhlvertretung, die für zwar kurze, jedoch wissenschaftlich äußerst fruchtbare Zeit in dem Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser gefunden werden konnte. Bergstraesser zählte neben Ernst Fraenkel und Eric Voegelin zu den Gründungsvätern der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik, die sich aufgrund ihrer Emigrationserfahrung in den USA auch massiv für die Etablierung von Amerikastudien einsetzten.⁴⁰⁶ Seit dem Sommersemester 1951 fungierte der eigentlich in Chicago lehrende Bergstraesser als Gastprofessor in Erlangen, von wo er sich letztlich vergeblich um ein Ordinariat für Amerikanistik in München bewarb.⁴⁰⁷ Bemerkenswert ist rückblickend die offizielle Begründung, weshalb der Senat der LMU Bergstraesser nicht auf der Vorschlagsliste für den zu besetzenden Lehrstuhl berücksichtigte. „Wie einstimmig festgestellt wurde“, so der damalige Münchner Rektor Michael Schmaus, „besitzt Herr Bergstraesser nicht die wissenschaftliche und fachliche Eignung, die für die Besetzung dieses Lehrstuhls erforderlich ist“.⁴⁰⁸ Bergstraesser übernahm daraufhin seit dem Wintersemester 1952/53, zusätzlich zu seinen Verpflichtungen in den USA und bis zu seinem endgültigen Wechsel auf einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl an der Universität Freiburg i. Br. im

⁴⁰² UA Erlangen, TH II Pos. 1, Nr. 63, LitB: Plan für ein englisch-amerikanisches Institut von Eduard Brenner vom 23. 10. 1945. Hier zitiert nach Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 201.

⁴⁰³ Ebd.

⁴⁰⁴ Ebd., S. 201–203.

⁴⁰⁵ Ebd., S. 203–205; Bertram: *Erlanger Anglistik*, S. 40.

⁴⁰⁶ Vgl. Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik*, S. 178; Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 280.

⁴⁰⁷ Zu Bergstraessers gescheiterter Berufung nach München siehe die Ausführungen bei Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 206; Marsen: *Zwischen Reeducation und politischer Philosophie*, S. 110.

⁴⁰⁸ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Rektors Michael Schmaus an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 14. 1. 1952.

Jahre 1954, die kommissarische Vertretung des verwaisten Erlanger Brenner-Ordinariats.⁴⁰⁹

Merkwürdigerweise verdeckt Bergstraessers allseits bekannte politikwissenschaftliche Tätigkeit seine Rolle als Amerikanist, ja sogar als Pionier der Amerikastudien in der Bundesrepublik. So hat Thomas Finkenstaedt Bergstrasser neben dem Marburger Anglisten Walther Fischer als die „wesentliche geistige Kraft am Anfang der Nachkriegsamerikanistik“ bezeichnet.⁴¹⁰ Freilich ist es aufgrund seines akademischen Werdegangs im amerikanischen Exil kaum verwunderlich, daß Bergstraesser den Erlanger Amerikastudien eine stärkere politologische, soziologische und auch geistesgeschichtliche Ausrichtung gab, die in einem deutlichen Gegensatz zu den philologisch geprägten Vorstellungen eines Walther Fischer lagen.⁴¹¹ Dennoch schritt nach Bergstraessers Wechsel nach Freiburg auch in Erlangen die zunehmende Vereinnahmung durch die Anglisten und damit Philologisierung der Amerikastudien voran.⁴¹²

Trotz intensiver Bemühungen der Universität Erlangen, des amerikanischen Generalkonsulats in München und Eduard Brenners gelang es nach dessen Emeritierung 1955 nicht mehr, den vakanten Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte zu retten. Noch Anfang Februar 1955 hatte sich der damalige Dekan der Philosophischen Fakultät, der Historiker Anton Ernstberger, in einem Schreiben an das Kultusministerium dezidiert für dessen Erhaltung ausgesprochen:

„Welche Bedeutung einem Lehrstuhl für Amerikanische Kulturgeschichte im Gefüge des wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrsystems unserer Fakultät und darüber hinaus im Rahmen der Gesamtuniversität zukommt, braucht nicht erst behauptet und bewiesen zu werden. Das war schon zur Zeit der Errichtung dieses Lehrstuhls unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg eine einleuchtende Tatsache und ist bis heute noch einleuchtender geworden. Dieser Tatsache haben auch viele der westdeutschen Universitäten durch Errichtung solcher Lehrstühle Rechnung getragen, andere Universitäten denken daran diesem Beispiel zu folgen. [...] Aus all diesen Gründen erscheint es im dringenden Interesse der Fakultät und Universität gelegen, daß dieser Lehrstuhl erhalten bleibt.“⁴¹³

Die Wiederbesetzung des Lehrstuhls blieb jedoch weiterhin offen. Erst im Januar 1956 erhielt der Erlanger Rektor den definitiven Bescheid des Kultusministeriums, daß nach den Verhandlungen mit dem Finanzministerium „der [...] Lehrstuhl infolge des ‚k.w.‘-Vermerks nicht aufrecht erhalten werden [könne]“.⁴¹⁴ Brenner, immerhin ehemaliger Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium, zeigte sich über die endgültige Entscheidung „seines“ Ministeriums zutiefst erschüttert. In einem scharf formulierten Schreiben verwies er auf die katastrophale Wirkung, die diese Entscheidung nicht zuletzt auf amerikanischer Seite hervorrufen werde:

⁴⁰⁹ Vgl. BayHStA, MK 72107, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Universität Erlangen vom 5. 11. 1952.

⁴¹⁰ Finkenstaedt: Kleine Geschichte der Anglistik, S. 178.

⁴¹¹ Vgl. Bertram: Erlanger Anglistik, S. 39.

⁴¹² Vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 207.

⁴¹³ BayHStA, MK 72107, Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 9. 2. 1955.

⁴¹⁴ BayHStA, MK 72107, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Universität Erlangen vom 3. 1. 1956.

„Ich muß [...] entschiedenen Protest einlegen. Erstens in meiner Eigenschaft als Gründer des Instituts und nunmehr emeritierter Professor für Amerikanistik, zweitens als jahrelang verantwortlicher deutscher Partner in den Verhandlungen mit den Amerikanern zwecks Gründung dieses Instituts.“⁴¹⁵

Tatsächlich war auf Vermittlung Brenners der Aufbau der Erlanger Amerikanistik seit 1949 durch zahlreiche Sach- und Finanzspenden aus den USA massiv unterstützt worden.⁴¹⁶ Brenner sah sich durch die Entscheidung des Ministeriums, die offensichtlich ohne seine vorhergehende Konsultation erfolgt war, nicht nur persönlich brüskiert, sondern auch im Hinblick auf die amerikanischen Förderer in eine unmögliche Situation gebracht. Der Staatssekretär a.D. und Erlanger Emeritus machte daher unmißverständlich klar, daß er künftig auf entsprechende Anfragen aus den USA deutlich machen werde, „daß es nicht meine Schuld ist, wenn der von den Amerikanern so hochherzig geförderte Plan nun nach erfolgreichen Anfängen zusammenbricht“.⁴¹⁷

Der hier prognostizierte Zusammenbruch war aber nicht mehr aufzuhalten. Nach dem kurzen Erlanger Intermezzo Bergstraessers und dem anschließenden Wegfall des Lehrstuhls für amerikanische Kulturgeschichte führte das immer noch bestehende Seminar für Amerikakunde – abgesehen von Lehrveranstaltungen einiger amerikanischer Gastprofessoren – über mehrere Jahre hinweg „ein regelrechtes Schattendasein“.⁴¹⁸ Zwar kam es in Erlangen 1960 noch zur Einrichtung eines Extraordinariats für amerikanische Sprache und Literatur, doch gelang es erst 1967 – also über ein Jahrzehnt nach Streichung des Brenner-Lehrstuhls –, dieses wieder in ein volles Ordinariat umzuwandeln.⁴¹⁹ Während dieses Zeitraums war es innerhalb der Fakultät immer wieder zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen wegen der konkreten fachlichen Ausrichtung des künftigen Lehrstuhls gekommen. Die Bruchlinie verlief wie zu erwarten zwischen der Philologie einerseits und der Sozial- bzw. Geschichtswissenschaft andererseits. Schließlich einigte man sich mit der Bezeichnung „Lehrstuhl für Nordamerikanische Philologie und Geistesgeschichte“ auf einen für beide Lager akzeptablen Kompromiß.⁴²⁰ Erster Lehrstuhl-

⁴¹⁵ BayHStA, MK 72107, Schreiben Eduard Brenners an die Hochschulabteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 23.2.1956.

⁴¹⁶ Hierzu schrieb Brenner ebd.: „Seit dem Jahre 1946 war es mein Bemühen, in unzähligen Verhandlungen und Vorschlägen die Grundlagen für ein von den Amerikanern unterstütztes Institut für Amerikanistik zu errichten. Endlich, im Jahre 1949, gelang es gelegentlich meines Aufenthalts in Washington von der Library of Congress [...] etwa 1000 Bände und 2000 Landkarten als Spenden zu erhalten. Der Versand geschah ebenfalls kostenlos durch die Smithsonian Institution, ebenso wie die Congress Library, ein weltberühmtes wissenschaftliches Institut. Ich erhielt die Bücher unter der Voraussetzung, daß ich damit ein Institut für Amerikanistik gründen würde. Es war mir völlig freigestellt, wo ich es errichten würde, da ich mir beim Staat eine gesicherte Entwicklung desselben erhoffte. Das Institut entwickelte sich gut und wurde durch das alte Amerika-Haus in Erlangen weitgehend durch Spenden unterstützt. Diese Tatsachen sind dem Ministerium bekannt. Um so unverständlicher ist mir die Haltung des Ministeriums. Sie versetzt mich in die untragbare Situation als ideeller verantwortlicher Treuhänder der amerikanischen Spenden.“

⁴¹⁷ Ebd.

⁴¹⁸ So Bertram: Erlanger Anglistik, S.50.

⁴¹⁹ Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.208f.

⁴²⁰ Zu diesem Richtungsstreit vgl. ebd.

inhaber wurde Hans-Joachim Lang, dem es bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1986 gelang, der Amerikanistik in Erlangen wieder ein eigenständiges wissenschaftliches Profil zu verschaffen und diese als Disziplin fest zu etablieren.⁴²¹

Im Gegensatz zu Erlangen zeigten die Anfänge der Amerikastudien an der Universität München eine nachhaltigere Wirkung. Schon im Jahre 1931 hatte es an der LMU erste Bestrebungen gegeben, ein amerikakundliches Ordinariat einzurichten. Die Pläne scheiterten letztlich aber an den veränderten politischen Rahmenbedingungen infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung.⁴²² Interessant ist in diesem Zusammenhang jedoch der Umstand, daß man sich in München bereits Anfang der 1930er Jahre der Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den USA bewußt war. So schrieb der damalige bayerische Kultusminister Franz Goldenberger am 17. August 1931 an den Münchner Honorarprofessor für amerikanische Literatur und damaligen Hauptinitiator des Lehrstuhlprojekts Camillo von Klenze⁴²³:

„Für die Errichtung einer Professur für Amerikakunde an der Universität München besteht unstreitig ein dringendes Bedürfnis. Bayern ist sich nicht nur der weltwirtschaftlichen und handelspolitischen Bedeutung des Angelsachsentums, sondern auch seiner hervorragenden allgemeinen kulturellen Stellung wohl bewußt. [...] So wäre den Studierenden die Möglichkeit geboten, ihre Kenntnisse der amerikanischen Verhältnisse insbesondere der Geschichte und Kultur zu erweitern und dadurch erst zu einem richtigen Verständnis des amerikanischen Wesens zu gelangen.“⁴²⁴

Es mußten erst weitere 15 Jahre vergehen, bis die Pläne für den Aufbau von Amerikastudien in München nach dem Zweiten Weltkrieg neuen Auftrieb erhielten. Im September 1949 stellte die Philosophische Fakultät einen Antrag an das Kultusministerium, den Leipziger Ordinarius für Englische Philologie Leo von Hübner zu Lebmansport mit einer Honorarprofessur für Literatur und Landeskunde der Vereinigten Staaten von Amerika zu betrauen. Zeittypisch begründet wurde der Antrag mit der „überragende(n) Bedeutung der Vereinigten Staaten [...]“ seit 1945.⁴²⁵ Knapp zwei Monate später wandte sich das Kultusministerium mit der Bitte und unter Verweis auf den zuvor genehmigten Erlanger Lehrstuhl Eduard Brenners an das Finanzministerium, nun auch „die Zustimmung zur Errichtung der gleichen Professur für die Universität München zu erteilen“.⁴²⁶ Und in einem weiteren Schreiben vom Dezember 1946 betonte das Kultus- gegenüber dem Finanzministerium abermals unter Berufung auf den Erlanger Antrag vom Februar

⁴²¹ Zur Berufung Hans-Joachim Langs und zu der weiteren Entwicklung der Erlanger Amerikanistik vgl. Bertram: Erlanger Anglistik, S. 51f. Vgl. hierzu auch die Einschätzung von Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 208f.

⁴²² Vgl. Ursula Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut der Universität München, in: Amerika-Institut 1949–1989, S. 4–6.

⁴²³ Vgl. hierzu Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 101 Anm. 6.

⁴²⁴ BayHStA, MK 69715, Schreiben Dr. Goldenbergers an Camillo von Klenze vom 17. 8. 1931.

⁴²⁵ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität München an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 19. 9. 1946.

⁴²⁶ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen vom 16. 11. 1946.

1946, daß „die Schaffung eines Ordinariats für Amerikakunde [...] durch die unmittelbare Berührung infolge der amerikanischen Besatzung zur Vertiefung der Kenntnisse des amerikanischen Geisteslebens begründet“ sei.⁴²⁷ Damit erhielt die Notwendigkeit für die Errichtung eines derartigen Lehrstuhls nicht nur eine allgemein-abstrakte Dimension, die mit der neuen weltpolitischen Rolle der USA zusammenhing, sondern eine konkret-pragmatische Begründung durch den unmittelbaren Kontakt mit Amerikanern und deren Kultur im eigenen Land. Am 20. Februar 1947 stimmte das Finanzministerium schließlich dem Antrag des Kultusministeriums mit der Einschränkung zu, „daß beim Ausscheiden des Stelleninhabers die Beibehaltung der Professur einer neuerlichen Prüfung unterzogen wird“.⁴²⁸ Wie im Fall des Erlanger Lehrstuhls wurde also auch das Münchner Ordinariat mit einem k.w.-Vermerk versehen.

Als Wunschkandidat des Ministeriums und der Fakultät fungierte weiterhin Hibler zu Lebmannsport. Dieser hatte jedoch kurz nach dem Münchner Ruf einen weiteren Ruf auf einen Anglistik-Lehrstuhl an der Universität Wien erhalten. Nach Bekanntwerden dieser neuen Option zeigte sich der im Kultusministerium zuständige Hochschulreferent, Hans Rheinfelder, sichtlich darum bemüht, Hibler zu Lebmannsport auf die Vorzüge und Chancen hinzuweisen, die mit einer Professur in München verbunden seien. Dabei betonte Rheinfelder die in Aussicht stehenden Hilfsleistungen der amerikanischen Besatzungsmacht sowie die ausgezeichnete Bibliotheksausstattung des Münchner Amerika-Hauses:

„Auf alle Fälle müssen Sie größere Mittel bekommen, um ein amerikanisches Seminar aufzubauen. Wir werden übrigens ganz gewiß durch das freundliche Entgegenkommen der Besatzungsmacht eine ganze Reihe wertvoller Werke geschenkweise bekommen, erste Sendungen sind schon eingetroffen. [...]. Unsere amerikanischen Universitätsoffiziere zeigen ein wachsendes Interesse für unsere Bedürfnisse. Eine in München bereits bestehende, von der Besatzungsmacht gegründete und betreute American Library, als Präsenz- und Ausleihbibliothek, wird sicher in mancher Hinsicht eine Hilfe sein.“⁴²⁹

Obleich Rheinfelders Offerten ihre Wirkung offensichtlich nicht verfehlten, scheiterte die Berufung Hibler zu Lebmannsports letztlich an beamtenrechtlichen Hürden. Der Münchner Lehrstuhl für Amerikakunde blieb somit vorerst weiterhin vakant.⁴³⁰

Trotz dieser Verzögerungen in der Lehrstuhlfrage zeichnete sich in München seit 1947/48 der Aufbau eines universitären Amerika-Instituts ab. Eine Schlüsselrolle spielte hierbei der am Reed College in Oregon lehrende Heinz Friedrich Pe-

⁴²⁷ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen vom 20. 12. 1946.

⁴²⁸ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 29. 1. 1947.

⁴²⁹ BayHStA, MK 69715, Schreiben Hans Rheinfelders an Leo von Hibler zu Lebmannsport vom 20. 4. 1947.

⁴³⁰ Zu Leo von Hibler zu Lebmannsports Interesse vgl. BayHStA, MK 69715, Schreiben Leo von Hibleers zu Lebmannsport an Hans Rheinfelder vom 13. 5. 1947: „Ich höre mit Freude, daß die Besatzungsmacht sich tatkräftig hinter die neue Lehrkanzel stellt und werde mich bemühen, dieses Interesse lebendig zu erhalten.“ Zum Scheitern der Berufungsverhandlungen siehe Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 9, und Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 103.

ters, der von dem Münchner Anglisten Wolfgang Clemen nach dem endgültigen Scheitern der Berufungsverhandlungen mit Hibler zu Lebmannsport als kommissarischer Vertreter des amerikakundlichen Lehrstuhls ins Spiel gebracht wurde.⁴³¹ Unabhängig von der weiteren Zukunft des Ordinariats legte Peters, der selbst in München promoviert hatte, ein Konzept für die Gründung eines Amerika-Instituts vor, das sich deutlich an den strukturellen Aufbau amerikanischer Departments anlehnte.⁴³² Auch das interdisziplinäre Verständnis von Amerikastudien, das Peters seinem Institutsplan zugrunde legte, darf als Resultat amerikanischer Hochschulerfahrungen angesehen werden. So sollten im Rahmen des Instituts mehrere – vornehmlich amerikanische – (Gast-)Professoren Vorlesungen und Seminare nicht nur über amerikanische Literatur, sondern auch über die Geschichte, Wirtschaft und Verfassung der USA abhalten.⁴³³ „It goes without saying“, so Peters, „that no single professor can hope to be competent in the various fields which the term ‚Amerikanistik‘ implies. A more comprehensive effort is needed which is best served, I believe, by the establishment of an American Institute.“⁴³⁴ Und in einem zu Peters Instituts-Plan verfaßten Memorandum hob Clemen gegenüber dem Kultusministerium die besondere regionale wie überregionale Bedeutung des Projekts hervor:

„Die Vorteile eines solchen Amerika-Instituts für die Universität München, für das Land Bayern und für die Stadt München würden vor allem darin liegen, daß München das Zentrum der amerikanischen Studien nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa werden könnte, da es ein solches Institut, an dem Amerikanistik durch hervorragende amerikanische Dozenten gelehrt wird, in Europa vorläufig noch nicht gibt. [...] Der Aufenthalt einer größeren Zahl amerikanischer Studenten an der Universität München wäre ebenfalls in mehrfacher Hinsicht von Vorteil. Ebenfalls würde die Lehrtätigkeit von hervorragenden amerikanischen Gelehrten in München aus mehr als einem Grunde zu begrüßen sein.“⁴³⁵

Volle Unterstützung erhielt das Institutsprojekt auch vom damaligen Rektor der LMU. So versprach sich Walter Gerlach durch eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den USA wichtige Impulse für alle an der Münchner Universität vertretenen Disziplinen.⁴³⁶ Und auch im Kultusministerium fiel der Plan auf fruchtbaren Boden. In einem persönlichen Schreiben an Peters befürwortete Kultusminister Hundhammer die Gründung eines Amerika-Instituts – ganz

⁴³¹ Vgl. Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 453.

⁴³² Vgl. Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 9.

⁴³³ Hierzu hieß es in Peters Münchner Instituts-Konzept: „Das Institut hat zwei Aufgaben: a) Unterstützung des Studiums und Angebot zur Vertiefung der Kenntnis in amerikanischer Literatur, Geschichte, Kunst, Staats- und Wirtschaftswissenschaften; b) Bereitstellung eines Studienangebots für amerikanische Studenten. [...] Für Themen aus dem amerikanischen Kulturbereich wird er [der Institutsdirektor, S. P.] vorrangig amerikanische Lehrer von angesehenen Hochschulen vorsehen, die für ein bis drei Jahre mit einem den amerikanischen Verhältnissen angepaßten Gehalt bezahlt sind“ (zitiert nach Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 17).

⁴³⁴ BayHStA, MK 69750, Schreiben von Hans Friedrich Peters an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 6. 9. 1948.

⁴³⁵ BayHStA, MK 69750, Undatiertes Memorandum von Wolfgang Clemen zum Amerika-Institut an der Universität München.

⁴³⁶ BayHStA, MK 69750, Schreiben von Rektor Walter Gerlach an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 2. 3. 1949.

amerikanischen Intentionen entsprechend – mit dessen strategischer Bedeutung im Rahmen künftiger Elitenbildung:

„Ich finde die entwickelten Vorschläge begrüßenswert und bin bereit, bei den zuständigen Stellen mich für die Verwirklichung des Plans einzusetzen, da mir die Errichtung eines derartigen Instituts als bedeutungsvoll für die Heranbildung der künftig in Wirtschaft, Politik und Staatsleben führenden Persönlichkeiten im Rahmen ihres Universitätsstudiums erscheint.“⁴³⁷

Wie Hundhammer war auch Ministerpräsident Hans Ehard von der Idee eines großen Amerika-Instituts an der Münchner Universität angetan. Gegenüber dem für Hochschulfragen zuständigen Leiter der Education and Cultural Relations Division (ECRD) in Bayern, Charles Winning, betonte Ehard, welchen Stellenwert er diesem Projekt im Rahmen der Völkerverständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik beimaß: „Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit unserer Völker gibt es sicher keinen besseren Weg als eine Erörterung der einschlägigen Probleme auf einer sachlich wissenschaftlichen Ebene. Nur auf diese Weise können Mißverständnisse gründlich und nachhaltig beseitigt werden.“⁴³⁸

Erwartungsgemäß stießen Peters Planungen für München auch auf amerikanischer Seite auf breite Zustimmung, entsprachen doch alle Bemühungen zur Etablierung von Amerikastudien an deutschen Universitäten ganz den offiziellen amerikanischen Interessen. So signalisierte der bayerische ECRD-Leiter Winning gegenüber Peters seine volle Unterstützung.⁴³⁹ Positive Signale kamen auch von der Rockefeller-Foundation und dem State Department, insbesondere mit Blick auf mögliche materielle und finanzielle Hilfsleistungen. Diese waren für die Umsetzung des Projekts umso notwendiger, als die bayerische Staatsregierung – trotz ihrer unverändert positiven Grundhaltung – seit Herbst 1948 immer wieder deutlich gemacht hatte, daß aufgrund der Haushaltslage ein Teil der finanziellen Aufwendungen für das geplante Institut zumindest in der Aufbauphase aus amerikanischen Quellen bestritten werden müßte. Neben 240 000 DM aus dem Staats-

⁴³⁷ BayHStA, MK 69750, Schreiben des Kultusministers Alois Hundhammer an Heinz Friedrich Peters vom 7.9.1949.

⁴³⁸ BayHStA, MK 69750, Undatiertes Schreiben des Ministerpräsidenten Hans Ehard an Charles Winning (März 1949?). Vgl. in diesem Zusammenhang auch BayHStA, MK 69750, Schreiben Alois Hundhammers an Charles Winning vom 23.3.1949: „Dieser Plan birgt außerordentlich wertvolle Möglichkeiten für die umfassende wissenschaftliche Darstellung des amerikanischen Lebens, wie auch für die Entwicklung des Verständnisses zwischen den Völkern, das auch auf wissenschaftlicher Basis gepflegt werden muß. Wenn wir gerade hier in München den Vorzug haben sollten, dieses Institut in die Bayer. Landeshauptstadt zu bekommen, so sprechen dafür einige Gründe, die wir in mehrfachen Gesprächen ja schon öfter angedeutet haben. Einmal ist München die größte Stadt in der amerikanisch besetzten Zone Westdeutschlands, zum zweiten ist München die einzige westdeutsche Stadt [abgesehen seit 1948 West-Berlin, S. P.], die neben einer Universität auch eine Techn. Hochschule in ihren Mauern birgt, zum dritten stellt München mit der zwar stark zerstörten, aber doch nicht abgestorbenen Innenstadt ein richtigeres Bild des heutigen Deutschlands dar, als etwa eine unzerstörte Universitätsstadt, wie etwa Heidelberg, bieten kann. So würde hier die Möglichkeit gegeben, Amerika von höchster wissenschaftlicher Warte kennen zu lernen, wie sonst nirgends in Europa.“

⁴³⁹ Vgl. BayHStA, MK 69750, Das Amerika-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Geschichte seiner Entstehung von Professor Dr. Heinz Friedrich Peters, Juli 1951, S.3 und S.6.

haushalt für den Ausbau und die Unterhaltung der Institutsräume stellte die Rockefeller-Foundation im Jahre 1949 insgesamt 55 000 \$ für die Gehälter amerikanischer Gastprofessoren und den Ankauf von Literatur zur Verfügung.⁴⁴⁰ Hinzu kamen weitere amerikanische Bücherspenden im Wert von 10 000 \$ sowie eine aus 4 000 Bänden bestehende Bibliotheksdauerleihgabe der Erziehungsabteilung der Militärregierung.⁴⁴¹ Weitere staatliche und private Spenden aus den USA erhielt das Amerika-Institut auch in den Folgejahren. Bis zum Herbst 1949 hatte sich zudem ein beratendes Instituts-Kuratorium nach dem Vorbild amerikanischer „Advisory Councils“ gebildet, das sich paritätisch aus deutschen und amerikanischen Mitgliedern zusammensetzte. Am 7. November 1949 fanden schließlich die informellen Eröffnungsfeierlichkeiten für das Amerika-Institut der Universität München statt, obgleich der konkrete rechtliche Status des Instituts innerhalb des Universitätsgefüges weiterhin offenblieb.⁴⁴²

Die enge organisatorische und wissenschaftstheoretische Anlehnung des Münchner Amerika-Instituts an die damals aktuelle Entwicklung der American Studies in den USA war bereits in Peters' Gründungskonzept deutlich geworden. Wie schon angedeutet, war Peters davon überzeugt gewesen, daß Amerikastudien in einem umfassenden Sinne nicht von einem einzigen Lehrstuhlinhaber gelehrt werden könnten. Statt dessen müßten mehrere Professuren geschaffen werden, die sich unterschiedlichen Teilaspekten der amerikanischen Kultur widmen.⁴⁴³ Peters orientierte sich dabei am Vorbild der an einigen amerikanischen Universitäten seit den 1940er Jahren neuengerichteten American Studies Departments:

„In den meisten amerikanischen Universitäten werden auch heute noch die spezifisch amerikanischen Aspekte der einzelnen Disziplinen, wie Literatur, Geschichte, Philosophie etc. im Gesamtrahmen dieser Disziplinen behandelt. [...] Allerdings bahnt sich eine Entwicklung an, die versucht der Amerikakunde einen eigenen Platz in der akademischen Ordnung einzuräumen. In Harvard, Minnesota und vielen kleineren Universitäten gibt es Sonderabteilungen für ‚American Studies‘, in denen der Gesamtkomplex Amerika behandelt wird. Ich halte diese Entwicklung für begrüßenswert, da sie den Eigenarten der amerikanischen Kultur mit ihrer starken sozialpolitischen Ausrichtung gerecht wird.“⁴⁴⁴

In München schlugen sich amerikanische Einflüsse jedoch nicht nur in der Organisationsstruktur des Instituts nieder, sondern auch auf personeller Ebene. Wegen des Mangels an deutschen Amerikakundlern bestand für alle an diesem Projekt beteiligten Stellen kein Zweifel darüber, daß bis zur Heranbildung eines eigenen akademischen Nachwuchses zumindest mittelfristig die Lehrveranstaltungen am Münchner Amerika-Institut von amerikanischen Spezialisten abgehalten werden müßten.⁴⁴⁵ Als erste Gastprofessoren gelang es Peters, den renommierten Litera-

⁴⁴⁰ Ebd., S. 5 und S. 9.

⁴⁴¹ Ebd., S. 10.

⁴⁴² Vgl. ebd., S. 11f. Zur Institutseröffnung vgl. ferner Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 25–31, besonders S. 29.

⁴⁴³ Zu Peters Gründungskonzept vgl. den Abdruck ebd., S. 16.

⁴⁴⁴ Vgl. BayHStA, MK 69750, Das Amerika-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Geschichte seiner Entstehung von Professor Dr. Heinz Friedrich Peters, Juli 1951, S. 2.

⁴⁴⁵ Ebd., S. 8. Ferner Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 15 und S. 36f.; Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 105.

turhistoriker Mumford Jones aus Harvard sowie den „Vater der neueren amerikanischen Geschichtsschreibung“ (Ursula Huber), den an der University of Wisconsin lehrenden Merle Curti, für das Sommersemester 1950 zu gewinnen.⁴⁴⁶ Kultusminister Hundhammer bedankte sich bei Charles Winning für die Bereitschaft amerikanischer Gelehrter, für ein oder zwei Semester an der noch immer stark zerstörten LMU zu lehren: „Wir sind nun für die uns zugedachte Hilfsstellung der amerikanischen Wissenschaft außerordentlich dankbar, da wir von Seiten des bayerischen Staates und der Universität München nur die notwendigen Räume, Assistenten und den laufenden Unterhalt zur Verfügung stellen können.“⁴⁴⁷

Mit Hilfe der amerikanischen Gastprofessoren sollte gewährleistet werden, daß die Münchner Studenten einen fundierten Einblick sowohl in die Kultur der Vereinigten Staaten, als auch in gängige oder neue wissenschaftliche Methoden und Themenstellungen der American Studies erhielten. Zudem wurde dem akademischen Nachwuchs von staatlichen bzw. privaten Stellen in den USA die Möglichkeit eröffnet, seine amerikakundlichen Kenntnisse während eines Amerikaaufenthalts zu vertiefen. So richtete sich beispielsweise die Kulturabteilung des State Departments im April 1952 mit dem Angebot an jüngere Assistenten und Dozenten der neugegründeten amerikawissenschaftlichen Institute und Lehrstühle in der Bundesrepublik, sich während einer dreimonatigen Studienreise „mit ähnlichen Einrichtungen in Amerika bekannt zu machen und die amerikanischen Methoden in Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Amerikakunde zu studieren“.⁴⁴⁸

Obgleich mit der im November 1949 erfolgten Gründung des Münchner Amerika-Instituts, dem ersten seiner Art auf deutschem Boden nach 1945, ein wichtiges amerikakundliches Zentrum in Westdeutschland geschaffen worden war, blieb dessen weitere Entwicklung ungewiß. Besonders problematisch wurde die Lage infolge des 1950 erzwungenen Rücktritts von Peters als dessen Leiter, nachdem das State Department diesem im Zuge des sich zuspitzenden Antikommunismus das Vertrauen entzogen hatte.⁴⁴⁹ Zwar wurde das Institut vorerst einer kommissarischen Leitung unterstellt, aber auch der vom Institut unabhängige Lehrstuhl für Amerikakunde war seit 1947 immer noch nicht besetzt worden. Gleichfalls ungeklärt war zum Zeitpunkt von Peters' Rücktritt die rechtliche Stellung des Instituts. Die damalige Situation hat Ursula Huber folgendermaßen beschrieben: „Ohne Berufung eines Ordinarius auf Dauer kein Institut, das war eine unumstößliche Tatsache.“⁴⁵⁰ Um die Lage schnellstmöglich wieder zu konsolidieren, unterbreitete die Universität dem Kultusministerium den Vorschlag, künftig auf

⁴⁴⁶ BayHStA, MK 69750, Das Amerika-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Geschichte seiner Entstehung von Professor Dr. Heinz Friedrich Peters, Juli 1951, S. 9. Vgl. auch Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 36 (Zitat).

⁴⁴⁷ BayHStA, MK 69750, Schreiben Alois Hundhammers an Charles Winning vom 23. 3. 1949.

⁴⁴⁸ BayHStA MK 69750, Schreiben Heinrich Stammers an Michael Schmaus vom 26. 6. 1952.

⁴⁴⁹ Zu dem Konflikt mit dem State Department aus der Sicht Peters vgl. BayHStA, MK 69750, Das Amerika-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Geschichte seiner Entstehung von Professor Dr. Heinz Friedrich Peters, Juli 1951, S. 12–20, sowie Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 107–109.

⁴⁵⁰ Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 40.

eine Zweiteilung der Funktionen zu verzichten und die Leitung des Instituts dem noch zu berufenden Lehrstuhlinhaber für Amerikakunde zu übertragen.⁴⁵¹ Durch diese Konstruktion sollte den Studenten am Amerika-Institut auch endlich die Möglichkeit eingeräumt werden, ihr Examen bei dem an der Philosophischen Fakultät angesiedelten Ordinarius für Amerikakunde abzulegen bzw. sich bei diesem auch zu promovieren.⁴⁵²

Zu Beginn des Jahres 1952 startete die Fakultät einen zweiten Versuch, das mittlerweile seit fünf Jahren vakante Ordinariat zu besetzen. Einstimmig wurde der an der Louisiana State University lehrende Eric Voegelin auf den ersten Platz der Berufungsliste gesetzt. Auf dem zweiten Platz folgte mit Ferdinand Aloys Hermens ein weiterer deutscher Emigrant, der seit 1938 an der Universität von Notre Dame in Indiana unterrichtete.⁴⁵³ Wie schon erwähnt, konnte sich der von amerikanischer Seite und der Universitätsleitung bevorzugte Arnold Bergstraesser bei den Senatsmitgliedern nicht durchsetzen.⁴⁵⁴ Davon abgesehen ist auffallend, daß es sich bei den drei potentiellen Kandidaten um keine ausgewiesenen Amerikanisten handelte, sondern um Politikwissenschaftler, die nur wenige Jahre später an den Universitäten Freiburg (Bergstraesser), Köln (Hermens) und München (Voegelin) maßgeblich zur Etablierung der Political Science in Westdeutschland beitragen sollten.⁴⁵⁵ Diese Tatsache zeigt, daß in München weniger auf eine philologische als vielmehr auf eine politologisch-soziologische Ausrichtung der Amerikastudien Wert gelegt wurde. Gleichzeitig ist die Münchner Berufungsliste aber auch ein deutlicher Beleg für die damalige wissenschaftstheoretische Unschärfe beider Disziplinen. Abgesehen von der wissenschaftlichen Qualifikation scheint für die Aufstellung der Kandidaten nicht zuletzt deren unmittelbare Amerikaerfahrung ausschlaggebend gewesen zu sein, von der man sich in München wichtige Impulse für die junge Disziplin versprach.⁴⁵⁶ Daß dem so war, veranschaulichen die damaligen Fakultäts-Gutachten zu Voegelin und Hermens. Über Voegelin heißt es dort:

⁴⁵¹ Vgl. BayHStA, MK 69750, Vormerkung des Hochschulreferenten im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus Hans Rheinfelder vom 21.2.1952.

⁴⁵² Vgl. Marsen: *Zwischen Reeducation und politischer Philosophie*, S. 110.

⁴⁵³ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Rektors Michael Schmaus an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 14.1.1952.

⁴⁵⁴ Zur amerikanischen Unterstützung einer Berufung Bergstraessers vgl. Huber: *Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut*, S. 42.

⁴⁵⁵ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Rektors Michael Schmaus an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 14.1.1952.

⁴⁵⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang BayHStA, MK 69715, Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität München an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 3.1.1952: „Die Philosophische Fakultät der Universität München hat sich in vielen Voll- und Kommissionssitzungen mit den Fragen und Möglichkeiten der Besetzung der planm. amerikanistischen Professur beschäftigt, deren Inhaber auch für die Leitung des Amerika-Instituts in Aussicht genommen ist. Die Notwendigkeit auch von unserer Universität aus zum Verständnis amerikanischer Kultur und Geschichte bei der akademischen Jugend Deutschlands einen wesentlichen Beitrag zu liefern, stellt uns vor die Aufgabe, zwischen Historikern, Philologen, Literaturhistorikern, Soziologen zu wählen. Nach eingehender Würdigung vieler Personen des In- und Auslandes [...] hat sich die Fakultät schließlich für zwei Herren entschieden, [...], die mit Nordamerika [...] bestens vertraut, insbesondere soziologisch Hervorragendes geleistet haben.“

„Erich Voegelin ist daher für die amerikanische Professur besonders geeignet, weil er bereits in seiner Studienzeit an verschiedenen amerikanischen Universitäten gearbeitet hat und auch gleich seine dortigen Erfahrungen vom amerikanischen Leben in der Schrift über *Die Form des amerikanischen Geistes* zusammengefaßt hat. Als Wissenschaftssoziologe wäre er weiterhin jetzt nach seiner 13jährigen Lehrtätigkeit in Amerika im Stande, Lehrpläne und Prüfungsordnungen der Soziologie in Amerika für die Neueinrichtung der soziologischen Lehrordnung in Deutschland auszuwerten.“⁴⁵⁷

In ganz ähnlicher Weise hob auch das Gutachten zu Hermens dessen spezifische USA-Kenntnisse hervor:

„Hermens hat seine genaue Kenntnis des amerikanischen Staatslebens und Wirtschaftslebens in der Mehrzahl seiner Schriften ausführlich unter Beweis gestellt. [...] Auch er kennt durch eine langjährige Erfahrung die Einrichtung, Lehrpläne und Prüfungsordnungen der Soziologie in Amerika und wäre daher auch berufen, bei ihrer Übertragung auf deutsche Verhältnisse maßgeblich mitzuwirken.“⁴⁵⁸

Entgegen allen Bemühungen durch Universität und Kultusministerium gelang es jedoch nicht, Voegelin zu einer Rufannahme zu bewegen. Dieser fühlte sich aus wissenschaftlichen, aber auch finanziellen Gründen noch nicht in der Lage, einen Wechsel von Louisiana an die Isar vorzunehmen.⁴⁵⁹ Die damit einhergehende Gefahr eines abermaligen Scheiterns der Münchner Berufungsverhandlungen scheint auch unter HICOG-Vertretern wachsendes Unverständnis hervorgerufen zu haben, wie einem Brief des zuständigen Hochschulreferenten im bayerischen Kultusministerium an Voegelin entnommen werden kann: „Schon jetzt können es die Herren der Besatzungsmacht nicht verstehen, daß ausgerechnet der Lehrstuhl für Amerikakunde immer noch unbesetzt ist. [...] Bleibt aber der Lehrstuhl weiterhin unbesetzt, so besteht die große Gefahr, daß unsere Handlungsweise mißdeutet wird.“⁴⁶⁰

Wegen der endgültigen Absage Voegelins im Juli 1952 empfahl das Kultusministerium der Universität, künftig „in die Vorschlagliste nur Gelehrte aufzunehmen, die bereits in Deutschland tätig sind“.⁴⁶¹ Dieser Position lag die aus den Verhandlungen mit Voegelin gereifte Erkenntnis zugrunde, daß die Berufung eines in den USA lebenden Gelehrten erneut finanzielle und beamtenrechtliche Schwierigkei-

⁴⁵⁷ BayHStA, MK 69715, Gutachten des Philosophischen Seminars I der Universität München zu Prof. Dr. Eric Voegelin vom 7. 12. 1951.

⁴⁵⁸ BayHStA, MK 69715, Gutachten des Philosophischen Seminars I der Universität München zu Prof. Dr. Ferdinand Aloys Hermens vom 7. 12. 1951.

⁴⁵⁹ Vgl. hierzu Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 44; Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 115.

⁴⁶⁰ BayHStA, MK 69715, Schreiben Hans Rheinfelders an Eric Voegelin vom 18. 5. 1952. Daß man, wie von Rheinfelder in seinem Brief an Voegelin betont, auf amerikanischer Seite die Vorgänge in München tatsächlich mit einer gewissen Sorge verfolgte, belegt BayHStA, MK 69715 (o. Nr.), Schreiben des Staatsrates Hans Meinzolt an Edward F. D'Armes (Rockefeller Foundation) vom 23. 6. 1952, in dem Meinzolt auf Anfrage D'Armes über den aktuellen Stand der Berufungsverhandlungen berichtete. Seinen Brief schloß Meinzolt mit dem zeittypischen Satz: „Ich denke mit Vergnügen an meinen Aufenthalt in Amerika zurück, bei dem ich viel gesehen und auch nicht wenig gelernt habe. Ich will mich bemühen, manches von dem Gelernten an unsere Verhältnisse anzupassen.“

⁴⁶¹ BayHStA, MK 69715, Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Rektorat der Universität München vom 17. 9. 1952.

ten nach sich ziehen könnte. Tatsächlich erhielt die neue, bereits im Dezember 1952 dem Ministerium vorgelegte Berufungsliste eine in personeller und wissenschaftlicher Hinsicht völlig neue Ausrichtung. Mit dem Philosophen Helmut Kuhn (Erlangen) und den beiden Anglisten Rudolf Stamm (Basel) und Helmut Papajewski (Köln) wurden drei Kandidaten ausgewählt, die bereits an Universitäten im deutschsprachigen Raum lehrten.⁴⁶² Ferner zeigt die Auswahl der Kandidaten, daß nun entgegen der ursprünglichen Intention dem zu besetzenden Lehrstuhl eine primär philosophisch-philologische Ausrichtung gegeben werden sollte. Schließlich erhielt der Erlanger Philosoph Kuhn zum 1. Mai 1953 den Ruf nach München. Für ihn sprach offeringkundig seine langjährige Lehrtätigkeit an amerikanischen Universitäten.⁴⁶³ Damit übernahm Kuhn in Personalunion auch die Leitung des Münchner Amerika-Instituts, das seit Peters unfreiwilligem Ausscheiden von dem amerikanischen Soziologen William C. Lehmann kommissarisch geführt worden war.⁴⁶⁴

Allerdings blieb Kuhn letztlich seinen philosophischen Wurzeln treu. Im September 1958 folgte er einem internen Ruf auf einen Lehrstuhl für Philosophie an der LMU.⁴⁶⁵ Dieser Wechsel erwies sich für den Fortbestand der Münchner Amerikanistik wegen des immer noch bestehenden k.w.-Vermerks als erneut gefährlich. Aus Sicht der Philosophischen Fakultät besaß daher die Sicherung des amerikanistischen Ordinariats besondere Priorität. In einem Schreiben an Kultusminister Theodor Maunz warnte Dekan Herbert Franke vor den negativen Folgen, die ein Wegfall des Lehrstuhls möglicherweise auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen mit sich bringen könnte:

„Die Fakultät war einhellig der Ansicht, daß die einzige Lösung, die für sie in Frage kommt, die Errichtung eines neuen Lehrstuhls für Amerikanistik ist. Gerade angesichts der eminent politischen Bedeutung der Vereinigten Staaten und der beträchtlichen Beiträge, die von amerikanischer Seite dem Amerika-Institut zugewendet worden sind, erscheint es als untragbar, das bisher durch eine ordentliche Professur vertretene Fach nunmehr nur in Form eines Lehrauftrages weiterzuführen. Dies könnte unter Umständen von amerikanischer Seite sogar als Interessenlosigkeit der Universität München gegenüber den deutsch-amerikanischen Beziehungen gedeutet werden.“⁴⁶⁶

Die Bemühungen der Universität waren schließlich erfolgreich. Mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung der Ford-Foundation konnte zum 1. September 1960 Friedrich Georg Friedmann auf einen Lehrstuhl für Nordamerikanische Kulturgeschichte berufen werden.⁴⁶⁷ Der 1912 in Augsburg geborene Friedmann, seit 1946 Professor an der University of Arkansas, sollte dem Münchner Amerika-In-

⁴⁶² Vgl. BayHStA, MK 69712, Schreiben des Rektors Mariano San Nicolò an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 19. 12. 1952.

⁴⁶³ BayHStA, MK 69715, Memorandum des Bayerischen Staatsministeriums zur Wiederbesetzung der ordentlichen Professur für Amerikanische Kulturgeschichte vom 4. 2. 1953.

⁴⁶⁴ Zur nicht unumstrittenen Berufung Kuhns vgl. auch Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 45–47, sowie Marsen: Zwischen Reeducation und politischer Philosophie, S. 116–118.

⁴⁶⁵ Vgl. Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S. 48.

⁴⁶⁶ BayHStA, MK 69686, Schreiben Herbert Frankes an Theodor Maunz vom 26. 11. 1958.

⁴⁶⁷ Zu Friedmanns Wirken in München vgl. Gert Reathel: Nordamerikanische Kulturgeschichte 1960–1980, in: Amerika-Institut 1949–1989, S. 63–66.

stitut bis zu seiner Emeritierung 1979 vorstehen. Unter seiner Ägide begann der weitere personelle Ausbau der Münchner Amerikastudien. Mit der Berufung Klaus Poenickes auf das 1968 neugeschaffene Ordinariat für amerikanische Literaturgeschichte erhielten die Amerikastudien an der LMU eine wichtige literaturwissenschaftliche Erweiterung. Damit war auch die Konsolidierungsphase des Amerika-Instituts vorerst abgeschlossen, obgleich es im Unterschied zur FU Berlin nicht zur Einrichtung spezieller Amerikaprofessuren bei den Historikern und Politikwissenschaftlern kam.⁴⁶⁸ Zur Bedeutung des Münchner Instituts für die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Amerikastudien schrieb Franz Link bereits 1955 in „The German-American Review“: „The Munich Institute actually was the first experiment in American studies after the war. It attracted many well-known American scholars as lecturers and did pioneering work in promoting American studies all over Western Germany.“⁴⁶⁹

Im Unterschied zur relativ frühzeitigen Einrichtung neugeschaffener Lehrstühle für Amerikanische Kulturgeschichte in Erlangen und München hatte sich an der Universität Frankfurt wiederum ein eigenes Konzept von Amerikastudien entwickelt. Dort war man von Anfang an davon ausgegangen, daß ein einzelner Lehrstuhlinhaber nicht in der Lage sein werde, das komplexe Phänomen USA in seiner Gesamtheit auch nur annähernd zu erfassen. Aus diesem Grund orientierte sich das Frankfurter Institutmodell an einem sehr weitgefaßten Begriff von Amerikastudien, ähnlich dem, der sich damals auch in den Vereinigten Staaten immer deutlicher herauszuentwickeln begann. Ganz im Sinne einer interdisziplinären Herangehensweise sollten bestehende Fachgrenzen nicht zwingend aufgehoben werden. Das Frankfurter Amerika-Institut war daher als Zentrum gedacht, in dem die amerikawissenschaftlichen Ansätze unterschiedlichster Disziplinen koordiniert zusammenlaufen sollten. Der Vorteil dieses Modells bestand darin, daß Amerikastudien nicht erst als eigenständiges Fach durchgesetzt werden mußten, sondern im Rahmen des bestehenden Fächerkanons vergleichsweise rasch etabliert werden konnten.⁴⁷⁰

Auf Seiten der amerikanischen Besatzungsmacht zeigte man sich von dieser Konzeption besonders angetan, da diese ohne größeren finanziellen und materiellen Aufwand die Möglichkeit eröffnete, Amerikastudien an praktisch jeder deutschen Universität binnen kürzester Zeit einzuführen. Berücksichtigt man die Schwierigkeiten, die mit der Besetzung der Lehrstühle in Erlangen und München und den daraus resultierenden Folgen für die dortigen Institute immer wieder auftraten, ist diese Haltung nachvollziehbar. Ganz in diesem Sinne vermerkte Edward

⁴⁶⁸ Vgl. hierzu Klaus Poenicke: Amerikanische Literaturgeschichte am Amerika-Institut, in: Amerika-Institut 1949–1989, München 1989, S. 57–62; Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 454.

⁴⁶⁹ Franz Link: American Studies at Frankfurt University, in: The American-German Review, Bd. 21, Nr. 5 (1955), S. 7.

⁴⁷⁰ Grundlegend zur Konzeption und Gründungsgeschichte des Frankfurter Amerika-Instituts vgl. Fritz Meinecke: The Amerika-Institut in Frankfurt, in: Newsletter of the European Association for American Studies 1 (1955), S. 281–332; Link: American Studies at Frankfurt University, S. 6–8; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 209–216.

A. Fitzpatrick in seinem 1951 für das State Department verfaßten American Studies-Report:

„The creation of this institute at Frankfurt is a clear evidence of its possibility. It is a demonstration of its practability. Obviously therefore any German university could, if it will, establish an American Institute in this form within the present structure of the university.“⁴⁷¹

Ein erster Plan für ein Amerika-Institut an der Universität Frankfurt ging auf den promovierten Romanisten Fritz Meinecke zurück, der seit 1946 in Frankfurt eine neugeschaffene Assistentenstelle für Amerikakunde innehatte. Für das Engagement des jungen Assistenten scheint nicht unerheblich gewesen zu sein, daß Meinecke gemeinsam mit dem damaligen Rektor der Frankfurter Universität, dem Juristen Walter Hallstein, als Kriegsgefangener in einem amerikanischen Lager an einem Reeducation-Programm teilgenommen hatte, in dessen Rahmen beide offensichtlich auch mit American Studies konfrontiert worden waren.⁴⁷² Meineckes Überlegungen sahen vor, ein interfakultativ organisiertes Institut in den Räumen der American Library in Frankfurt unterzubringen. Das von Hallstein unterstützte Ansinnen wurde jedoch von der amerikanischen Militärregierung in Hessen abgelehnt, da diese zu diesem Zeitpunkt noch die grundsätzliche Linie verfolgte, deutsche und amerikanische Einrichtungen strikt voneinander zu trennen. Um das Instituts-Projekt dennoch voranzutreiben, wurde im Oktober 1946 vom Senat der Universität ein Ausschuß eingesetzt, dem neben dem Anglisten Theodor Spira auch der u. a. auf amerikanische Geschichte spezialisierte Historiker Otto Vossler angehörten. Mit dem Wintersemester 1946/47 nahm das Institut dann zumindest informell seine Arbeit auf, ohne einen konkreten rechtlichen Status zu besitzen.⁴⁷³ Im Jahre 1950 legten Spira und Meinecke eine neue Satzung vor, die das Institut als überfakultative universitäre Einrichtung mit eigenem Haushalt definierte. Die Institutsleitung wurde dem Direktor des Englischen Seminars übertragen, der einem interfakultativen, also aus Vertretern der beteiligten Disziplinen bestehenden Kuratorium vorstand. Mit dieser Konstruktion erhielt das Institut – trotz der angestrebten Interdisziplinarität – eine dezidiert philologische Ausrichtung.⁴⁷⁴ Nach Franz Link, 1947 wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl Spira und 1961

⁴⁷¹ Edward A. Fitzpatrick: American Studies in German Universities. U.S. Specialist Report, Office of the U.S. High Commission for Germany. Education Branch, 6.9.1951 (Typescript). Hier zitiert nach Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.210.

⁴⁷² Vgl. Martin Christadler: Becoming an Americanist in Postwar Germany, in: Lenz/Millich: American Studies in Germany, S.26–36, hier S.33; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.211.

⁴⁷³ Ebd., S.213.

⁴⁷⁴ Zum sogenannten „Frankfurter Plan“ und der engen Verbindung mit dem Englischen Seminar der Universität schreibt Meinecke: The Amerika-Institut, S.22: „From what has been said so far about growth of the Institute it will have become clear that it grew out of the English Department. Its plan, the so-called ‚Frankfurt Plan‘, rests on the main idea that American Studies at a university in Germany have to be conducted in a scholarly fashion by integrating research and teaching in the various disciplines with literature and language as its fundamental core, representing its prerequisite on the one hand and its final integration on the highest level of values on the other. The work of the ‚Amerika-Institut‘ is therefore closely connected with that in the English Department, and this not merely for the practical reason that it is especially the student of English who has to cover American literature as well in the final examination.“

„der erste rein amerikanistische Habilitand nach dem Krieg“⁴⁷⁵, hatten sich Spira und Meinecke hinsichtlich der organisatorischen Struktur des Instituts von amerikanischen Vorbildern anregen lassen: „It [das Amerika-Institut, S. P.] was originated by Professor Theodor Spira and Dr. Fritz Meinecke after careful study of similar institutions in the United States with a view to adapting them to German needs.“⁴⁷⁶

Von dem zu Beginn der 1950er Jahre durch HICOG initiierten American-Studies-Programm profitierte auch das Frankfurter Amerika-Institut. Finanziert von amerikanischen Geldern konnte das Lehrangebot durch zahlreiche amerikanische Gastprofessoren erweitert und die Institutsbibliothek sukzessive ausgebaut werden.⁴⁷⁷ Doch bald reichten die Räumlichkeiten im alten Englischen Seminar für die Aufrechterhaltung des sich stetig erweiternden Institutsbetriebs nicht mehr aus. Schließlich konnte das Institut 1954 gemeinsam mit den Anglisten in ein neues Institutsgebäude umziehen und nun auch offiziell als „Amerika-Institut der Universität Frankfurt“ eröffnet werden.⁴⁷⁸ Nichtsdestotrotz begann sich die ursprünglich intendierte Konzeption eines interdisziplinären Instituts immer mehr aufzulösen. Die von Spira und Meinecke gewollte Anlehnung an die Anglistik führte in der Folgezeit zu einer wachsenden Philologisierung der Frankfurter Amerikastudien. Von dem ursprünglich fächerübergreifenden Ansatz war gegen Ende der 1950er Jahre kaum etwas geblieben.⁴⁷⁹ Martin Christadler, seit 1968 Ordinarius für amerikanische Literatur in Frankfurt, hat die damals am Institut vorherrschende Situation folgendermaßen beschrieben:

„By the late 1950s, however, or the early 1960s, the Frankfurt Amerika-Institut had been absorbed into the mainstream of the Humanities in the German academic system: it trained students who would go on to teach English in the German Gymnasium, and this meant a dominant emphasis on literature and philology, preferably British.“⁴⁸⁰

Schließlich erreichte diese Entwicklung im Jahre 1970 einen zweifelhaften Höhepunkt, als im Zuge der universitären Strukturreformen das Amerika-Institut aufgelöst und gemeinsam mit den Anglisten zu einem Institut für England- und Amerikastudien zusammengefaßt wurde. Erst die 1979 erfolgte Gründung des interdisziplinären und überfakultativen Zentrums für Nordamerika-Forschung (ZENAF) versuchte wieder an die ursprünglich interdisziplinäre Konzeption des Frankfurter Amerika-Instituts anzuknüpfen.⁴⁸¹

Einen soziologisch ausgerichteten Gegenentwurf zu den bisher vorgestellten philologisch und kulturhistorisch angelegten Institutsgründungen bildete das 1953

⁴⁷⁵ So Finkenstaedt: Kleine Geschichte der Anglistik, S. 297.

⁴⁷⁶ Link: American Studies in Frankfurt, S. 7.

⁴⁷⁷ Meinecke: The Amerika-Institut, S. 22.

⁴⁷⁸ Link: American Studies at Frankfurt University, S. 8.

⁴⁷⁹ Vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 217.

⁴⁸⁰ Christadler: Becoming an Americanist in Postwar Germany, S. 33.

⁴⁸¹ Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 217. Zum ZENAF der Universität Frankfurt siehe auch Karin Meißenburg: Interdisziplinarität und die Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Das Zentrum für Nordamerika-Forschung (ZENAF) an der Universität Frankfurt, in: Franz Greß/Hans Vorländer (Hg.): Liberale Demokratie in Europa und den USA, Frankfurt am Main/New York 1990, S. 341-355.

als außeruniversitäre Forschungs- und Lehrereinrichtung gegründete „George-Washington-Institut“ (GWI) in Stuttgart. „The Institute represents“, wie schon Skard hervorhob, „the most thorough effort on German soil to make American Studies a part of the Social Sciences.“⁴⁸² Maßgeblich geprägt wurde die Konzeption des GWI durch die Vorstellungen des Philosophen und Soziologen Eduard Baumgarten⁴⁸³, der sich für ein Primat der Sozialwissenschaften innerhalb der Amerikastudien aussprach, und das kooperative Modell des damals noch amerikanische Kulturgelehrte in Erlangen lehrenden Arnold Bergstraesser.⁴⁸⁴ Letzterer hatte auf der Marburger Gründungsversammlung der DGfA am 13. Juni 1953 einen bemerkenswerten Vortrag zum Thema *Amerikastudien als Problem der Forschung und Lehre* gehalten, in dem er seine Ansichten über die wissenschaftstheoretischen und methodischen Grundlagen des Faches erläuterte.⁴⁸⁵ Wegen der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes und der daraus resultierenden Methodenvielfalt wandte sich Bergstraesser sowohl gegen den Versuch, Amerikastudien als eigenständige universitäre Disziplin zu etablieren, als auch gegen den Trend einer primär philologischen Ausrichtung des Faches.⁴⁸⁶ Mit Verweis auf die neuesten Entwicklungen in den USA sprach sich Bergstraesser deshalb für einen kooperativ-interdisziplinären Zugang aus:

„Amerikastudien sind [...] durch die Eigenart ihres Gegenstandes auf die Zusammenarbeit mehrerer Disziplinen angewiesen. [...] Aus dieser Prämisse sind meines Erachtens für die Organisation der Amerikastudien an deutschen Universitäten klare Folgerungen zu ziehen. Wenn die deutschen Amerikastudien diesen Weg der Kooperation beschreiten, so tun sie

⁴⁸² Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 323. Grundlegend zur Konzeption und Entstehungsgeschichte des GWI vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 231–241.

⁴⁸³ Baumgarten begann seine wissenschaftliche Laufbahn 1927 als Assistant-Professor für amerikanische Philosophie an der University of Madison, bevor er 1933 zunächst als Universitätsdozent nach Göttingen wechselte und 1940 ein Ordinariat für Philosophie an der Universität Königsberg übernahm. Baumgarten war daher – wie auch Bergstraesser – mit der Wissenschaftsorganisation und dem akademischen Leben an amerikanischen Hochschulen bestens vertraut.

⁴⁸⁴ Vgl. Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 231–233.

⁴⁸⁵ Arnold Bergstraesser: *Amerikastudien als Problem der Forschung und Lehre*, in: ders.: *Politik in Wissenschaft und Bildung*, S. 191–200. Zur Bedeutung und zu den Folgen von Bergstraessers Marburger Rede für die weitere Entwicklung der deutschen Amerikastudien vgl. Blanke: *Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien*, S. 81, und besonders Moltmann: *Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien*, S. 119–135.

⁴⁸⁶ Vgl. Bergstraesser: *Amerikastudien als Problem*, S. 193: „Im Gefüge der deutschen Universitäten stehen eine Reihe grundsätzlich verschiedener Möglichkeiten zur Verfügung, um diese Aufgabe zu lösen. Es ist denkbar, mit der Einrichtung von Amerikastudien die Begründung einer neuen Disziplin ins Auge zu fassen, oder zweitens sie als eine Erweiterung der Forschung und Lehre auf den Gebieten der englischen Philologie, Sprache und Literatur aufzufassen, oder drittens, Amerikastudien in Spezialgebiete aufzuteilen und an Einzeldisziplinen wie die Sozialwissenschaft, das Staats- und Völkerrecht und die Geschichtswissenschaft anzugliedern, oder aber viertens, die Amerikastudien als einen kooperativen Versuch verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen zu betreiben. Meine eigene Überzeugung geht dahin, daß von den drei erstgenannten Möglichkeiten förderliche Lösungen nicht zu erwarten sind, daß aber die an vierter Stelle vorgeschlagene des kooperativen Experiments von einer Bedeutung sein könnte, die über die Amerikastudien als solche weit hinausreicht.“

damit einen auch auf anderen Sachgebieten durch die neueren Entwicklungen der Wissenschaftsgeschichte wie der Weltgeschichte vordringlich gewordenen Schritt. An führenden amerikanischen Universitäten hat man diese Notwendigkeit eingesehen und insbesondere auf der Stufe der ‚graduate‘ und ‚postgraduate studies‘ die in Amerika sehr viel stärker als in Deutschland vorgeschrittene Spezialisierung durch Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen, besonders auf Grenzgebieten, zu überwinden versucht, ohne die Qualität und Klarheit der wissenschaftlichen Methode zu beeinträchtigen.“⁴⁸⁷

Aus nachvollziehbaren Gründen stieß ein derartiges Verständnis von Amerikastudien, das sich dezidiert gegen eine literatur- bzw. sprachwissenschaftliche Vereinnahmung des Faches richtete, bei der Mehrzahl der vorwiegend aus Anglisten bestehenden DGfA auf Ablehnung. Noch 1951 hatte deren erster Vorsitzender, der Marburger Anglist Walther Fischer, die besondere Leitfunktion der Anglistik innerhalb der deutschen Amerikastudien bekräftigt.⁴⁸⁸ Im Gegensatz dazu sah nun das Forschungs- und Lehrprogramm des Stuttgarter GWI vor, amerikanische Literatur und Sprache lediglich als eine wichtige Facette eines viel umfassenderen Amerikabildes zu behandeln. Entsprechend den wissenschaftlichen Interessenschwerpunkten Baumgartens und Bergstraessers bestand das GWI daher aus zwei gleichberechtigten Abteilungen: Bergstraesser übernahm die „Abteilung für amerikanische Kultur“, während Baumgarten die „Abteilung für Vergleichende Sozialforschung“ leitete. Beide Abteilungen widmeten sich aus jeweils unterschiedlichen Perspektiven und unter Verwendung divergierender methodischer Ansätze den gesellschaftlichen, kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den USA.⁴⁸⁹ Zudem sollte das Institut – ganz im Sinne der demokratie- und kulturpolitischen Rolle, die dem Aufbau westdeutscher Amerikastudien von amerikanischer Seite zugedacht war – auch eine politische Erziehungsfunktion übernehmen, also künftige deutsche Eliten mit der amerikanischen Kultur vertraut machen. So betonte der von Bergstraesser und Baumgarten verfaßte Gründungsbeschuß, „daß die Existenzsicherung [...] des westlichen Kulturkreises [...] in erster Linie der Klärung und Gestaltung der geistigen Grundlagen bedarf, und [...], daß eine intime Vertrautheit mit der Weltmacht der Vereinigten Staaten und ihren geistigen Strömungen eine Voraussetzung jeder solchen Bemühung sein muß“.⁴⁹⁰

Entgegen diesen durchaus ambitionierten Stuttgarter Bemühungen, Amerikastudien auf einer möglichst breiten Grundlage zu betreiben, war auch dem GWI in seiner ursprünglichen Konzeption nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Erneut zeigte sich die Abhängigkeit des Instituts von den wissenschaftlichen Präferenzen seiner Leitungspersönlichkeiten. Im Stuttgarter Fall hatte dies zwar keine Philologisierung, jedoch eine zunehmende Soziologisierung zur Folge. Auch wandte sich das GWI binnen weniger Jahre immer mehr von seinem eigentlichen Untersuchungsgegenstand – den USA – ab. Dieser thematischen Neuausrichtung

⁴⁸⁷ Ebd., S. 196f.

⁴⁸⁸ Vgl. Fischer: Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan, S. 415.

⁴⁸⁹ Zu den jeweiligen Lehrinhalten, dem Aufbau und der Organisation des GWI vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 237f.

⁴⁹⁰ UA Mannheim C3 12/2, GWI für Amerikakunde, Denkschrift vom März 1954. Hier zitiert nach Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 236.

lag die Erkenntnis zugrunde, daß es aus Gründen der unmittelbaren Relevanz vorrangiger sei, sich künftig mit Hilfe des aus den USA entlehnten empirischen Forschungsinstrumentariums verstärkt Entwicklungen in der jungen Bundesrepublik zu widmen.⁴⁹¹ „Man war zwar“, wie Strunz es formuliert hat, „an der Übernahme amerikanischer sozialwissenschaftlicher Forschungsmethoden interessiert, baute aber schrittweise die Aufgabe der Beschäftigung mit Amerika als Forschungsgegenstand ab.“⁴⁹² Spätestens mit der Berufung Baumgartens auf einen Lehrstuhl für Empirische Soziologie an der Wirtschaftshochschule Mannheim im Jahre 1957 und der damit einhergehenden Verlegung des Instituts war dieser Richtungswechsel nicht mehr aufzuhalten. Nach Baumgartens Emeritierung 1963 wurde das in „Institut für empirische Sozialforschung“ umbenannte ehemalige GWI endgültig dem Mannheimer Lehrstuhl für Soziologie zugeordnet. Obwohl es zu keiner offiziellen Auflösung des GWI kam, war mit dem Umzug nach Mannheim auch der Stuttgarter Versuch einer Etablierung von Amerikastudien auf sozialwissenschaftlicher Basis letztendlich gescheitert.⁴⁹³

Zu einem bis heute existierenden Zentrum der Amerikastudien in der Bundesrepublik entwickelte sich demgegenüber die 1948 gegründete FU Berlin.⁴⁹⁴ Wie im Fall der Politikwissenschaft bot die mit massiver amerikanischer Hilfe aufgebaute FU hierfür das entsprechende geopolitische, aber auch wissenschaftliche Umfeld. Erste Kurse zu amerikanischen Themen waren bereits kurz nach Gründung der FU – wie fast überall in Deutschland – im Rahmen des dortigen Englischen Seminars abgehalten worden. Im Zuge einer HICOG-Spende in Höhe von 500 000 DM konnte 1952 innerhalb der Anglistik eine erste Amerika-Abteilung eingerichtet werden, die von dem amerikanischen Gastprofessor Erich Barnes geleitet wurde.⁴⁹⁵ Doch erst seit der Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für amerikanische Literatur und der damit verbundenen Gründung des Amerika-Instituts im Jahre 1954 begann die Verselbständigung und Institutionalisierung der Berliner Amerikastudien. Das Ordinariat und die Institutsleitung übernahm der Amerikaner John McCormick, der als ehemaliger Direktor des von der Harvard University gegründeten „Salzburg Seminar of American Studies“ zu den damals bedeutendsten Amerikanisten zählte.⁴⁹⁶ Es war in erster Linie McCormick zu verdanken, während seiner fünfjährigen Berliner Tätigkeit „die Anforderungen an

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² Ebd., S. 238.

⁴⁹³ Vgl. ebd., S. 241.

⁴⁹⁴ Zur Gründungsgeschichte und Entwicklung des Berliner Amerika-Instituts (ab 1963 John-F.-Kennedy-Institut) vgl. u. a. Ursula Brumm: Amerikanistik am Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin, in: Manfred Scheler (Hg.): Berliner Anglistik in Vergangenheit und Gegenwart 1810–1985, Berlin 1987, S. 189–195; Tent: Freie Universität Berlin, S. 446–454; Willi Paul Adams: Die Geschichte Nordamerikas in Berlin, in: Reimer Hansen/Wolfgang Ribbe (Hg.): Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, Berlin/New York 1992, S. 595–601; ders.: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 454f.

⁴⁹⁵ Adams: Geschichte Nordamerikas in Berlin, S. 597.

⁴⁹⁶ Vgl. Brumm: Amerikanistik am Kennedy-Institut, S. 190; Knud Krakau: America Seen from the Outside. Topics, Models, and Achievements in the Federal Republic of Germany, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S. 1–7, hier S. 2.

das Studium der Amerikanistik [...] dem Standard von guten amerikanischen Universitäten angeglichen zu haben“.⁴⁹⁷ Zum Ausdruck kam diese „Amerikanisierung“ des Lehr- und Studienbetriebs durch Erstellung obligatorischer Stundenpläne und Leselisten sowie durch die Einführung einer Zwischenprüfung „nach amerikanischem Muster“.⁴⁹⁸ Nach McCormicks Rückkehr in die USA 1959 wurde mit Charles Nichols erneut ein Amerikaner auf den Lehrstuhl für amerikanische Literatur berufen.⁴⁹⁹ Noch im gleichen Jahr gelang es, finanziert durch Gelder der Ford-Foundation, eine zusätzliche Gastprofessur für Amerikanische Geschichte einzurichten. Schließlich erhielten die Berliner Amerikawissenschaften mit der im Jahre 1963 erfolgten Berufung von Ursula Brumm auf einen Lehrstuhl für amerikanische Kultur eine entsprechend kulturwissenschaftliche Erweiterung.⁵⁰⁰

Parallel zu diesem sukzessiven Ausbau der Amerikawissenschaft als Einzeldisziplin wurde auch in Berlin seit Gründung des dortigen Amerika-Instituts 1952 über ein umfassenderes Konzept von Amerikastudien diskutiert.⁵⁰¹ Die Idee bestand darin, ein interdisziplinäres Institut zu schaffen, das sich neben der Literatur und Sprache auch mit den politischen und sozialen Strukturen, der Geschichte, Geographie und Wirtschaft Nordamerikas befassen sollte. In diesem Zusammenhang spielte erneut die erziehungspolitische Funktion, die den Amerikastudien von amerikanischer wie deutscher Seite beigemessen wurde, eine entscheidende Rolle. So gab sich der Berliner Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel 1967 der Hoffnung hin, „daß die intensive Beschäftigung mit der großen Demokratie jenseits des Atlantischen Ozeans dazu beitragen möge, das Verständnis für die freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie auch diesseits des Atlantischen Ozeans zu erweitern und zu vertiefen“.⁵⁰² Fraenkels Einsatz für den Aufbau der Amerikastudien in Berlin kam nicht von ungefähr. Immerhin hatte Fraenkel, der zu den Gründungsvätern der westdeutschen Politikwissenschaft zählte, von 1962 bis 1966 auch den Vorsitz der DGfA inne.⁵⁰³

Der von Fraenkel ausgearbeitete Instituts-Plan⁵⁰⁴ orientierte sich von seinem organisatorischen Aufbau her an dem in Amerika mittlerweile üblichen Konzept

⁴⁹⁷ Brumm: Amerikanistik am Kennedy-Institut, S. 190.

⁴⁹⁸ Ebd.

⁴⁹⁹ Zur Rolle McCormicks und Nichols' beim Aufbau der Berliner Amerikastudien vgl. Ursula Brumm: *American Studies as We Found It*, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: *America Seen from the Outside*, S. 8–17, hier S. 11.

⁵⁰⁰ Dies.: *Amerikanistik am Kennedy-Institut*, S. 191.

⁵⁰¹ Krakau: *America Seen from the Outside*, S. 2f.; Adams: *Amerikastudien in der Bundesrepublik*, S. 454f.

⁵⁰² Ernst Fraenkel: Bericht des Geschäftsführenden Direktors, in: Freie Universität Berlin (Hg.): *Die Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin. Ansprachen und Reden*, Berlin 1967, S. 11.

⁵⁰³ Vgl. die Liste aller Vorstandsmitglieder zwischen 1953–1978 in: *Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien* 25 (1978), S. 7–11, hier S. 11.

⁵⁰⁴ Vgl. Ernst Fraenkel: *Memorandum concerning the establishment of an inter-departmental America-Institute at the Free University of Berlin*, November 1962, *Institutsakten des John-F.-Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin*. Zur Konzeption des neuen Amerika-Instituts vgl. zudem *Memorandum über den Aufbau eines inter fakultativen Amerika-Institutes an der Freien Universität (Auszug)*, in: *FU Dokumentation, Teil III: 1957–1964*, S. 155 Dok. 319; *Anlage zum Protokoll der*

wissenschaftlicher Interdisziplinarität, das an der FU bereits 1951 bei der Gründung des Osteuropa-Instituts erstmals übernommen worden war.⁵⁰⁵ Im Sommer 1963 beschlossen daher Senat und Kuratorium, die Amerikastudien nach dessen Vorbild auf eine neue organisatorische Grundlage zu stellen. Die Konzeption sah vor, das interfakultativ angesiedelte Institut, in dem die Vertreter verschiedenster Disziplinen vereinigt werden sollten, unmittelbar dem Rektor und dem Senat der Universität zuzuordnen. Neben der Philosophischen Fakultät waren die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche sowie die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät an dem Projekt beteiligt. Insgesamt wurden sechs Abteilungen für Literatur, Politik, Kultur, Geschichte, Geographie und Wirtschaft eingerichtet, deren jeweiliger Direktor zugleich den entsprechenden Lehrstuhl in der für ihn zuständigen Fakultät innehatte.⁵⁰⁶ Als leitendes Gremium fungierte, entgegen der üblichen Verwaltungsform traditioneller deutscher Universitätsinstitute, ein aus allen sechs Abteilungsleitern bestehendes Direktorium, das im jährlichen Wechsel einen Geschäftsführenden Direktor aus seinen Reihen bestimmte.⁵⁰⁷ Damit entsprach das 1963 gegründete Berliner Amerika-Institut – als Prototyp interdisziplinärer Amerikastudien – hinsichtlich seiner inneren Struktur und wissenschaftlichen Ausrichtung am weitesten der Vorstellung einer fächerübergreifenden Amerikawissenschaft, wie sie ein Jahrzehnt zuvor von Fraenkels Freiburger Kollegen Bergstraesser auf dem DGfA-Gründungstag in Marburg gefordert worden war.⁵⁰⁸ Es erscheint durchaus naheliegend, daß dieses interdisziplinäre Verständnis auch die persönlichen Erfahrungen Bergstraessers und Fraenkels mit dem amerikanischen Wissenschaftssystem reflektierte.⁵⁰⁹ „In the United States“, so Günter Moltmann, „concepts for interdisciplinary American Studies had [...] been developed and, thus, could be considered in Germany.“⁵¹⁰

Wie schon erwähnt, erhielt das Berliner Amerika-Institut nach der Ermordung Präsident Kennedys am 22. November 1963 die bis heute gültige Bezeichnung „John-F.-Kennedy-Institut für Amerikastudien“ (JFKI). Die enge Verbundenheit des JFKI mit den USA schlug sich jedoch nicht nur in der Übernahme amerikanischer Organisationsformen oder der Ehrerweisung gegenüber Präsident Kennedy nieder, sondern kam auch in der äußerst intensiven finanziellen, personellen und

110. Kuratoriumssitzung der Freien Universität Berlin am 2.7.1963. Institutsordnung des Amerika-Instituts, in: ebd., S. 155f. Dok. 320.

⁵⁰⁵ Tent: Freie Universität Berlin, S. 447.

⁵⁰⁶ Vgl. Adams: Geschichte Nordamerikas in Berlin, S. 599.

⁵⁰⁷ Fraenkel: Bericht des Geschäftsführenden Direktors, S. 8f.

⁵⁰⁸ Vgl. Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 232.

⁵⁰⁹ Vgl. die entsprechenden Ausführungen bei Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S. 81; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 232; Brumm: Amerikanistik am Kennedy-Institut, S. 192. Nach Adams: Geschichte Nordamerikas in Berlin, S. 598, scheint Fraenkel auch aus persönlichen Motiven an der Gründung eines Amerika-Instituts interessiert gewesen zu sein: „Denn er wollte nicht nur Vermittler amerikanischer Politikwissenschaft im Nachkriegsdeutschland sein, sondern für die Forschung und Lehre über dasjenige Land optimale Bedingungen schaffen, das ihm Zuflucht geboten hatte, als er 1938 mit der Aktentasche in der Hand seine Berliner Wohnung und Deutschland vermeintlich für immer verlassen mußte.“

⁵¹⁰ Moltmann: Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 121.

materiellen Unterstützung zum Ausdruck, die das Institut im Laufe der Jahre von amerikanischer Seite erhielt. Noch bevor das Kuratorium der FU wegen der zu erwartenden Kosten am 28. Januar 1963 sein Einverständnis mit dem Aufbau des Instituts im Sinne Fraenkels bekundet hatte, war von der Ford-Foundation eine Summe von 650 000 \$ zur Finanzierung des Projekts bereitgestellt worden. Hinzu kam eine weitere Spende von insgesamt einer Million Dollar, mit der die Bibliothek des JFKI zur größten Forschungsbibliothek für Nordamerikastudien in ganz Europa aufgebaut werden konnte.⁵¹¹ Wie sehr die Gründung und der weitere Ausbau des JFKI wegen der immanenten Finanzierungsvorbehalte auf deutscher Seite von den Zuwendungen speziell der Ford-Foundation abhing, hat Willi Paul Adams, seit 1977 Professor für die Geschichte Nordamerikas an der FU-Berlin und Mitglied des JFKI, hervorgehoben:

„Zugespitzt formuliert: Nicht eine wissenschaftsimmanente Entwicklung [...] und eine entsprechende finanzielle Prioritätensetzung deutscherseits hat den entscheidenden Impuls zur Institutsgründung erbracht, sondern die Förderbereitschaft einer amerikanischen privaten gemeinnützigen Stiftung. Der Schock des Mauerbaus hat wahrscheinlich auf der deutschen Seite die Bereitschaft erhöht, die abzusehenden Folgekosten zu übernehmen.“⁵¹²

Zudem ermöglichte es die Unterstützung der Ford-Foundation sowie der Fulbright-Kommission, daß Mitglieder des Instituts regelmäßig zu Forschungs- und Lehrzwecken in die USA reisen konnten, während umgekehrt amerikanische Gastprofessoren das Lehrprogramm am JFKI erweiterten.⁵¹³ Ebenfalls mit Hilfe privater und staatlicher Gelder aus den Vereinigten Staaten konnte 1966 ein neues Institutsgebäude in Berlin-Dahlem bezogen werden. Bei den Eröffnungsfeierlichkeiten für den Neubau verwies der damalige Rektor der FU, Hans-Joachim Lieber, auf die elementare Bedeutung der amerikanischen Hilfsmaßnahmen für den Auf- und Ausbau der Berliner Amerikastudien:

„Jedoch muß hier nun offen gesagt werden, daß wir aus eigener Kraft kaum fähig gewesen wären, es zum Ausbau und zur Gründung dieses Institutes zu bringen. Die Geschichte der Amerikastudien an unserer Universität ist zugleich eine Geschichte der großzügigen Hilfe unserer amerikanischen Freunde für unsere Universität und speziell für dieses Institut.“⁵¹⁴

Im Rahmen des Festakts betonte Fraenkel als geschäftsführender Direktor des JFKI, daß er die Hauptaufgabe des Instituts vornehmlich darin sehe, „ein Zentrum der Amerikaforschung zu sein, das geeignet ist, Gelehrten nicht nur aus Berlin und der Bundesrepublik, sondern aus allen Ländern Europas die Quellen, Materialien und wissenschaftliche Literatur zugänglich zu machen, die zu einer nutzbringenden wissenschaftlichen Arbeit über die verschiedenen Aspekte des Gesamtphänomens ‚USA‘ notwendig sind, sowie als Stätte ihrer Zusammenarbeit zu dienen.“⁵¹⁵ Tatsächlich sollte es dem JFKI als einziger der hier vorgestellten

⁵¹¹ Zur Unterstützung durch die Ford-Foundation siehe Adams: *Geschichte Nordamerikas in Berlin*, S. 598 und S. 600; ders.: *Amerikastudien in der Bundesrepublik*, S. 455.

⁵¹² Ders.: *Geschichte Nordamerikas in Berlin*, S. 599.

⁵¹³ Brumm: *Amerikanistik am Kennedy-Institut*, S. 195.

⁵¹⁴ Hans-Joachim Lieber: *Begrüßungsansprache des Rektors der Freien Universität Berlin*, in: *Freie Universität Berlin: Die Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin*, S. 13.

⁵¹⁵ Fraenkel: *Bericht des Geschäftsführenden Direktors*, S. 11.

Institutsgründungen gelingen, diesem ambitionierten Anspruch weitgehend gerecht zu werden. So avancierte die Freie Universität spätestens seit Mitte der 1960er Jahre nicht nur zu einem bedeutenden Zentrum der westdeutschen Politikwissenschaft, sondern auch der Amerikastudien in der Bundesrepublik.⁵¹⁶

Parallel zu der soeben skizzierten Gründungsgeschichte einzelner Amerika-Institute und amerikakundlicher Lehrstühle seit den späten 1940er Jahren lassen sich die Bemühungen um eine nachhaltige Etablierung von Amerikastudien in der Bundesrepublik auch auf wissenschaftsorganisatorischer Ebene verfolgen. So schlug sich das nach 1945 gesteigerte Interesse an den Vereinigten Staaten relativ früh in den universitären Prüfungsordnungen der Bundesländer nieder. Eine Vorreiterrolle nahmen hierbei Württemberg (1948), Hessen (1949) und Bayern (1951) ein, die speziell im Rahmen der Anglistik eine gleichberechtigte Behandlung von nordamerikanischer Kultur und Literatur festschrieben.⁵¹⁷ Diese Initiativen der Länder blieben freilich nicht ohne Folgen auf das universitäre Lehrangebot, auch wenn damit – abgesehen von den beschriebenen Institutsgründungen – noch keine flächendeckende Institutionalisierung der Amerikastudien als eigenständiges Fachgebiet verbunden war. „From about 1947“, so das Urteil Skards, „most universities began introducing American Studies, some of them on an impressive scale. But there was no desire to make these efforts into an instrument of organizational change.“⁵¹⁸

Auf amerikanischer Seite zeigte man sich mit der damaligen Entwicklung nur bedingt zufrieden. Mit deutlich ironischem Unterton verwies 1950 Hochkommissar McCloy während der Grundsteinlegungsfeier für ein Frankfurter Studentenwohnheim die anwesenden Vertreter aus Wissenschaft und Politik auf die in seinen Augen allzu rudimentäre Stellung der Amerikastudien in der Bundesrepublik: „I think the time has come at German Universities when courses in American literature, history, economics and philosophy should be considered just as important as courses in Sanskrit and Egyptologie.“⁵¹⁹ Tatsächlich wurden Amerikastudien Ende der vierziger Jahre an den deutschen Universitäten (einschließlich der Hochschulen in der DDR) in einem eher bescheidenen Rahmen betrieben. Nach einer 1949 von dem ehemaligen Bonner Lektor für Amerikakunde, Adolf Bode, aufgestellten Tabelle nahmen die USA als Themengegenstand in Vorlesungen und Übungen mit insgesamt 47 Veranstaltungen an 22 Universitäten im Wintersemester 1948/49 lediglich die 15. Stelle nach Ländern wie Indien, Saudi-Arabien, China oder Ägypten ein. Der absolute Spitzenreiter war demgegenüber Großbritannien bzw. das britische Empire mit 506 Veranstaltungen, gefolgt von Frankreich mit

⁵¹⁶ Zu dieser Einschätzung aus heutiger amerikanischer Perspektive vgl. Pells: *Not Like Us*, S. 125. Ein differenzierteres Bild zeichnet demgegenüber Tent: *Freie Universität Berlin*, S. 447–454. Aus deutscher Sicht siehe Adams: *Amerikastudien in der Bundesrepublik*, S. 455.

⁵¹⁷ Vgl. Fischer: *Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan*, S. 414f.

⁵¹⁸ Skard: *American Studies in Europe*, Bd. 2, S. 307.

⁵¹⁹ Fitzpatrick: *American Studies in German Universities*, S. 16. Hier zitiert nach Galinsky: *The New Grown Old*, S. 32.

473 und dem antiken Rom mit 376 Vorlesungen und Seminaren.⁵²⁰ Damit stand die Bedeutung, die den USA vier Jahre nach Kriegsende an den Universitäten beigemessen wurde, in einem eklatanten Mißverhältnis zu deren tatsächlicher Rolle als *der* westlichen Führungsmacht.⁵²¹ In dem 1953 von Pilgert erstellten HICOG-Bericht zur Lage des westdeutschen Bildungssystems hob dieser zwar hervor, daß mit Hilfe amerikanischer Gastprofessoren zwischen 1951 und 1952 an fast allen westdeutschen Universitäten (mit der Ausnahme von Kiel) amerikakundliche Veranstaltungen angeboten werden konnten, die Gesamtsituation allerdings trotz der Institutsgründungen in Frankfurt, München und Berlin als in höchstem Maße unbefriedigend angesehen werden müsse. Verantwortlich hierfür waren nach Ansicht Pilgerts die immer noch vorherrschenden traditionellen Universitätsstrukturen, die der Einführung einer neuen Disziplin entgegenstünden.⁵²² Das Fazit des HICOG-Mitarbeiters war eindeutig: „In spite of these developments, American Studies in Germany are still in a weak position.“⁵²³

Um die Einführung von American Studies weiter voranzutreiben, hatte die amerikanische Regierung mit dem Wechsel von OMGUS zu HICOG Anfang der fünfziger Jahre ein neues Reorientation-Programm für die Bundesrepublik initiiert.⁵²⁴ Das Ziel dieses „kulturellen Marshallplans“ (Henry J. Kellermann) war es, bestimmte Projekte, die von amerikanischer Seite als besonders vordringlich betrachtet wurden, durch finanzielle, personelle und materielle Hilfsleistungen massiv zu unterstützen. Allein der Etat für die „Demokratisierung“ des deutschen Bildungswesens stieg von 1 025 433 \$ unter OMGUS auf 48 000 000 \$ während der

⁵²⁰ Vgl. die Tabelle bei Adolf Bode: *Quantité négligeable? Die gegenwärtige Lage der Amerikakunde in Deutschland*, in: *Göttinger Universitäts-Zeitung* 4 (1949), S. 9f., hier S. 9. Vgl. ferner Fischer: *Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan*, S. 412-417.

⁵²¹ Ganz im Sinne der Frankfurter Äußerung McCloy's vermerkt auch Bode, *Quantité négligeable*, S. 9: „Was aber die Amerikakunde in Sonderheit anbelangt, so kann man wohl sagen, daß wir davor zurückschrecken müßten, ihr einen Platz an der Universität zu verweigern oder nur zögernd und in ungenügendem Maße einzuräumen, solange wir noch Geld haben, um über neupersische Dichter, Geschichte der polnischen Literatur, islamische Sekten in der Türkei, äthiopische und koptische Texte zu lesen.“

⁵²² Vgl. Pilgert: *The West German Educational System*, S. 96f: „A study of 16 West German universities including the Free University of Berlin indicates that in the academic year 1951-1952 courses in the field of American studies were offered by all of them except the university of Kiel. There were 54 of these courses taught by 33 German and 5 American guest professors. Another 30 courses dealt with Americana under more general titles such as ‚Constitutions of Western Democracies‘. Without doubt, students are enthusiastic to learn about the United States, and some professors have shown genuine readiness to teach courses in American studies and to establish specific subdivisions for them in their departments. However, it must be borne in mind that the traditional organization of a university is basically adverse to the establishment of any kind ‚integrated‘ institutes and, as a result, there is generally no such thing as a school or seminar for American studies. Courses are proposed by various departments, mostly by the English Seminars.“

⁵²³ Ebd., S. 98.

⁵²⁴ Vgl. Fishwick: *An Approach to American Studies Abroad*, S. 44. Zur American-Studies-Politik unter HICOG vgl. auch Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 218-227.

HICOG-Periode.⁵²⁵ Von dieser neuen amerikanischen Kulturoffensive sollte auch der Aufbau der Amerikastudien in der Bundesrepublik profitieren. Nach Strunz „ließen die zuständigen amerikanischen Behörden zwischen 1950 und 1953 ein deutlich gesteigertes Interesse an der Einführung von American Studies erkennen, als sie mit neuem Elan die Institutionalisierung der American Studies voranzutreiben begannen“.⁵²⁶

Zu den Maßnahmen, die von der amerikanischen Regierung und privaten Stiftungen wie der Ford- und Rockefeller-Foundation zur Förderung der American Studies durchgeführt wurden, zählte neben der Finanzierung von möglichst flächendeckenden Gastprofessuren die finanzielle und materielle Unterstützung der im Entstehen begriffenen Amerika-Institute. Hinzu trat noch ein weiterer, für die Institutionalisierung der westdeutschen Amerikastudien nicht minder bedeutender Aspekt, nämlich der Aufbau eines funktionierenden Kommunikationssystems. Ohne die Existenz einer eigenen Standesvertretung und eines Fachorgans, so die zutreffende amerikanische Überlegung, würde es mittel- wie langfristig kaum möglich sein, Amerikastudien als wissenschaftliche Fachrichtung an den Universitäten fest zu etablieren.⁵²⁷ Vergleichbar mit den Zielsetzungen der Konferenzen von Waldleiningen und Königstein, die wie schon erwähnt als „Geburtsstunde der Politikwissenschaft in Deutschland“ (Marsen) gelten, regte die Erziehungsabteilung von HICOG seit 1951 einige kleinere Fachkonferenzen an, die im Jahre 1953 schließlich in der Gründung der DGfA münden sollten.⁵²⁸

Die erste Amerikanistentagung in Westdeutschland fand vom 2. bis 14. April 1951 in München auf Einladung von Heinz F. Peters, dem damaligen Direktor des neueröffneten Amerika-Instituts an der LMU, und seinem Stellvertreter Heinrich Stammler statt. Geistige Väter und Förderer der Veranstaltung waren auf amerikanischer Seite der HICOG-University Advisor Julius J. Oppenheimer, der bereits kurz zuvor in Waldleiningen und Königstein maßgeblich zur Etablierung der Politikwissenschaft beigetragen hatte, sowie der Verfasser des ersten Berichts über *American Studies in Germany*, Edward A. Fitzpatrick.⁵²⁹ Auch hätte die Münchner Tagung ohne eine großzügige Spende der Rockefeller-Foundation in Höhe von

⁵²⁵ Henry J. Kellermann: Von der Re-education zu Re-orientation. Das amerikanische Reorientierungsprogramm im Nachkriegsdeutschland, in: Heinemann: Umerziehung und Wiederaufbau, S. 86–102, hier S. 96. Vgl. zudem die Angaben bei Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 219.

⁵²⁶ Ebd.

⁵²⁷ Vgl. hierzu Pilgert: *The West German Educational System*, S. 96–98; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 221.

⁵²⁸ Zur Rolle der USA bzw. HICOG bei der Gründung der DGfA vgl. Blanke: *Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien*, S. 79.

⁵²⁹ Vgl. hierzu Walther Fischer: *The Establishment and the Aims of the „German Society for American Studies“* („Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien“), in: *Newsletter of the European Association for American Studies* 1 (1955), S. 7–10, hier S. 8; ders.: *Zur Einführung*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 1 (1956), S. 5; Hans Galinsky: *Vom „Boppard-Ausschuß“ bis zur Gegenwart. Ein Rückblick auf zwanzig Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien (1953–1973)*, in: *Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien* 20 (1973), S. 4–12, hier S. 4f.; Strunz: *American Studies oder Amerikanistik*, S. 224f.

12 200 \$ kaum stattfinden können.⁵³⁰ Gemäß dem damaligen wissenschaftstheoretischen Stand der Amerikastudien befanden sich unter den an die Isar Geladenen nicht nur Anglisten bzw. Amerikanisten, sondern auch Historiker, Pädagogen und Wirtschaftswissenschaftler.⁵³¹ Zu den prominentesten Teilnehmern zählten Vertreter der „älteren Generation“ wie Walther Fischer, Max Förster und sogar Friedrich Schönemann, die allesamt bereits vor 1945 die deutsche Amerikakunde geprägt hatten, sowie jüngere Amerikanisten wie Gustav Blanke, Franz Link, Fritz Meinecke und Hans Galinsky. Als offizieller Vertreter der American Studies in den USA fungierte der in Princeton lehrende und damals gerade in München als Gastprofessor tätige Thomas J. Wertenbaker, der auch den Tagungsvorsitz innehatte.⁵³²

Das Ziel der Münchner Zusammenkunft sollte laut Paul Hartigs kurzem Tagungsbericht sein, „gemeinsam mit einigen amerikanischen Professoren den Stand der Amerikanistik in Deutschland und ihre Umsetzung in die Unterrichts- und Bildungsarbeit zu besprechen“.⁵³³ Die Anwesenden waren sich darüber einig, daß die Vereinigten Staaten wegen ihrer dominanten weltpolitischen Stellung als Untersuchungsgegenstand stärker als bislang geschehen in den schulischen und universitären Unterricht integriert werden mußten.⁵³⁴ Diesem Grundsatzproblem widmete sich auch das Hauptreferat des Marburger Anglisten Fischer, in dem er den aktuellen Stand der Amerikanistik im Spiegel deutscher Universitätslehrpläne und Prüfungsordnungen darlegte. Ein gewisses Dilemma sah Fischer in der methodischen Vielfalt der Amerikastudien, wobei er – freilich als Anglist – für eine philologische Ausrichtung des Faches eintrat.⁵³⁵ Das Ergebnis der Münchner Tagung war eine sieben Punkte umfassende Entschließung, die sich konkret an die Kultusminister der Länder richtete. Zu den formulierten zentralen Forderungen zählten neben der Errichtung mindestens einer „hauptamtlichen Vertretung der Amerikanistik [...] an den größeren Hochschulen“ die „Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Beschaffung des dringend benötigten amerikanischen Rüstzeuges zur wissenschaftlichen Forschung“ sowie die Schaffung weiterer Amerika-Institute.⁵³⁶

⁵³⁰ Zur Spende der Rockefeller-Foundation vgl. Huber: Von der Amerika-Kunde zum Amerika-Institut, S.38 Anm. 218.

⁵³¹ Fischer: The Establishment and the Aims, S.8; Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S.79; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.224f.

⁵³² Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.4. Zur nicht unproblematischen Teilnahme Friedrich Schönemanns an der Münchner Tagung vgl. Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S.452.

⁵³³ Paul Hartig: Amerikakunde als Aufgabe, in: Neuphilologische Zeitschrift 3 (1951), S.219f., hier S.219.

⁵³⁴ Vgl. ebd., S.220: „In lang ausgedehnten und lebhaften Diskussionen verfolgte man die aufgeworfenen Probleme weiter. Vor allem wurde man sich darüber klar, daß sowohl an der Universität wie auch an der Schule die Vereinigten Staaten von Amerika eine viel stärkere Berücksichtigung als bisher verdienen.“

⁵³⁵ Vgl. Fischer: Amerikanistik im gegenwärtigen Universitätslehrplan, S.412-417.

⁵³⁶ BayHStA, MK 69750, Schreiben des Amerika-Instituts der Universität München an den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus vom 27.4.1951. Die Münchner Entschließung findet sich auch abgedruckt bei Hartig: Amerikakunde als Aufgabe, S.220.

Auch die zweite Amerikanistentagung, die im Juni 1951 im hessischen Friedberg stattfand, wurde von Oppenheimer und der HICOG-Education Branch ausgerichtet.⁵³⁷ Im Zentrum dieser Konferenz stand erneut die Frage nach den wissenschaftstheoretischen Grundlagen der Amerikastudien, wie sie Fischer bereits in München andiskutiert hatte. Tatsächlich war seit der Münchner Tagung unter den Konferenzteilnehmern eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der methodischen Grundlagen und thematischen Ausrichtung des Faches spürbar geworden. „Many participants“, so Skard, „were uneasy about solidity of an Amerikakunde which was not firmly founded on methods of one clearly defined discipline.“⁵³⁸ Die Mehrheit der Anwesenden scheint sich in Friedberg „für eine philologische Definition der Amerikastudien ausgesprochen zu haben.“⁵³⁹ Ein nur wenig überraschendes Ergebnis, vor allem wenn man berücksichtigt, daß es sich bei der überwiegenden Mehrzahl der ersten Nachkriegsamerikanisten primär um Sprach- und Literaturwissenschaftler handelte. Daneben ging es in Friedberg auch um die Frage, in welchem Umfang die neugegründeten Amerika-Institute künftig mit den Amerika-Häusern kooperieren sollten. Zwar bestand kein Zweifel darüber, daß eine enge Zusammenarbeit gerade im Hinblick auf die hervorragenden Bibliotheksbestände der Amerika-Häuser dringend notwendig sei, jedoch wegen der unterschiedlichen Funktionen beider Institutionen prinzipiell an einer organisatorischen Trennung festgehalten werden müsse.⁵⁴⁰

Ein Jahr nach der Friedberger Zusammenkunft lud Oppenheimer im Juni 1952 zu einer weiteren „American Studies-Konferenz“ nach Boppard ein. Dort kam es zur Einsetzung des auch unter der Bezeichnung „Boppard-Ausschuß“ bekannten „Ausschusses für Amerika-Studien an deutschen Universitäten“. Unter dem Vorsitz von Walther Fischer fungierte der Ausschuß von nun an als, wie Galinsky es formuliert hat, „Zusammenführer aller Amerikaforscher und -lehrer an westdeutschen Universitäten, als Treuhänder amerikanischer Bücherspenden und als Vermittler von Forschungs- und Lehrstipendien“.⁵⁴¹

Einen weiteren Meilenstein im Rahmen des Etablierungsprozesses einer eigenständigen westdeutschen Amerikawissenschaft bildete schließlich die Gründung der DGfA während einer vom 12. bis 14. Juni 1953 im Marburger Amerika-Haus stattfindenden Arbeitstagung, an der insgesamt 46 Amerikanisten, d.h. Philologen, Historiker, Soziologen, Pädagogen, Philosophen, Juristen und Geographen mit amerikawissenschaftlichen Interessen, sowie sieben Vertreter von HICOG teilnahmen.⁵⁴² Letztere hatten die Marburger Veranstaltung gemeinsam mit dem

⁵³⁷ Zur tragenden Rolle Julius J. Oppenheimers vgl. Fischer: Zur Einführung, S.5; Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.5; Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S.455.

⁵³⁸ Skard: American Studies in Europe, Bd.2, S.308.

⁵³⁹ Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.226.

⁵⁴⁰ Vgl. ebd.

⁵⁴¹ Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.5; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.226.

⁵⁴² Über die Teilnehmerzahlen bzw. Gründungsmitglieder existieren unterschiedliche Angaben. Vgl. Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.6 (46 Teilnehmer); Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S.226f. (46 Teilnehmer und 7 HICOG-Mitarbeiter); Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S.79 (59 Gründungsmitglieder).

Boppard-Ausschuß ausgerichtet.⁵⁴³ Zum ersten Vorsitzenden der DGfA wurde wenig überraschend Walther Fischer gewählt. Zu den Mitgliedern des zehnköpfigen Beirats der DGfA zählte neben Eduard Baumgarten und Theodor Spira auch Arnold Bergstraesser, der in seinem bereits kurz vorgestellten Marburger Vortrag zum Thema *Amerikastudien als Problem von Forschung und Lehre* ein interdisziplinäres Gegenkonzept zu den literatur- und sprachwissenschaftlich geprägten Vorstellungen der Anglisten um Fischer entwickelt hatte.⁵⁴⁴ Die Grundsatzfrage nach der genauen wissenschaftstheoretischen Ausrichtung des Faches blieb also ein Streitpunkt, der auch in der Folgezeit die disziplinär heterogene Mitgliedschaft der DGfA immer wieder beschäftigen sollte.⁵⁴⁵

Der in Marburg vollzogene Professionalisierungsschritt darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gründung einer eigenen Standesorganisation lange Zeit nicht unumstritten gewesen war. Zwar schien seit der Münchner Amerikanistentagung von 1951 eine gewisse Einigkeit darüber zu herrschen, daß ein überregionaler Zusammenschluß notwendig sei, über dessen konkrete Ausformung jedoch, ob eher informell oder eingetragener Verein, war im Vorfeld der Marburger Konferenz vom Juni 1953 heftig diskutiert worden. Eine veritable Alternative zur Gründung der DGfA sahen viele westdeutsche Amerikawissenschaftler wegen der bisherigen Anlehnung an die US-Amerikanistik darin, sich als ausländische Untergruppe der erst 1951 gegründeten American Studies Association anzuschließen. Das war ein gerade aus heutiger Perspektive bemerkenswerter Gegenvorschlag, der letztlich aber aus finanziellen Gründen – man befürchtete ein Ausbleiben deutscher Fördermittel im Falle eines Anschlusses an die ASA – und wegen der Andersartigkeit des amerikanischen Universitäts- und Wissenschaftssystems abgelehnt wurde.⁵⁴⁶

Neben der Konstituierung der DGfA wurde in Marburg auch die Gründung eines eigenen amerikawissenschaftlichen Fachorgans beschlossen. Bereits im folgenden Jahr erschien unter der Herausgeberschaft Fischers das „Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien“. Zum eigentlichen publizistischen Flaggschiff der westdeutschen Amerikawissenschaft avancierte jedoch erst das seit

⁵⁴³ Vgl. hierzu Moltmann: Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 119; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 226f.

⁵⁴⁴ Vgl. neben dem Vortrag von Bergstraesser: Amerikastudien als Problem, S. 191–200, auch die entsprechenden Ausführungen bei Moltmann: Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 119–135.

⁵⁴⁵ Vgl. Günter Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien 25 (1978), S. 7; Winfried Fluck: American Studies. Möglichkeiten und Probleme einer kulturwissenschaftlich orientierten Literaturwissenschaft, in: Anglistentag 1990 Marburg: proceedings, hg. von Claus Uhlig und Rüdiger Zimmermann, Tübingen 1991, S. 7–18.

⁵⁴⁶ Zur Diskussion um einen möglichen Beitritt zur American Studies Association vgl. Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 6. Moltmann zitiert dort wie folgt aus der Beiratssitzung der DGfA vom 19.3.1954: „Es wurde festgestellt, daß ein Beitritt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien zur American Studies Association als achte regionale Gruppe (d.h. als einzige außeramerikanische Gruppe) nicht erstrebenswert ist, da bei uns völlig andere Verhältnisse vorliegen. Prof. Spira betonte, daß unsere Gesellschaft sich nicht von ihrer eigentlichen Linie abbringen lassen darf, um u.U. finanzielle Vorteile zu erreichen.“

1956 herausgegebene „Jahrbuch für Amerikastudien“.⁵⁴⁷ Die Publikation eines eigenen Fachorgans, darüber herrschte zwischen den Teilnehmern der Konferenzen von München bis Marburg ein breiter Konsens, war für eine erfolgreiche Etablierung der Amerikastudien unabdingbar, denn, wie Fischer in seinem Geleitwort zum ersten Band des „Jahrbuchs“ betonte, „ohne die Möglichkeit der Veröffentlichung in einer ausschließlich dem Studium der Kultur der Vereinigten Staaten im weitesten Sinne gewidmeten Zeitschrift würden die deutschen wissenschaftlichen Amerika-Interessen sich notwendigerweise zersplittern“.⁵⁴⁸

Insgesamt betrachtet bedeutete die Gründung der DGfA sowie die gleichzeitig beschlossene Einführung eigener Publikationsorgane acht Jahre nach Kriegsende einen wichtigen Schritt hin zur Professionalisierung der Amerikastudien in der Bundesrepublik. Blickt man auf die weitere Entwicklung bis Mitte der 1970er Jahre, so kann ferner festgestellt werden, daß es den Amerikastudien in unterschiedlicher Ausformung durchaus erfolgreich gelungen ist, sich an den bundesdeutschen Universitäten flächendeckend zu etablieren. Dies gilt nicht nur im engeren Sinne für die vornehmlich sprach- und literaturwissenschaftlich ausgerichtete Amerikanistik, sondern auch im Hinblick auf traditionelle Disziplinen wie die Geschichtswissenschaft, Jurisprudenz, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Geographie, ganz abgesehen von „neueren“ Fächern wie der Politikwissenschaft.⁵⁴⁹ Ein Blick auf die Mitglieder der DGfA verdeutlicht den fächerübergreifenden Charakter der Amerikastudien in der Bundesrepublik. „Die DGfA“, so hat es der Berliner USA-Spezialist Willi Paul Adams treffend ausgedrückt, „war und ist der konkurrenzlose Berufsverband der Amerikanisten aller Disziplinen. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch andere Organisationen, insbesondere der Verband der Historiker Deutschlands, die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft, die deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft und der Soziologenverband auf ihren Tagungen Themen mit Bezug auf die USA diskutieren und in ihren Schriftenreihen entsprechende Publikationen veröffentlichen.“⁵⁵⁰

Einen nachhaltigen Beitrag zur Verbreitung des interdisziplinären Interesses an den Vereinigten Staaten haben die Amerika-Institute in Frankfurt, München und vor allem Berlin geleistet. Parallel zu diesem Auf- und Ausbau eigener Institute mit unterschiedlichem wissenschaftstheoretischen und -organisatorischen Zu-

⁵⁴⁷ Zur Gründungsgeschichte und weiteren Entwicklung der amerikawissenschaftlichen Periodika in Deutschland vgl. Galinsky: Boppard-Ausschuß, S.6, und Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S.5f. Aus kritischer Perspektive vgl. Hans-Joachim Lang: The Function of a European Journal of American Studies, in: Georgi-Findlay/Ickstadt: America Seen from the Outside, S.40-53. Einen kurzen Überblick vermitteln zudem die Beiträge von Brigitte Georgi-Findlay: Nordamerikastudien, in: Uwe Böker/Christoph Houswitschka (Hg.): Einführung in das Studium der Anglistik und Amerikanistik, München 2000, S.48-88, hier S.51, und Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S.455f.

⁵⁴⁸ Fischer: Zur Einführung, S.5.

⁵⁴⁹ Zur Politikwissenschaft vgl. Kapitel IV.2. sowie den Überblick bei Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S.325-335. Bezüglich amerikanischer Einflüsse auf die Entwicklung der westdeutschen Sozialwissenschaften nach 1945 vgl. Weyer: Westdeutsche Soziologie 1945-1969, und Plé: Wissenschaft und säkulare Mission.

⁵⁵⁰ Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S.456.

schnitt hatte, trotz häufiger Rückschläge und der nicht unproblematischen Konkurrenzstellung zur Anglistik, seit Ende der 1940er Jahre auch die Einführung amerikawissenschaftlicher Lehrstühle an den Universitäten der Bundesrepublik eingesetzt. Bereits im Jahre 1955 existierten elf überwiegend literatur- und sprachwissenschaftlich ausgerichtete Ordinariate für Amerikanistik.⁵⁵¹ Ähnlich wie in der Politikwissenschaft gelang dann die flächendeckende Ausbreitung der Amerikanistik im Zuge der Hochschulreformen und Universitätsneugründungen seit Mitte der 1960er Jahre. Häufig handelte es sich dabei um Lehrstühle, Professuren, Institute und Abteilungen für Anglistik *und* Amerikanistik.⁵⁵² Zentren reiner Amerikastudien blieben dagegen das Amerika-Institut der LMU München und das Berliner JFKI.⁵⁵³

Die Expansion des Faches seit den sechziger Jahren läßt sich auch am Beispiel der DGfA ablesen. So stieg die Zahl der Mitglieder von 33 im Gründungsjahr 1953 auf 434 im Jahre 1978.⁵⁵⁴ Nach Gustav H. Blanke war die Mitgliedschaft in der DGfA im Zeichen des Kalten Krieges auch mit einem klaren politischen Bekenntnis gleichzusetzen. „Wer der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien beiträt“, so Blanke, „bekannte sich zum Westen und zur deutschen Westpolitik.“⁵⁵⁵ Was schließlich den erreichten Institutionalisierungs- und Professionalisierungsgrad anbetraf, konnte anlässlich des 25jährigen Bestehens der DGfA deren damaliger Vorsitzender Günter Moltmann rückblickend mit gewisser Zufriedenheit resümieren: „Die deutschen Amerikastudien haben sich in drei Nachkriegsjahrzehnten gegen manche Widerstände, aber auch mit großzügiger Unterstützung von vielen Seiten und bei erfreulichem Verständnis von Fachkreisen und Öffentlichkeit zum anerkannten Teilbereich unserer Universitäten entfaltet.“⁵⁵⁶

Allerdings bleibt trotz dieser zutreffenden Einschätzung Moltmanns fraglich, ob die deutsche Amerikanistik, so wie sie sich als eigenständige Universitätsdisziplin seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt hat, dem ihr ursprünglich

⁵⁵¹ Finkenstaedt: Kleine Geschichte der Anglistik, S. 179. Zur deutlichen Dominanz sprach- und literaturwissenschaftlicher Themen in Forschung und Lehre vgl. Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 457–463.

⁵⁵² Vgl. hierzu die entsprechende Instituts-Liste in: Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien 20 (1973), S. 13–49; ferner der aufschlußreiche Vergleich des Lehrangebots zwischen 1960 und 1990 bei Adams: Amerikastudien in der Bundesrepublik, S. 461–463.

⁵⁵³ Zur institutionellen Entwicklung der Amerikanistik in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum zwischen 1954 und 1984 vgl. das Kapitel „Facheinheit: Anglistik/Amerikanistik“ bei Peter Weingart/Wolfgang Prinz/Maria Kastner/Sabine Maasen/Wolfgang Walter: Die sog. Geisteswissenschaften: Außenansichten. Die Entwicklung der Geisteswissenschaften in der BRD 1954–1987, Frankfurt am Main 1991, S. 180–193. Vgl. zudem folgende drei Berichte: Hans Galinsky: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 12 (1966–67), S. 23–26; ders.: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 15 (1970–72), S. 23–26; und ders.: American Studies in the Federal Republic of Germany, in: Newsletter of the European Association for American Studies 16 (1972–74), S. 20–23.

⁵⁵⁴ Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 10.

⁵⁵⁵ Blanke: Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien, S. 80.

⁵⁵⁶ Moltmann: 25 Jahre Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien, S. 10.

zugesprochen Anspruch wirklich gerecht wurde. Zweifelsohne hat die erfolgreiche Etablierung des Faches zu dem geführt, was in einem amerikanischen Memorandum Ende der 1940er Jahre im Hinblick auf die Gründung des Münchner Amerika-Instituts als Ziel genannt wurde, nämlich „to stop the neglect of American subjects“.⁵⁵⁷ Gleichwohl darf bezweifelt werden, ob es der Amerikanistik als vorwiegend literatur- und sprachwissenschaftlich ausgerichteter Einzeldisziplin gelungen ist, sich als *die* amerikakundliche Leitwissenschaft zu etablieren.⁵⁵⁸ Als erfolgreicher darf demgegenüber das interdisziplinäre Konzept von Amerikastudien angesehen werden, wie es von Bergstraesser u. a. bereits in den Anfangsjahren vertreten worden war.⁵⁵⁹ So führte allein schon die wachsende weltpolitische und ökonomische Bedeutung der Vereinigten Staaten im Zeichen des Kalten Krieges dazu, daß die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit bestimmten Entwicklungen in den USA zum festen Bestandteil unterschiedlichster Disziplinen wurde. Und gerade wegen dieses breiten und fächerübergreifenden Zugangs hat die Grundsatzfrage nach den adäquaten wissenschaftlichen und didaktischen Methoden, um „eine fremde Kultur wie diejenige der USA zu verstehen“, bis heute auch für professionelle Amerikanisten nichts an Relevanz eingebüßt.⁵⁶⁰

Was den amerikanischen Beitrag am Aufbau und der Etablierung westdeutscher Amerikastudien nach 1945 anbelangt, hat schon Thomas Finkenstaedt in seiner *Kleinen Geschichte der Anglistik in Deutschland* mit Recht darauf hingewiesen, daß „der Ausbau einer eigenständigen Amerikanistik [...] ganz sicher die direkte Folge amerikanischer Hochschulpolitik“ gewesen sei.⁵⁶¹ Tatsächlich war die Einführung von American Studies an deutschen Universitäten zur Förderung eines besseren kulturellen Verständnisses zwischen den USA und der Bundesrepublik eine wichtige Komponente der damaligen amerikanischen Reeducationpolitik. Wie gezeigt werden konnte, wurde speziell mit Beginn der HICOG-Phase ab 1949/50 der Auf- und Ausbau amerikawissenschaftlicher Institute und Lehrstühle durch staatliche amerikanische Stellen und private Stiftungen massiv gefördert. Diese Unterstützung umfaßte neben reinen Geldspenden und der Finanzierung amerikanischer Gastprofessuren auch die großzügige Ausstattung deutscher Universitäts- und Institutsbibliotheken mit amerikanischer Literatur.⁵⁶² Eine wichtige Vermittlungsfunktion übernahm seit Anfang der 1950er Jahre auch das „American Studies Program“ der Fulbright Kommission, das den Austausch von Amerikanisten zwischen beiden Ländern förderte.⁵⁶³

⁵⁵⁷ IfZ, OMGUS 5/291-3/12, The American Institute of the University of Munich (undatiertes Memorandum).

⁵⁵⁸ Vgl. hierzu Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik*.

⁵⁵⁹ Vgl. Bergstraesser: *Amerikastudien als Problem*.

⁵⁶⁰ Stellvertretend sei hier auf den Tagungsband von Lothar Bredella (Hg.): *Die USA in Unterricht und Forschung*, Bochum 1984, hingewiesen. Vgl. ebd., S. 10 (Zitat).

⁵⁶¹ Finkenstaedt: *Kleine Geschichte der Anglistik*, S. 173.

⁵⁶² Vgl. Blanke: *Zur Entstehung und Entwicklung der Amerikastudien*, S. 83; Adams: *Amerikastudien in der Bundesrepublik*, S. 456.

⁵⁶³ Zur Entwicklung des „American Studies Program“ der Fulbright-Kommission vgl. Robert E. Spiller: *The Fulbright Program in American Studies Abroad. Retrospect and Prospect*, in: Robert H. Walker (Ed.): *American Studies Abroad*, Westport/London 1975, S. 3-9; Frank Freidel: *The Fulbright Program in American Studies Abroad. A*

Auf Basis all dieser Fördermaßnahmen und Austauschaktivitäten konnten die eigentlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen USA sowie die Heranziehung eines amerikakundlich geschulten Nachwuchses in der Bundesrepublik ermöglichten. Hinzu kam, daß sich die ersten Amerika-Institute bezüglich ihrer Organisationsstruktur und ihrer wissenschaftstheoretischen Ausrichtung an amerikanischen Vorbildern orientierten. Anregungen boten hierbei in erster Linie die interdisziplinären American Studies Programme und Departments an den Universitäten Harvard, Minnesota, Michigan und Pennsylvania.⁵⁶⁴ „The American Models“, so der Mainzer Amerikanist Galinsky, „were given trial runs, with a view to eventual institutionalization. [...] The integrative model was tried out in the American Zone. The Amerika-Institutes of Frankfurt and Munich [...] were the results.“⁵⁶⁵ In diesem Zusammenhang erwies es sich für die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Amerikastudien nicht zwingend als ein Nachteil, daß der Institutionalisierungsprozeß der American Studies in den USA selbst erst wenige Jahre zuvor begonnen hatte. Vielmehr scheinen die damaligen Entwicklungen und Umbrüche an US-Universitäten den ersten deutschen Amerikawissenschaftlern unmittelbares Anschauungsmaterial geboten zu haben, wie eine dreimonatige Studienreise des Doyens der westdeutschen Amerikanistik in die USA im Herbst 1951 belegt. Nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten schrieb Walther Fischer in einem hierzulande viel beachteten und unter dem bezeichnenden Titel *Eindrücke von amerikanischen Colleges und Universitäten mit besonderer Berücksichtigung der Amerikanistischen Studien* erschienenen Aufsatz: „In ihrer gegenwärtigen Entwicklung stellen also die American Studies das Musterbeispiel [!] eines koordinierten, über die Einzeldisziplin hinausgreifenden Programms dar, und auch hier gibt es Parallelen zu gewissen Tendenzen in den amerikanistischen Studien in Deutschland.“⁵⁶⁶

Continuing Challenge, in: ebd., S. 10–15; A. N. J. den Hollander: Headaches, Harvests and Hopes. Fulbright Americanists in Europe, in: ebd., S. 16–24.

⁵⁶⁴ Lenz: American Studies, S. 70–73; Strunz: American Studies oder Amerikanistik, S. 134–138.

⁵⁶⁵ Galinsky: The New Grown Old, S. 34.

⁵⁶⁶ Walther Fischer: Eindrücke von amerikanischen Colleges und Universitäten mit besonderer Berücksichtigung der Amerikanistischen Studien, in: Neuphilologische Zeitschrift 4 (1952), S. 327–337.